Mit links gemeinsam lernen – Die Gemeinschaftsschule für alle

Schulpolitische Konferenz in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin
Samstag, 8. Juni 2013,
Fritz-Karsen-Schule (Berlin-Neukölln)

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhalt

Vorwort **3**

Programm **4**

Eröffnungsrede **5**
Dr. Gregor Gysi

Vortrag zum Bildungsverständnis der LINKEN: »Chancengleichheit in der Bildung! Die Gemeinschaftsschule – Eine gute inklusive Schule für alle«
Dr. Rosemarie Hein **8**

1. Gründe für die Bildungsmisere in Deutschland 8

2. Es gibt keine begabungsgerechte Gliederung. 9

3. Was ist denn nun anders in der Gemeinschaftsschule, was ein gegliedertes System nicht auch leisten könnte? 10

4. Die Gemeinschaftsschule gibt es auf Dauer nur ganz oder gar nicht. 12

5. Das kostet doch alles unheimlich viel Geld? 12

I. Fundus an Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule **13**

Präsentation zentraler Befunde der wissenschaftlichen Begleitung des Schulversuchs Berliner Gemeinschaftsschule »Längeres gemeinsames Lernen als Antwort auf Bildungsungleichheit?«
Ulrich Vieluf 13

Präsentation der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule
Robert Giese 28

Statements der Podiumsdiskussion: Wissenschaft und Politik treffen Schulalltag – Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule **35**

II. Perspektiven und bildungspolitische Notwendigkeiten für Gemeinschaftsschulen **38**

Präsentation zum Vortrag: »Gemeinschaftsschule heißt moderne Lernkultur«
Lothar Sack 38

Gebt den Schulen bessere Ausstattung! – Was braucht die Gemeinschaftsschule?
Tom Erdmann **44**

»Gliederung ablösen, Gemeinschaftsschulen einrichten – Wo liegen die Bremsklötze?« – Zur Lage der Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt
Peter Joseph 47

Offene Diskussionsrunde: Geht Gemeinschaftsschule überall? **50**

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Erwartungen an die Politik **53**

Weitere Diskussionsbeiträge

»Schulreform im Angebot«
Erhard Korn (Baden-Württemberg) **55**

Rot-Grün führt in Baden-Württemberg die Gemeinschaftsschule ein 55

Konzept 55

Schulstandorte – Hauptschulen kollabieren 56

Schuldenbremse als Bildungsbremse 56

Kritik der Hauptschulrebellen und der Wissenschaft 56

»Ein vorwitziger Diskussionsbeitrag zu einem reichen Programm; und was ich sonst noch davon erwarte …«
Prof. Hans-Georg Schönwälder **58**

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Koordination, Redaktion: Silke Michels

Endfassung 21. August 2013

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Vorwort

Fast alle sind sich einig: Das bundesdeutsche Bildungssystem ist reformbedürftig. Zu sehr hängt der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft der Familien ab. In allen Bundesländern ist Bewegung in das Schulsystem gekommen. Es entstehen immer neue Schulformen nebeneinander. Wer findet sich da noch zurecht? Und: Wird das gerechter?

Eltern und Lehrende fühlen sich allein gelassen. »Bildungsreformen« werden oft auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrenden ausgetragen. Das muss ein Ende haben.

Wir wollen eine neue, gute Schule für alle Kinder und Jugendlichen. Unser Zukunftsprojekt ist die Gemeinschaftsschule. Doch was genau ist anders an dieser Schulform? Und was sagt die Wissenschaft, die die Gemeinschaftsschule z.B. in Berlin genauestens unter die Lupe nimmt? Welche Chancen und Potenziale stecken in diesem Konzept? Für welche Herausforderungen müssen wir Lösungen entwickeln, um Gemeinschaftsschule weiter voranzubringen? Wie gestalten sich die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern? Zu diesen Fragen sind wir auf der Konferenz »Mit links gemeinsam lernen« mit denjenigen, die jeden Tag den Schulalltag durchlaufen, mit Lernenden und Lehrenden, mit Eltern, Wissenschaft, Gewerkschaft, schulpolitisch Interessierten und auch linken Landespolitikern ins Gespräch gekommen. Unser Ziel ist es, gemeinsam an diesem Konzept weiter zu arbeiten, Potenziale und Chancen vorzustellen und auch noch bestehende Herausforderungen bei der Umsetzung von Gemeinschaftsschule zu diskutieren.

Wir bedanken uns ganz besonders bei der Fritz-Karsen-Schule für ihre Gastfreundschaft, für die Vorbereitung und die gute Verpflegung.

Wir möchten uns auch bei allen Referentinnen und Referenten bedanken, die mit ihren abwechslungsreichen und anspruchsvollen Redebeiträgen, die die Konferenz erst lebendig werden ließen, einen umfangreichen Input und Diskussionsstoff für die Konferenz lieferten. Sie ließen die Konferenz erst lebendig werden.

Wir danken auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen der LINKEN, die uns mit Rat und Tat bei der Planung und Durchführung der Konferenz unterstützt haben.

Mit dem vorliegenden Reader können Sie sich selbst ein Bild von der Konferenz machen, das ein oder andere noch einmal nachlesen, mitdiskutieren und gemeinsam mit uns das linke Schulkonzept Gemeinschaftsschule weiterentwickeln.

Und nun wünschen wir allen Interessierten viel Spaß beim Lesen!

Rosemarie Hein, MdB
Sprecherin für allgemeine Bildung der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

PROGRAMM

10.00 Uhr Eröffnungsrede
Dr. Gregor Gysi, MdB,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag

10.15 Uhr Zum Bildungsverständnis der LINKEN
Chancengleichheit in der Bildung!
Die Gemeinschaftsschule –
Eine gute inklusive Schule für alle
Rosemarie Hein, MdB,
Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

I. Fundus an Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule
Das Beispiel Berlin –
Die Gemeinschaftsschule als linkes Pilotprojekt

10.35 Uhr 1. Aus Sicht der Wissenschaft
Ulrich Vieluf,
wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

11.15 Uhr 2. Aus Sicht der Praxis:
Die Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule
Robert Giese, *Schulleiter, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. Berlin (GGG)*

11.30 Uhr Podiumsdiskussion:
Wissenschaft und Politik treffen Schulalltag – Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule
Kolja, Marcel und Nikolai, *(ehem.) Schülersprecher;*
Detlef Barding, *Elternsprecher der Fritz-Karsen-Schule;*
Steffen Zillich, MdA, *Fraktion DIE LINKE, Berlin;*
Ulrich Vieluf

12.30 Uhr Mittagspause

II. Perspektiven und bildungspolitische Notwendigkeiten für Gemeinschaftsschulen

13.30 Uhr Gemeinschaftsschule heißt moderne Lernkultur
Lothar Sack, *Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.*

14.00 Uhr Gebt den Schulen bessere Ausstattung! – Was braucht die Gemeinschaftsschule?
Tom Erdmann,
Sprecher der GEW Berlin

14.20 Uhr Gliederung ablösen, Gemeinschaftsschulen einrichten – Wo liegen die Bremsklötze?
Peter Joseph,
wiss. Mitarbeiter für Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE Sachsen-Anhalt

14.40 Uhr Offene Diskussionsrunde: Geht Gemeinschaftsschule überall?
Regina Kittler, MdA,
Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Berlin;
Dirk Möller, MdL,
schulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE Thüringen;
Gerrit Große, MdL,
bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Brandenburg;
Peter Joseph,
wiss. Mitarbeiter für Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE Sachsen-Anhalt;
Erhard Korn,
Schulleiter, Vors. der Fachgruppe Haupt-und Werkrealschulen der GEW Baden-Württemberg

15.45 Uhr Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse
Rosemarie Hein

16.00 Uhr Ausklang

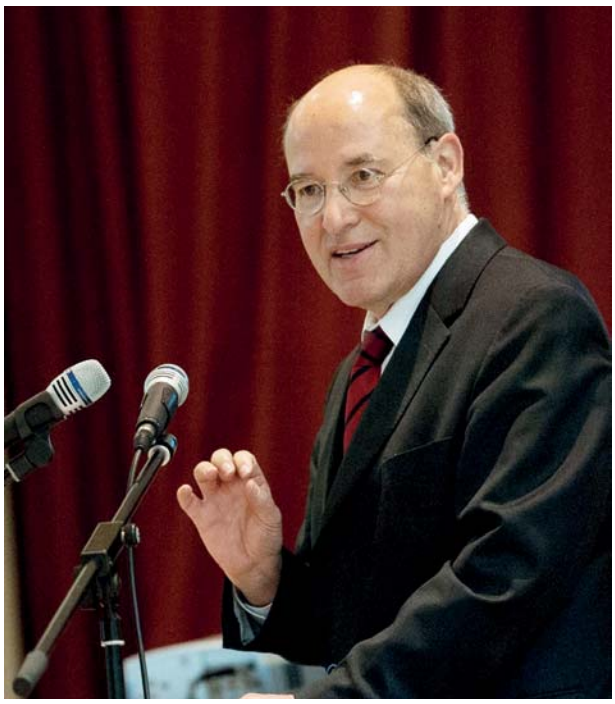
Moderation
Steffen Twardowski,
Leiter Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ort
Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule
Onkel-Bräsig-Str. 76/78, 12359 Berlin-Neukölln

Eröffnungsrede
(Mitschnitt)

Dr. Gregor Gysi, MdB,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag

Meine sehr verehrten Damen und Herren,



ich glaube, dass die Bildungsfrage die spannende Herausforderung der nächsten Jahre in Deutschland wird. Das hat mehrere Gründe. In der Bildungsfrage zeigt sich, ob wir bereit oder nicht bereit bzw. die Verantwortlichen bereit oder nicht bereit sind, Chancengleichheit für die Kinder unserer Gesellschaft herzustellen. Das gegliederte Schulsystem ist ein Relikt aus der Kaiserzeit. Das heißt, wir haben hinsichtlich des Schulsystems die Kaiserzeit noch nicht überwunden. Das muss man sich ernsthaft überlegen bei den anderen Entwicklungen, mit denen wir es zu tun haben. DIE LINKE will mit der Gemeinschaftsschule dieses mehrgliedrige Schulsystem überwinden. Andreas Schleicher, internationaler Leiter der PISA-Studie, sagt sehr schön: »wenn wir die Kinder des 21. Jahrhunderts von Lehrern mit einem Ausbildungsstand des 20. Jahrhunderts in einem Schulsystem unterrichten lassen, das im 19. Jahrhundert konzipiert wurde und sich seitdem nur graduell verändert hat, dann kann das so nicht funktionieren.« Und da hat er Recht. In der Gemeinschaftsschule können die Schülerinnen und Schüler von der ersten Klasse bis zum Abitur gemeinsam und individuell lernen. Damit ist DIE LINKE die einzige Partei und auch die einzige Fraktion im Bundestag, die eine Schule für alle ab der ersten Klasse bis zum Schulabschluss ohne Schulwechsel will. Und der Senat in Berlin, als er noch rot-rot geprägt war, hat auf Druck der LINKEN die Gemeinschaftsschule als Referenzprojekt eingeführt. Und das Interessante ist, dass wir dachten, die Hürden seien viel zu hoch, schließlich müssen zwei Drittel der Eltern zustimmen etc. Aber es gibt jetzt schon 30 Schulen, die Interesse angemeldet haben oder zum Teil schon Gemeinschaftsschulen geworden sind oder gerade dabei sind, eine Gemeinschaftsschule zu werden. Was macht die Berliner Gemeinschaftsschule aus bzw. was sind die wichtigsten Unterschiede zu den Schulen aus dem Regelschulsystem? Gemeinschaftsschulen führen zu allen Schulabschlüssen. Man kann vorzeitig die Schule verlassen, man kann sie mit dem Realschulabschluss, dem Mittleren Schulabschluss oder dem Abitur verlassen. Die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule lernen von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss ohne Schulwechsel, wie bereits angemerkt. Es gibt keine Klassenwiederholungen und keine Abschulungen, es gibt keine feste Aufteilung in nach Leistung sortierten Gruppen, sondern einen individualisierten Unterricht. Alle Gemeinschaftsschulen sind Ganztagsschulen. Die SPD feiert sich gerne für ihr Ganztagsschulprogramm und behauptet, dass Ganztagsschulen das Rezept gegen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft sind. Wir sind auch für Ganztagsschulen, aber unser Gemeinschaftsschulkonzept geht viel weiter. Ganztagsbetrieb ist nur ein Merkmal von vielen an der Gemeinschaftsschule. Wir können sagen, Gemeinschaftsschulen sind Ganztagsschulen, aber Ganztagsschulen sind nicht automatisch Gemeinschaftsschulen. Unterschiedlichkeit wird angenommen und unterstützt in einer Gemeinschaftsschule. Deswegen sind Gemeinschaftsschulen von ihrem pädagogischen Verständnis her inklusive Schulen. Gemeinschaftsschulen sind Orte des gemeinsamen Lernens von der Schulanfangsphase bis zum Schulabschluss und entwickeln eine konsequente Umsetzung gemeinsamen Lernens in Schülergruppen mit unterschiedlichen Begabungen. Mit der Einführung der Schulreform Gemeinschaftsschule steht das Land Berlin deutschlandweit nicht allein. Auch andere Bundesländer erproben Formen des längeren gemeinsamen Lernens unter dem Namen Gemeinschaftsschule – Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen. In der Ausgestaltung der Schulform gibt es allerdings zum Teil erhebliche Unterschiede. Unter anderem unterscheiden sich die Schulen in der Länge des gemeinsamen Lernens der Schülerinnen und Schüler, z.B. in Thüringen bis zur Klasse 8, in der Form der Differenzierung, z.B. äußere oder innere Differenzierung ab Klasse 7 in Schleswig-Holstein, oder in der Schulorganisation bezüglich der Schulstufen, in der Regel nur Sekundarstufe I und/oder Primarstufe, nur teilweise mit Sekundarstufe II, z.B. in Baden-Württemberg geplant. Es ist eben nicht egal, wer die Schulpolitik in einem Bundesland bestimmt. Mit SPD und GRÜNEN bekommt man nur die halbe, keine wirklichen Gemeinschaftsschulen. Mit der LINKEN bekommt man Gemeinschaftsschulen, die gemeinsames Lernen mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Begabungen konsequent umsetzen. Viele Bundesländer wollen lediglich die Haupt- und Realschulen zusammenlegen und die Gymnasien erhalten. Dies ist aus Sicht der LINKEN keine Überwindung der sozialen Auslese, sondern zementiert die

Zweiklassenbildung. Solange die Schulformen nicht qualitativ gleichwertig sind, werden die Besserverdienenden ihre Kinder auf die Gymnasien schicken.

Wir können wissenschaftlich nachweisen, dass unser Konzept der Gemeinschaftsschulen erfolgreich ist. Die Berliner Gemeinschaftsschule wurde wissenschaftlich begleitet. Es wurden die Leistungen der Berliner Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen mit den Hamburger Schülerinnen und Schülern des Regelschulsystems (Gymnasien, Integrierte Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen, Sekundarschulen etc.) verglichen, mit allen Typen, die es in Hamburg gibt. Das Ergebnis: Die Berliner Schülerinnen und Schüler haben signifikant größere Lernzuwachse in der Schlüsselkompetenz, z.B. beim Leseverständnis, als die Hamburger Vergleichsschülerinnen und -schüler. Unter den Vergleichsschülerinnen und -schülern waren auch Gymnasiasten. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen. Das gilt auch für die Gemeinschaftsschule mit einer relativ problematischen Schülerschaft – Migrationshintergrund, bildungsferne Familien etc. Den Berliner Gemeinschaftsschulen gelang es auch, soziale Disparitäten abzubauen. Es lernen nicht nur, das ahnte man ja, die leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler besser, sondern auch die Leistungsstärkeren, davon waren wiederum viele überrascht, weil das Hauptargument gegen die Gemeinschaftsschule schließlich immer war, den Leistungsschwächeren würde es helfen, aber die Leistungsstarken würden nach unten gezogen werden. Diese Vergleichsstudie von Berlin und Hamburg hat das Gegenteil bewiesen. Es kommt jetzt darauf an, dass wir dieses Ergebnis endlich mal deutlich machen, und zwar bundesweit, um auch den besserverdienenden Eltern die Angst zu nehmen, dass wir dafür stünden, ihre Kinder vom Leistungsniveau nach unten zu ziehen. Das stimmt überhaupt nicht. Und das liegt daran, dass die Kinder dort auch sozial lernen und dass es eine individuelle Förderung gibt und zwar bei unterschiedlichen Begabungen. Ich führe immer gern folgendes Beispiel im Bundestag an, natürlich nur um die CDU in Verlegenheit zu bringen:

Ich kenne mindestens zwei Gemeinschaftsschülerinnen bzw. -schüler im Bundestag, mit Sicherheit gibt es mehr, aber ich will für das Beispiel mal nur zwei nennen: Das sind Angela Merkel und ich. Ich finde, wir widerlegen folgendes: Erstens: Es käme nur etwas Einheitliches dabei heraus. Das ist falsch, wir sind sehr unterschiedlich. Und zweitens: ob wir beide nachgewiesenermaßen die Dümmsten im Bundestag sind, lasse ich einfach als Frage noch offen. Die Union hat es schwer, bei zumindest einer dieser Personen das zu behaupten. Obwohl es natürlich damals nicht ganz die Gemeinschaftsschule war, die wir uns jetzt wünschen.

Die Herkunft bestimmt in einer Gemeinschaftsschule nicht mehr so sehr den Bildungserfolg. Das ist das Entscheidende. Kommen wir zu weiteren Ergebnissen

der Vergleichsstudie: Die Eltern sind auch von der Gemeinschaftsschule überzeugt. Die überwiegende Mehrheit der Eltern ist mit der Schulwahlentscheidung sehr zufrieden, sofern sie ihre Kinder dorthin geschickt hatten. So bleibt der Anteil der Eltern, die ihr Kind erneut auf eine Gemeinschaftsschule schicken würden, konstant bei 80 Prozent. Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler haben mehrheitlich eine positive Einstellung zum Umgang mit heterogenen Schülergruppen. Die Schülerinnen und Schüler haben das Gefühl, sie würden im Unterricht mehr als Individuum wahrgenommen und unterstützt werden. Es konnte wissenschaftlich nachgewiesen werden, dass das gemeinsame Lernen an Gemeinschaftsschulen allen Schülerinnen und Schülern, vom Leistungsstarken bis zum Leistungsschwachen, zugute kommt. Wir brauchen keine künstliche Aufteilung nach vermeintlichen Begabungen. Dabei geht es der LINKEN nicht nur um die Schulstruktur allein, wie die Gemeinschaftsschulgegnerinnen und -gegner immer behaupten. Wir wollen eine Gemeinschaftsschule, eine Schule für alle, und hohe Unterrichtsqualität durch individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers. Die wissenschaftlichen Ergebnisse bestätigen auch, dass beides geht.

Und dann streben wir noch zwei weitere Dinge an: Man kann ja die Klassen, Lerngruppen etc. unterschiedlich ausrichten und man kann auch Schulen, zumindest in Großstädten, unterschiedlich ausrichten. Was spricht denn dagegen, dass wir einmal eine spezielle Förderung haben für Sport, einmal eine spezielle Förderung für Tanz und Musik, einmal eine spezielle Förderung für Alte Sprachen oder für Neue Sprachen, einmal eine spezielle Förderung haben für Mathematik und Naturwissenschaften? Das ist doch alles möglich. Man kann Gemeinschaftsschulen unterschiedlich gestalten, aber man kann auch sagen, innerhalb einer Gemeinschaftsschule bieten wir unterschiedliche Richtungen an. Die Idee der Europaschule als Gemeinschaftsschule wäre auch sehr zu begrüßen. Die Kinder, die mit einer Fremdsprache aufwachsen, könnten dort bereits ab dem Vorschuljahr hingehen.

Seit dem Bildungsgipfel 2008 in Dresden haben alle im Bundestag vertretenen Parteien erkannt, dass das Bildungssystem unterfinanziert ist. Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten erklärten das Thema damals einmütig zur Chefsache. Mit der Ausrufung der Bildungsrepublik sollte eine Steigerung der Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts einhergehen. Aber die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind rund 20 Prozent geringer als in den meisten anderen Industriestaaten. Im Vergleich zu Skandinavien beträgt der Abstand sogar mehr als 50 Prozent. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass laut PISA-Studie die besten Schulergebnisse in Bayern, Sachsen und Thüringen erzielt werden, aber worauf selten hingewiesen wird, ist die Tatsache, dass die beste Schulstruktur Europas in Finnland angeboten wird. Und das ist die Schulstruktur der DDR. Man hätte viel Geld und Zeit gespart, es sich nicht in Finnland, sondern im Osten anzusehen. Und ich muss nicht darüber aufgeklärt werden, dass der Staatsbürgerkundeunterricht nichts taugte. Ich weiß, dass der Wehrkundeunterricht falsch war. Ich weiß auch, dass die Sprachausbildung längst nicht so gut war wie in der alten Bundesrepublik. Aber ich weiß auch, dass der Deutschunterricht sowie der Unterricht in Mathematik und den naturwissenschaftlichen Fächern sehr gut waren, dass übrigens der Sportunterricht damals besser gehandhabt wurde als heutzutage. Es gab kein Jahr ohne Musikunterricht etc. Belassen wir es bei diesen Anmerkungen. Mir ist aber wichtig, auf ein paar Dinge hinzuweisen, die sinnvoll waren. Als ich noch ein Schüler war, wurden wir nach der 8. Klasse getrennt, später erst nach der 10. Klasse. Jedoch war es nicht mehr weit davon entfernt zu sagen, an einer Schule bis zum Abitur lernen, was auch viel günstiger ist und was wir heute auch vorschlagen. Die Schwächen der DDR-Schulstruktur kenne ich, was mich nur geärgert hat bei der Vereinigung, dass sich niemand die Mühe gemacht hat, sich das DDR-Schulsystem wenigstens einmal anzusehen. Es gab eine wirklich geniale Erfindung: Das war die Berufsausbildung mit Abitur, auch die hat man sich nicht angesehen, bloß abgeschafft. Die Polikliniken waren eine weitere gute Erfindung. Diese werden jetzt auch wieder eingeführt. Allerdings bringt man sie im Westen nicht mit dem Osten in Verbindung. Damit Sie mich richtig verstehen, es hat natürlich das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen geschwächt, was aber viel entscheidender ist, die Westdeutschen hatten kein Vereinigungserlebnis. Wenn man sieben bis zehn Sachen übernommen hätte zum 3. Oktober 1990, dann hätten die Westdeutschen gesagt, ›diese Steigerung meiner Lebensqualität verdanke ich dem Hinzukommen des Ostens‹. Doch solch ein Erlebnis gibt es für keinen im Westen. Das einzige, was viele Westdeutsche inzwischen sagen, ist, es ginge mit ihnen sozial bergab, man stecke viel Geld in den Osten, dann nörgeln die Ostdeutschen nur und wählen komisch. Hätte ich in Westdeutschland gelebt, würde ich die Welt vielleicht genauso sehen. Es war eben nur ein Beitritt und keine Vereinigung.

Die Bundesländer verfügen seit der Föderalismusreform 2006 über so gut wie alle Kompetenzen im Bildungssystem, gleichzeitig können sie ohne Zustimmung der Bundesebene keine zusätzlichen Steuereinnahmen generieren. Das ist ein Widerspruch in sich. Und die Frage ist, dass wir jetzt 16 verschiedene Bundesländer mit 16 verschiedenen Schulsystemen haben. Ich sage an dieser Stelle noch einmal, das passt in die Zeit der Postkutschen, ins 19. Jahrhundert, das hat mit dem 21. Jahrhundert nichts zu tun. Wir brauchen ein, wie ich meine, abgestimmtes, qualitativ hochwertiges Top-Bildungssystem von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern, das auf die Fragen der Mobilität und Vergleichbarkeit sinnvolle Antworten bietet.

Zur Verbesserung der Bildungsfinanzen bedarf es nach Ansicht der LINKEN endlich einer Steuergerechtigkeit. Es ist ein Irrtum, dass wir nur Steuererhöhungen wollen. Wir wollen auch Steuersenkungen, z.B. bei der Mehrwertsteuer, für viele bei der Einkommenssteuer – Personen, die bis zu 6000 Euro brutto im Monat verdienen, würden bei uns weniger Steuern bezahlen als bei den anderen.

Wir müssen das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot in der Bildung endlich überwinden. Auch das ist mit den Stimmen der SPD damals beschlossen worden. Heute sagt selbst Walter Steinmeier, dass es ein Fehler war. Doch sie hätten einfach mal auf uns hören sollen. Wir hatten es ihnen schon 2006 bescheinigt, dass das ein Fehler wäre. Aber sie wollten nicht auf uns hören. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben werden und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Artikel 91b im Grundgesetz verankert werden. Nur dadurch lässt sich eine Bildungsfinanzierung von Bund und Ländern ermöglichen. Derzeit kann das der Bund nur über Umwege.

Ich wünsche der Konferenz ein gutes Gelingen, spannende Diskussionen und Vorträge.

Vortrag zum Bildungsverständnis der LINKEN: Chancengleichheit in der Bildung! Die Gemeinschaftsschule – Eine gute inklusive Schule für alle

Rosemarie Hein, MdB,
Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

– Es gilt das gesprochene Wort –

DIE LINKE präferiert die Gemeinschaftsschule als zentrales Projekt zur Überwindung grundlegender Missstände im Bildungssystem der Bundesrepublik. DIE LINKE ist derzeit die einzige Partei, die das konsequent fordert. In Berlin wurde vor einigen Jahren der Weg dahin in der bis jetzt am weitesten gehenden Konsequenz begonnen. Wir wollen die Konferenz nutzen, um diese Erfahrungen zu diskutieren und dafür zu werben.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Schulform, die auf anderen Konzepten schulformübergreifenden Arbeitens, vor allem der Integrierten Gesamtschule, aufbaut und sie weiterentwickelt.

Warum wollen wir eine Gemeinschaftsschule in allen Ländern etablieren und perspektivisch als einzige Schulform entwickeln?

1. Gründe für die Bildungsmisere in Deutschland

Dazu zunächst sieben Befunde aus einer langen Reihe von Feststellungen

a) 2010 verließen über 53.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Schulabschluss, das sind 6,5 Prozent. Mehr als die Hälfte von ihnen kommt aus Förderschulen (vgl. Nationaler Bildungsbericht 2012).

b) 7,5 Millionen Menschen in Deutschland sind funktionale AnalphabetInnen. Manche von ihnen haben einen Schulabschluss (siehe dazu LEO-Studie 2011).

c) In der PISA-Studie »Bilanz nach einem Jahrzehnt« wird festgestellt, dass immer noch 18,5 Prozent der 15-Jährigen sogenannte »schwache Leser« sind und dass die »starken Leser« mit der höchsten Kompetenzstufe nahezu alle vom Gymnasium kommen.

d) In der Studie der Vodafone-Stiftung aus dem Jahre 2011 mit dem Titel »Herkunft zensiert« wird der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule untersucht. Dort stellt man fest, dass nur etwa 40 Prozent der Schullaufbahnentscheidungen auf der tatsächlichen Lernleistung beruht, fast 30 Prozent aber auf der unterschiedlichen Benotung oder unterschiedlichen Empfehlung bei gleicher Leistung.

e) Gabriele Bellenberg hat in der Studie »Schulformwechsel in Deutschland« im Jahre 2012 festgestellt, dass von allen Schulformwechslern 58 Prozent an eine

Schule mit geringerem Anspruch wechseln, aber nur 27 Prozent an eine Schule mit höherem Anspruch. Bei rund 98.000 Schulformwechslern in einem einzigen Schuljahr ist das eine beachtliche Beeinträchtigung. Dabei erfolgen die wenigsten der Schulformwechsel nach oben an die Schulform Gymnasium.

f) Im GEW-Schattenbericht zum UN-Sozialpakt wird darauf hingewiesen, »dass sog. statistische Zwillinge, die zu Beginn des fünften Schuljahres über einen identischen sozioökonomischen Status und gleiche kognitive Grundfähigkeiten verfügen, am Ende der Pflichtschulzeit z.B. in ihrer Mathematikkompetenz um 49 Testpunkte differieren, wenn sie statt einer Hauptschule ein Gymnasium besuchen« (Schattenbericht der GEW zum UN-Sozialpakt, 2010, S. 51). Sie beziehen sich dabei auf die Untersuchungen von Jürgen Baumert und anderen in »Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülern und Schülerinnen im internationalen Vergleich«.

g) In der Sekundarstufe I (5. bis zur 10. Klasse) gibt es unzählige unterschiedliche Schulformen neben dem Gymnasium. Kinder gehen in die Gesamtschule, die Gemeinschaftsschule, die Oberschule, die Werkrealschule, die Realschule plus, die Mittelschule, die Mittelstufenschule, die Sekundarschule, die Regelschule, die Regionale Schule, die Stadtteilschule, die erweiterte Realschule, die integrierte Sekundarschule, die zusammengefasste oder verbundene Haupt- und Realschule, die Hauptschule und die Realschule. Das sind 18 unterschiedliche Schulformen, wobei gleiche Bezeichnungen in zwei oder mehr Bundesländern

noch lange nicht bedeuten, dass diese Schulformen bis ins letzte vergleichbar sind und gleiche Berechtigungen für weiterführende Bildungsgänge, etwa zum Abitur hin, vergeben. Sie haben zudem unterschiedliche Fächerstrukturen und eine unterschiedliche Unterrichtszeit. Unterschiedlich sind dann auch die Lehrpläne oder Rahmenrichtlinien und die Freiheit der Schulen zur inhaltlichen Gestaltung der Curricula. Manchmal gibt es in einem Bundesland zwei oder mehr dieser Schulformen neben dem Gymnasium.

Doch eigentlich ist nicht diese Vielfalt das Problem, sondern es wird erwartet, dass Schülerinnen und Schüler absolut den gleichen Stoff zur gleichen Zeit gelernt haben, wenn sie eine Schule wechseln. Das wird nämlich in den einheitlichen Prüfungen und Vergleichsarbeiten abgefragt. Und das Problem liegt in den unterschiedlichen Berechtigungen, die in der einen Schulform vergeben und in anderen Bundesländern möglicherweise nicht anerkannt werden. Hier liegen die eigentlichen Probleme, die Familien verunsichern und mitunter zur Weißglut bringen. Sie fordern dann, in ihrer Not völlig verständlich, eine Vereinheitlichung der Lehrpläne bundesweit.

Das Konzept der Gemeinschaftsschule kann diese Probleme beheben, wenngleich sie nicht zu einer einfachen Vereinheitlichung des Lernstoffes führen wird.

Neben dem Sekundarschulsystem gibt es aber noch ein ganzes Förderschulsystem: die Förderschulen Lernen, Sprache, Hören, Sehen, für körperliche Beeinträchtigungen, geistige Behinderung, emotionale und soziale Entwicklung. Hierhin werden Schülerinnen und Schüler verwiesen oder empfohlen, bei denen ein besonderer Förderbedarf diagnostiziert wurde. Nicht wenige Eltern legen sogar Wert darauf, weil sie die berechtigte Sorge haben, dass ihren Kindern in den anderen, sogenannten Regelschulen nicht richtig geholfen werden kann. Dazu später.

Diese Befunde – und man könnte die Reihe lange fortsetzen – zeigen: Wir haben es insgesamt mit drei Problemlagen zu tun

a) Das unbefriedigende Niveau bundesdeutscher Schulbildung überhaupt, das seit Jahren von Ausbildenden beklagt wird. In der Studie »Hindernis Herkunft« der Vodafone-Stiftung wird festgestellt, dass 54 Prozent der Lehrenden meinen, dass die Leistungsunterschiede in den letzten Jahren zugenommen haben. In der gleichen Studie erklären Lehrende aller Schulformen, aber 58 Prozent der Lehrenden an Haupt- und Realschulen, dass sie in den letzten Jahren ihre Anforderungen abgesenkt hätten.

Mit einem sinkenden Anforderungsniveau und einer weiter aufgehenden Schere bei den Bildungsergebnissen kann aber auf Dauer kein erfolgreiches Bildungsland entstehen. Verbesserungen, wie sie bei PISA und in den bundesweiten Bildungsberichten in den letzten Jahren festgestellt wurden, sind graduelle Verbesserungen bei den unteren Kompetenzniveaus, keine Quantensprünge im gesamten System. Das kann auch nicht anders sein, richten sich doch die meisten Hilfsprojekte an die Schülerinnen und Schüler, die möglicherweise den Hauptschulabschluss nicht schaffen. Das Bildungsniveau der jüngeren Generation droht insgesamt damit weiter zu sinken.

Ein entscheidender Grund liegt im gegliederten Schulsystem.

b) In kaum einem anderen mitteleuropäischen Land ist die Abhängigkeit des Schulerfolges von der sozialen Herkunft so groß wie in Deutschland. Die Chance von Kindern aus Akademikerhaushalten auf ein Gymnasium zu kommen, ist um ein Vielfaches höher als für Kinder aus einfachen Arbeiterhaushalten. Kinder mit Migrationshintergrund sind oft von einem subtilen Ausgrenzungsmechanismus betroffen, der an den kulturellen Unterschieden andockt. Die Studie »Herkunft zensiert« hat diesen schwer nachzuweisenden und in keinem Gesetz und keiner Verordnung verankerten Zusammenhang eindrucksvoll offengelegt. Manche Kinder können im Elternhaus weniger Hilfe finden und private Nachhilfe ist für sie nicht finanzierbar. Die Lernförderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket geht hier auch weitgehend ins Leere. Und viele Schulen können nicht mehr leisten, wofür sie eigentlich gedacht sind: eine gleiche Bildungsteilhabe unabhängig von der sozialen Herkunft zu sichern und ein hohes Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung herzustellen.

Der Grund für die massive soziale Ausgrenzung liegt hauptsächlich im gegliederten Schulsystem in Deutschland.

c) In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde in vielen Bundesländern versucht, die Schulformen der Sekundarstufe I neben dem Gymnasium zu reformieren. Damit ist eine Vielzahl unterschiedlich profilierter Schulen entstanden, die in der Bevölkerung als Wirrwarr empfunden werden. Das Schulsystem hat sich dabei weiter auseinander entwickelt und die Kultusministerkonferenz hat im Bemühen um Vergleichbarkeit immer mehr Bedingungen für die Anerkennung von Bildungswegen beschlossen, die in der Praxis aber als Hemmnisse für Durchlässigkeit der Bildungswege wirken und Vergleichbarkeit gar nicht sichern.

Der entstandene Zustand ist ein Ergebnis des Festhaltens am gegliederten Schulsystem in Deutschland.

2. Es gibt keine begabungsgerechte Gliederung.

Der tiefere Sinn der im Grunde drei verschiedenen Schulformen Hauptschule, Realschule oder Gymnasium sollte die vermeintlich begabungsgerechte »Beschulung« aller Kinder sein.

Schaut man aber in die Schulgeschichte, so sind diesen sogenannten Begabungstypen unterschiedliche Rollen in der Gesellschaft zugeordnet. So werden die

Bildungsinhalte an den verschiedenen Schulformen auch bis heute konzipiert. Also nicht auf gleiche Bildungsteilhabe. Und schaut man auf die soziale Lage, so kommen die vermeintlich unterschiedlichen Begabungstypen mehrheitlich aus jeweils unterschiedlichen sozialen Schichten – welch ein Zufall. Aus diesen simplen ständisch begründeten Ausgrenzungsmechanismen erklärt sich bis heute das Festhalten am gegliederten Schulsystem, das auch nichts weiter ist als ein Schubkastensystem von Einheitsschulen.

Ich frage mich, wieso Schülerinnen und Schüler, denen man nach der vierten (oder sechsten) Klasse den Weg zum Abitur nicht zugetraut hat, dies schaffen sollen, wenn sie bis zur zehnten Klasse in einer Schulform unterrichtet werden, die ein geringeres Anspruchsniveau hat. Und ich frage mich, warum Schülerinnen und Schüler, denen auch in der vierten Klasse bereits der Weg zum Abitur zugetraut wird, mit diesen anderen Kindern nicht gemeinsam weiter lernen können, wenn es denn darauf ankommt, in jeder Schule individuell zu fördern, wie es nun in fast allen erziehungswissenschaftlichen Studien gefordert wird?

Ich finde keine befriedigende Antwort.

Was läge also näher, als das gegliederte Schulsystem zu überwinden? Eigentlich nichts, gäbe es da nicht die Klientel der Eltern, die auf den Erhalt des Gymnasiums und seine Vorrangstellung drängen.

3. Was ist denn nun anders in der Gemeinschaftsschule, was ein gegliedertes System nicht auch leisten könnte?

In einer Gemeinschaftsschule können – ähnlich wie in guten Gesamtschulen – alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam von- und miteinander lernen. In der Gemeinschaftsschule werden die Schülerinnen und Schüler nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert. Einen besonderen Hauptschulbildungsgang oder entsprechende Kurse wird es also nicht mehr geben, aber auch keine frühzeitige Trennung in einen besonderen Bildungsgang zum Abitur.

Die Gemeinschaftsschule ermöglicht alle schulischen Abschlüsse, auch das Abitur.

3.1. Die Gemeinschaftsschule fördert individuell

Die Gemeinschaftsschule ist für uns eine Schule, die alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen akzeptiert und individuell fördert. Wir wollen Schluss machen mit der Praxis, Schülerinnen und Schüler nach sogenannten Begabungstypen oder nach vermeintlicher Eignung und Leistungsfähigkeit zu sortieren und vermeintlich geeigneten Schulformen zuzuweisen. Wir gehen davon aus, dass alle Kinder in ihrer Individualität gefördert werden müssen und zu einem höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden können. In der Gemeinschaftsschule werden darum die unterschiedlichen Begabungen, Talente und Interessen der Kinder besser entdeckt und gefördert. Darum wollen wir auch nicht mehr Kinder mit Handicaps auf Förderschulen verweisen. In einer Gemeinschaftsschule wird es möglich sein, auch Kinder mit unterschiedlichen Handicaps ihren Bedürfnissen gemäß intensiv zu fördern und zu betreuen. Wir sehen im gemeinsamen Lernen mit- und voneinander, im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler eine Chance, von der Kinder mit schwächeren Lernleistungen und schlechteren Lernausgangslagen oder den unterschiedlichen Handicaps ebenso profitieren wie leistungsstarke Kinder. Stärken sollen gestärkt, Schwächen abgebaut oder ausgeglichen werden.

3.2. Die Gemeinschaftsschule ist keine Einheitsschule, nicht Gleichmacherei

Lernen ist ein aktiver und sehr individueller Prozess. Lernen kann man nur selbst, man kann nichts »gelernt bekommen«. Darum müssen sich auch die Lehr- und Lernmethoden ändern, die Vielfalt der Arbeitsformen in der Schule, durchaus nicht nur im Unterricht. Darum ist es richtig, wenn nicht alle dasselbe lernen müssen, aber sie müssen dasselbe lernen können. Die Lerninhalte müssen, wenn sie nicht identisch sind, wenigstens gleichwertig sein und in jeder anderen Schule in jedem Bundesland entsprechend anerkannt werden.

In der Gemeinschaftsschule gilt der Grundsatz, Lernende dort abzuholen, wo sie stehen. Dann sind unterschiedliche Lerngegenstände aus der einen Schule in der anderen kein Handicap.

Jeder Mensch ist einzigartig. Jede und Jeder ist in besonderer Weise begabt. Die Gemeinschaftsschule gewährleistet individuelles Lernen und altersgerechte Förderung und einen zielgerichteten Nachteilsausgleich. In der Gemeinschaftsschule kann man diesen unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen gerecht werden, ohne das Ziel, dass alle am Ende gleich sein müssen oder das gleiche gelernt haben müssen, aber auch ohne das irgendwann entschieden wird, was ein Kind ohnehin nicht mehr lernen kann. Dies aber ist der Hintergrund der Zuweisung zu unterschiedlich anspruchsvollen Schulformen.

3.3. Ein wichtiges Moment für den Erfolg dieser Schulform ist die Gemeinschaftlichkeit

Kinder lernen am schnellsten voneinander. Das merkt man als Eltern am schnellsten, wenn Kinder die Dummheiten vom Spielplatz mitbringen. Oder das neueste Computerspiel wird ausprobiert. Eltern können oft nicht einmal mit den Augen folgen, wenn ihre Kinder die Computertastatur oder den Touchscreen bedienen. Sie lernen viele Dinge scheinbar nebenbei von jemandem, der es schon kann. Ist es der Klassenkamerad oder die Freundin, bedarf es dabei nicht einmal einer gesonderten Motivation.

Das, was eigentlich jeder weiß, wird in der Gemeinschaftsschule zum pädagogischen Prinzip. In der Gemeinschaftsschule sollen die Vorteile heterogener Lerngruppen für das Lernen erschlossen werden. Darum haben kooperative Lern- und Arbeitsformen in einer Gemeinschaftsschule für uns ebenso ihre Berechtigung wie das Lernen nach individuellen Plänen. In der Gemeinschaftsschule wird in verschiedenen, gleichberechtigt nebeneinander stehenden Arbeitsformen gelernt. Das können z.B. Frontaleinheiten, Kleingruppenarbeit, Einzelarbeit, Projektarbeit oder jahrgangs- bzw. fächerübergreifendes Arbeiten sein. Sie werden sich für alle Schülerinnen und Schüler als Vorteil erweisen, weil sie Abwechslung bieten und unterschiedlichen Lerntypen besser gerecht werden.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule gemeinschaftlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit. Sie ist selbstverständlich auch eine Ganztagsschule, die sich dem Schulumfeld, dem Kiez, der Region öffnet. Unterricht, weiterführende Angebote im Wahlpflichtbereich und in attraktiven Arbeitsgemeinschaften, Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote sowie zusätzliche pädagogische Fachkräfte sollen den Rahmen für erfolgreiches Lernen schaffen.

Gleichzeitig verbessern sich so das Schulklima und die Freude an der schulischen Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler. Lehrende sind nicht mehr schlicht Unterrichtgeber, sondern im besten Sinne des Wortes Lernbegleiter.

Die Gemeinschaftsschule ist eine inklusive Schule. Sie schließt Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen sowie Kinder unterschiedlicher ethnischer oder sozialer Herkunft von vornherein ein. Alle sollen nach Maßgabe ihrer individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert werden. Dafür müssen die notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Fachkompetenz, die heute an Förderschulen konzentriert ist, soll in die Gemeinschaftsschule überführt und zudem ausgebaut werden.

Es bedarf aber auch einer entsprechenden räumlichen und sächlichen Ausstattung, z.B. für Förderangebote oder auch für notwendige Therapien oder spezielle Übungen.

3.4. Die Gemeinschaftsschule bietet alle Abschlüsse an, auch das Abitur

Welchen Abschluss eine Schülerin oder ein Schüler erreichen kann, entscheidet sich aber erst am Ende des Bildungsgangs, nicht irgendwo dazwischen. Wir gehen davon aus, dass es Ziel sein muss, möglichst allen wenigstens den mittleren Schulabschluss zu ermöglichen. Wir wollen aber auch, dass mehr Jugendliche als heute den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss erreichen.

Jugendliche mit geistigen Einschränkungen sollen sich nach ihren individuellen Möglichkeiten entwickeln. Viele von ihnen können in einer Gemeinschaftsschule mehr lernen als in einer eigens für sie eingerichteten Schulform. Das gilt in besonderem Maße für Kinder mit sogenannten Lernbehinderungen, für die es in anderen Ländern gar nicht erst Förderschulen gibt.

3.5. Die Gemeinschaftsschule orientiert nicht auf einen für alle identischen Wissenskanon

In dieser Schulform sollen alle gleiche Kompetenzen erwerben und ihre individuellen Interessen und Fähigkeiten zur Wirkung bringen können. Das Abfragen von Faktenwissen nach dem Günther Jauch-Prinzip erübrigt sich dann. Wichtig ist nicht, ob genügend vom richtigen Stoff auswendig gelernt wurde, um die Prüfung zu bestehen, sondern ob Absolventen in der Lage sind, selbständig komplexe Zusammenhänge zu erfassen und darzustellen. Dazu muss man Wissen anwenden, werten und übertragen können. Der Nürnberger Trichter hat in der Gemeinschaftsschule ausgedient.

4. Die Gemeinschaftsschule gibt es auf Dauer nur ganz oder gar nicht.

Die von uns angestrebte Gemeinschaftsschule soll kein Schultyp neben anderen werden, sondern flächendeckend die »Eine Schule für Alle«. In fast allen Ländern werden derzeit Schulformen neu entwickelt, die Haupt- und Realschulbildungsgänge miteinander verbinden. In einigen Ländern sind sie schon seit Jahren vorhanden. Sie alle aber sind Schulen neben dem Gymnasium. Das Gymnasium bleibt als besondere Schulform bestehen.

So aber kann die soziale Ausgrenzung nicht beendet werden. Alle eingangs benannten Befunde bleiben, vielleicht mit Abmilderungen, bestehen. Das belegen auch gerade die Schulleistungsuntersuchungen in den Ländern, die seit mehr als zehn Jahren über ein zweigliedriges Schulsystem verfügen.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass die Schere zwischen den Leistungsstarken und den Leistungsschwächeren gerade nach der Grundschule immer weiter auseinandergeht. Das belegt ein Vergleich der Ergebnisse, die in der IGLU-Grundschuluntersuchung erreicht wurde im Vergleich mit allen PISA-Ergebnissen.

Auch Förderschulen bestehen weiter bis auf die Bemühungen der Integration eines Teils der Schülerschaft mit Beeinträchtigungen. In einigen Ländern ist man da, wie in Bremen, schon weit, in anderen Ländern aber gibt es noch nicht mal einen Rechtsanspruch auf inklusive Beschulung, gibt es den Vorbehalt der vorhandenen Bedingungen.

In der Mehrzahl der Länder und Schulen wird zudem die Aufgabe zur Inklusion vor allem den nichtgymnasialen Bildungsgängen zugeordnet. Das heißt, vor allem Kinder mit tatsächlichen oder scheinbaren intellektuellen Beeinträchtigungen, Verhaltensauffälligkeiten und geistigen Behinderungen werden dem Schulsystem unterhalb des Gymnasiums zugeordnet, während das Gymnasium in der Regel (Ausnahmen gibt es) auf die Integration (ich verwende diesen Begriff bewusst hier) von (leistungsstarken) Kindern mit körperlichen Behinderungen oder mit Sinnesbeeinträchtigungen orientiert wird – Barrierefreiheit vorausgesetzt.

Wer aber das Gymnasium aus der Verpflichtung umfassender Inklusion entlässt, der meint nicht Inklusion, sondern irgendetwas Anderes. Wer das Gymnasium von der Inklusion ausnimmt, schafft Exklusion, nicht Inklusion.

Es gibt freilich auch Eltern, die aus Sorge, die eigenen Kinder zu überfordern oder dass ihren besonderen Entwicklungsbedingungen zu wenig Rechnung getragen wird, lieber den vermeintlichen Schonraum wählen. Sie zweifeln daran, dass die anderen Regelschulen ihre Kinder angemessen fördern können. So wie das Regelschulsystem gestrickt war und meist noch ist, werden die Förderschulen mit ihrer besonderen räumlichen, technischen und personellen Ausstattung sehr oft als Segen für die Betroffenen empfunden, als Schutzraum in einer für sie ansonsten untauglichen Bildungslandschaft. Wenn wir darum von inklusiver Bildung reden, dann meinen wir eine Schule für alle Kinder mit den unterschiedlichen Förderbedarfen und für alle Kinder, denen kein Förderbedarf diagnostiziert wurde, die aber gleichwohl auch individuell gefördert werden müssen.

5. Das kostet doch alles unheimlich viel Geld?

Ja, und nein. Zum Einen gibt Deutschland nach wie vor deutlich weniger für Bildung aus als andere Staaten. Das muss sich ändern. In Bildung investiertes Geld ist für die Zukunft gut angelegtes Geld. Wir haben heute einen unheimlichen Investitionsstau in der Bildung und brauchen zudem jährlich 40 Milliarden Euro mehr für die Finanzierung der gesamten Bildungskosten. Aber es muss nicht alles zusätzlich drauf. Wenn die heute vorhandenen Ressourcen besser verteilt, unsinnige und hilflose Projekte des heute angelaufenen Reparaturbetriebes, der viele Millionen Euro verschlingt, eingespart würden, könnte dieses Geld in die Umsetzung eines neuen Verständnisses von Schule fließen. Es würde dann ja auch nicht mehr gebraucht, außer vielleicht in einem Übergangszeitraum.

Aber es geht natürlich nicht nur um Geld, sondern um ein anderes Bildungsverständnis und ein anderes Persönlichkeitskonzept, das diesem zugrundeliegt. Darauf muss das Lehren und das Lernen ausgerichtet werden.

Die Gemeinschaftsschule ist unser Zukunftsprojekt für eine grundlegende Bildungsreform.

Uns ist klar, dass es um diese Schulform in den kommenden Jahren viel Streit geben wird. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer, Kultusbürokratien und Bildungswissenschaften ermutigen, an diesem Konzept in seiner konsequenten Form weiter zu arbeiten. Wir wollen Wege und Fehlstellen aufzeigen, Hindernisse benennen und helfen, sie aus dem Weg zu räumen, Vorbehalte abbauen und Anregungen aufnehmen.

Die Gemeinschaftsschule ist eine lernende Schule, aber längst keine Versuchsanstalt mehr.

Unsere heutige Konferenz soll der Auftakt dazu sein, nicht der Endpunkt.

Ich wünsche uns angeregte, nicht aufgeregte Diskussionen, Bestätigungen ebenso wie viele neue Einsichten.

I. Fundus an Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule

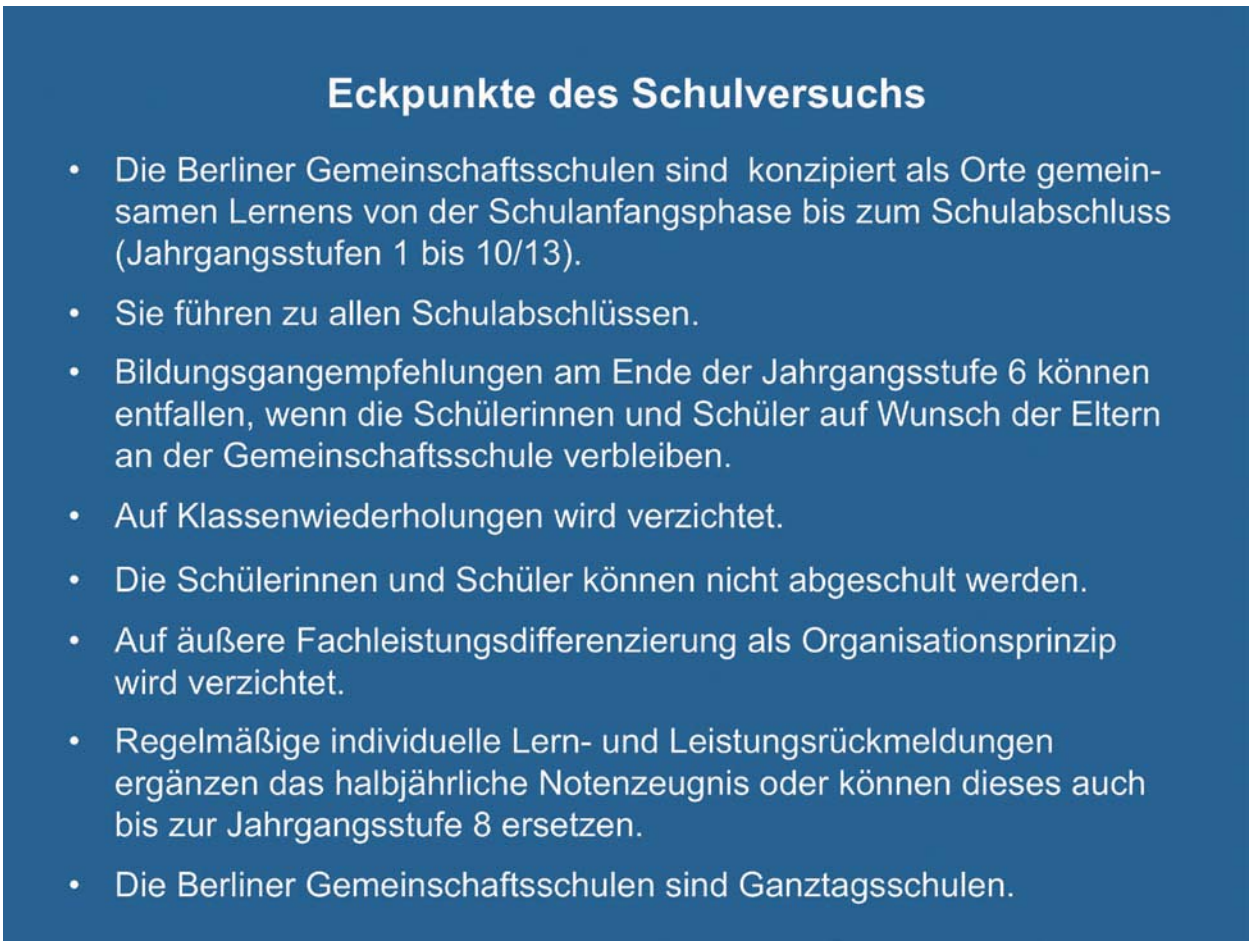
In diesem Teil der Konferenz setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer insbesondere mit den Erfahrungen des Berliner Schulversuchs auseinander. Den Auftakt zu diesem Programmabschnitt gab Ulrich Vieluf mit seinem wissenschaftlichen Inputreferat, in dem er die Ergebnisse der Vergleichsstudie erläuterte. In einem zweiten Vortrag beschrieb Robert Giese seine Erfahrungen als Schulleiter mit dem Konzept Gemeinschaftsschule in der Praxis und die damit verbundenen Herausforderungen und Errungenschaften. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter dem Motto »Wissenschaft und Politik treffen Schulalltag« diskutierten Eltern- und Schülervertreter mit den Vertretern aus Wissenschaft und Politik darüber, wie sich die wissenschaftlichen Befunde und politischen Handlungen in der Praxis, im Schulalltag darstellen.

Präsentation zentraler Befunde der wissenschaftlichen Begleitung des Schulversuchs Berliner Gemeinschaftsschule »Längeres gemeinsames Lernen als Antwort auf Bildungsungleichheit?«

Ulrich Vieluf, *wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung*

Ergänzende Anmerkungen zur Präsentation und zu einzelnen Folien (Mitschnitt):

Im Herbst dieses Jahres erscheint ein neuer übergreifender Bericht, in dem die Ergebnisse der bereits dritten Testung der Schulversuchsjahrgänge (längsschnittliche Betrachtung, mittlerweile Ende der Klassenstufe 10) vorgestellt werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden nicht neu, dafür aber differenzierter und es wird ablesbar sein, wo noch sehr große Herausfor-



derungen bestehen. Bereits die erste Erhebungsrunde lieferte sehr positive und ermutigende Befunde.

Erläuterungen zu Folie 2 (Eckpunkte):
- Die Eckpunkte des Schulversuchs sind noch längst nicht umgesetzt und müssen von den Schulen in den nächsten Jahren bewältigt werden. Das ist eine Herkulesaufgabe, vor der die Schulen stehen. Dabei müssen sie unterstützt werden.

- Der Eckpunkt »zu allen Schulabschlüssen führend« setzt voraus, dass alle Schulen auch eine Oberstufe haben. Davon sind wir noch weit entfernt. Es existieren bereits einige Kooperationen, andere sind in Planung. Für eigene Oberstufen ist eine hinreichend große Schülerzahl erforderlich.

- Der Verzicht auf Noten führt zwischen kulturministeriellen Bestimmungen und sinnvollen Maßnahmen im Rahmen des Schulversuchs immer wieder zu Konflikten. Noten passen nicht in die Gemeinschaftsschule. Sie werden relevant bei Abschlüssen, allerdings ist das Leistungsspektrum so vielfältig und breit, was eine objektive Bewertung anhand einer Notenskala schier unmöglich macht. Eine solche Notenskala wird der Vielfalt der Schülerschaft in ihrer Leistungsentwicklung in keiner Weise gerecht. Andere Formen der Leistungsrückmeldung sind erforderlich, aber diese müssen erst eingeführt werden. Und sie müssen von der Schülerschaft und den Lehrkräften sinnvoll eingesetzt und von Eltern verstanden werden können. Eine hohe dialogische Kultur der Leistungsrückmeldung ist notwendig.

- Der Verzicht auf Klassenwiederholungen ist deswegen eine Errungenschaft, da das Sitzenbleiben die teuerste und sinnloseste aller Fördermaßnahmen, die je entwickelt worden sind, ist. Es ist zahlreich nachgewiesen, dass Klassenwiederholer nicht vom zusätzlichen Lernjahr profitieren. Das überrascht nicht, da gezielte Förderung der Problemfelder ausbleibt und stattdessen, alles noch einmal wiederholt wird, in der gleichen Form. Hamburg geht klüger vor, indem dort die Ressourcen, die Klassenwiederholungen kosten, in die gezielte individuelle Förderung zur Vermeidung des Sitzenbleibens investiert wurden. Die Schülerjahreskosten betragen etwa 6000 Euro, die für eine individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten zur Verfügung stehen würden. Allerdings erfordert das eine hohe diagnostische Kompetenz und unterrichtsergänzende Maßnahmen.

- Zentrale Voraussetzung der ungeteilten Verantwortungsübernahme ist die Abschaffung von Abschulungen.

- Der Verzicht auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung bedeutet für viele Lehrkräfte eine große Umstellung ihres Unterrichts, weil sie individualisieren müssen. Das gelingt noch nicht in allen Fächern gleichermaßen. In den naturwissenschaftlichen Fächern bestehen noch sehr große Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Prinzips. Dies hängt damit zusammen, dass sie bereits untereinander Schwierigkeiten haben, ein gemeinsames Curriculum zu definieren. In den Fächern Physik, Chemie und Biologie usw. ist eine inhaltliche Koordinierung

und Absprache dringend notwendig. Das gilt nicht nur für die Berliner Gemeinschaftsschulen, sondern für alle Gemeinschaftsschulen.

Die unterschiedlichen Voraussetzungen, die die Schülerinnen und Schüler aus der Grundschule mitbringen und die sehr unterschiedliche Ausstattung der Schulen, z.B. personell oder technisch, stellen die Gemeinschaftsschulen vor eine große Aufgabe, die bewältigt werden muss.

- Individuelle Lern- und Leistungsrückmeldungen nehmen mittlerweile einen hohen Stellenwert ein und werden von allen Beteiligten mit den besten Noten erfahren. Deshalb sollte man den Schulen den Konflikt mit der Notengebung ganz ersparen.

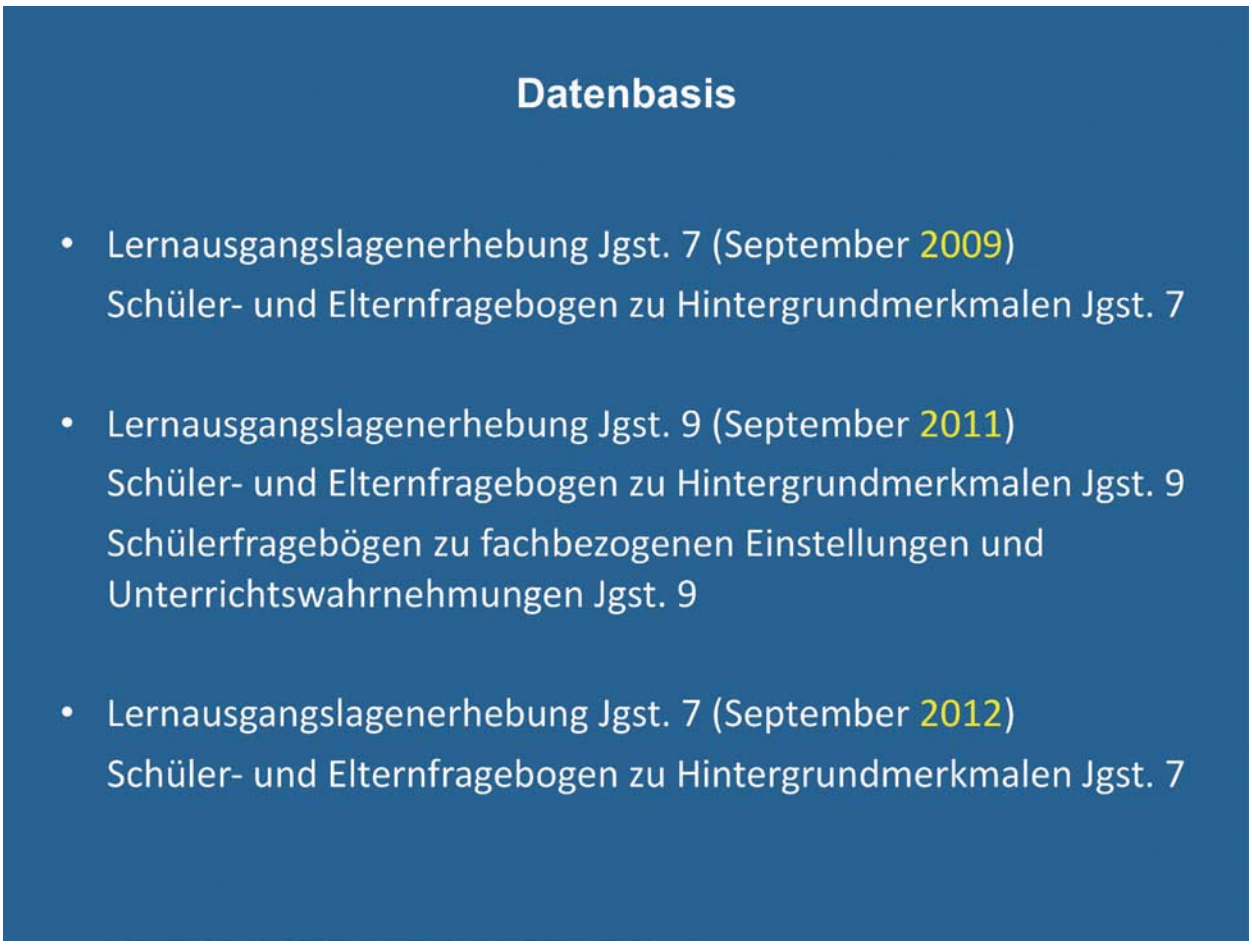
- Der Ganztagsschulbetrieb ist für Gemeinschaftsschulen unabdingbar, weil sie die Voraussetzung für rhythmisiertes Lernen schaffen müssen. Vor allem werden Zeitfenster geschaffen, um die notwendige unterrichtsergänzende Förderung realisieren zu können.

Erläuterungen zu Folie 3 (Rahmenbedingungen des Schulversuchs):
Die Tabelle zeigt, wie unterschiedlich die Ausgangsbedingungen und Aufgaben sind, vor denen die 13 Gemeinschaftsschulen stehen, die bislang beobachtet und wissenschaftlich begleitet wurden. Die Zahl der Schulen hat sich mittlerweile erhöht. Zwei Schulen haben günstigste Voraussetzungen gehabt, weil sie bereits integrierte Systeme waren (siehe Schulen F und G = Gesamtschulen, mit z.T. bereits integrierter Grundschule). Die Veränderungen, die auf die Lehrerschaft zukommen, sind vergleichsweise gering. Sie können auf ein Fundament integrierten Lernens aufbauen und die Ziele der Gemeinschaftsschule realisieren.

Schwerer haben es die sechs Schulen mit der Markierung »Kooperationsmodell 1/2«. Im Kooperationsmodell 1 fehlt den Schulen die Grundschule als Partner. Bei Kooperationsmodell 2 hat die Schule einen solchen Partner, der allerdings nicht fusionieren möchte, um die Eigenständigkeit zu wahren (Kooperation ja, Fusion nein). Das anspruchsvollste Modell ist das Fusionsmodell. Hier müssen Kulturen unterschiedlicher Schulen zusammengeführt werden. Jeder muss etwas aufgeben und den Mehrwert einer Zusammenführung von zwei oder mehr Schulen für sich erleben können und das in einem aufwachsenden System. Diese Form der Zusammenführung ist am kompliziertesten. Dieser Bereich ist bislang so gut wie nicht erforscht, wird aber in den kommenden Jahren in Deutschland durch die demografische Entwicklung in vielen Bundesländern eine immer größere Rolle spielen. Die Rahmenbedingungen müssen stets mitgedacht werden. Wenn sie nicht gelingen und die Schulen auf sich allein gestellt sind, leistet man einen Beitrag dazu, dass ein aus wissenschaftlicher, pädagogischer Sicht absolut sinnvolles Modell nicht funktionieren kann. Bei den Untersuchungen stellen wir die Ergebnisse immer in den Zusammenhang der Rahmenbedingungen, weil darüber u.a. auch die Verantwortlichen zur Rechen-

Rahmenbedingungen des Schulversuchs

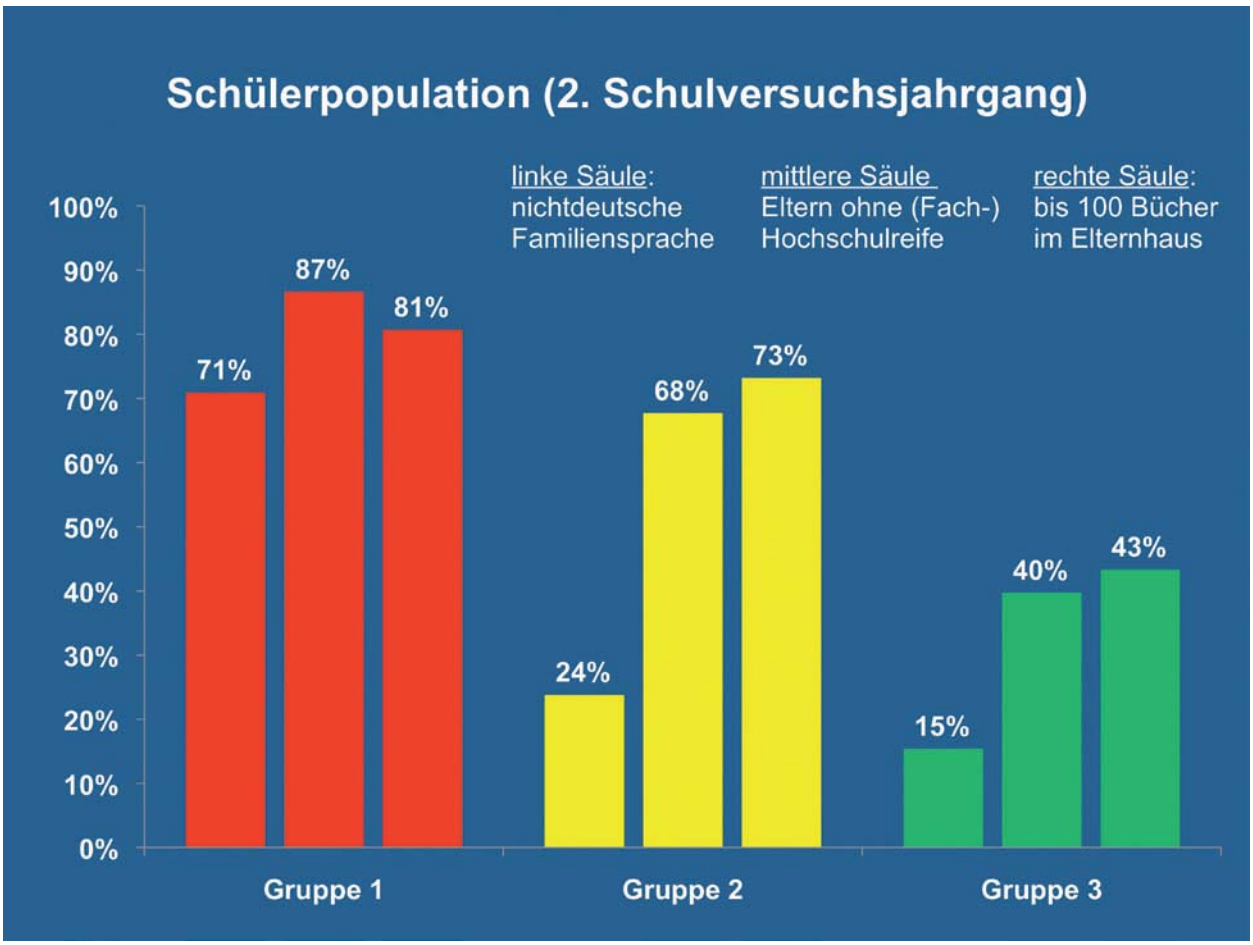
Schulen	Modell „Integriertes System“	Modell „Aufwachsende Grundschule“	Kooperations-modell 1	Kooperations modell 2	Fusionsmodell
Schule A			X		
Schule B			X		
Schule C		X			
Schule D		X			
Schule E					X
Schule F	X				
Schule G	X				
Schule H			X		
Schule I				X	
Schule J				X	
Schule K					X
Schule L				X	
Schule M					X
Schule O		X			

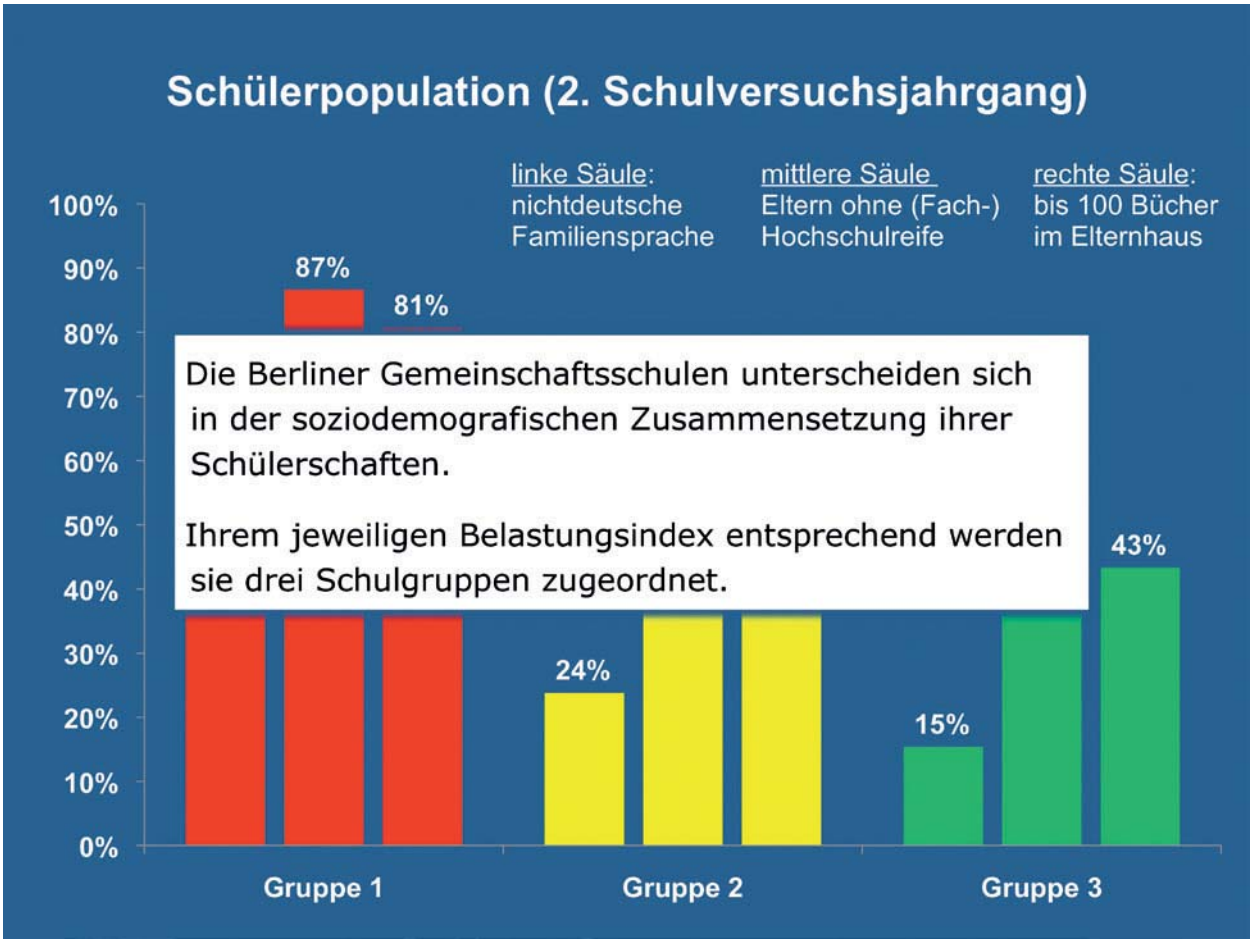


schaft gezogen werden können. Wenn die Unterstützungssysteme nicht funktionieren oder ausbleiben, Ressourcen fehlen, ein ständiger Lehrerwechsel oder Unterrichtsausfall u. Ä. stattfindet, also die grundlegenden Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf eines Schulversuchs nicht vorhanden sind, hat die Auswertung von Ergebnissen wenig Sinn, hier gilt es vielmehr die rote Karte für die Verantwortlichen zu ziehen. Das gilt in allen Bundesländern, die Gemeinschaftsschulen einführen. Immer wieder ist zu erkennen, dass es eine deutliche Halbherzigkeit gibt. Wir sollten den Blick dafür nicht nur auf die Akteure in den Schulen richten, sondern auch auf diejenigen, die Ansprüche erheben, aber ihren Beitrag nicht leisten.

Ergänzungen zu Folie 4 (Datenbasis):
Als Basis wurde das Instrumentarium der KESS-Studie gewählt. Dieses wurde bereits jahrelang in Hamburg erprobt. Dabei handelt es sich um eine Längsschnittstudie, bei der Schülerinnen und Schüler eines vollständigen Schülerjahrgangs (ca. 15.000 SchülerInnen) von der Grundschule bis zum Abitur begleitet wurden. Mittlerweile wurden zwei Jahrgänge in Hamburger Schulen über diesen Zeitraum begleitet. Dabei wurden in den zentralen Kompetenzbereichen Deutsch-Leseverständnis, Orthographie, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften, jeweils Grundbildungskonzepte, alle zwei Jahre die Kompetenzen gemessen und ihrer Kompetenzentwicklung erfasst. Wir verwendeten ein sogenanntes Anker-Item-Design: ein Teil der Aufgaben ist immer in der nächsten Erhebung wieder aufgegriffen worden und neue Aufgaben, die dem Curriculum der höheren Jahrgangsstufe entsprechen, sind hinzugekommen, sodass die Lernentwicklung gut abgebildet werden konnte. Unsere Abbildung gelingt so gut, dass unsere Ergebnisse in großer Übereinstimmung mit der Wahrnehmung der Schulen sind.

Bezogen auf die Vergleichsstudie Berlin/Hamburg haben wir die Lernausgangslage zu Beginn der Jahrgangsstufe 7 im 2. Schulversuchsjahrgang in den fünf genannten Lernkompetenzbereichen bestimmt. Die Vergleichsmöglichkeit hatten wir durch die vier Jahre zuvor durchgeführte Hamburger Untersuchung. Dieser Vergleich wird immer wieder angezweifelt, z.B. mit der Frage, warum man als Vergleichsgruppe nicht Berliner Schulen, die nicht am Pilotprojekt teilnehmen, gewählt hat. Unsere Antwort: In Berlin hat es solch eine Untersuchung nicht gegeben. So hätte man zeitgleich untersuchen müssen. Das hätte zum Einen wesentlich mehr Geld gekostet, wofür der Wille nicht da war. Zum Anderen hätte man mit großen Kohorteneffekten rechnen müssen. Es ist ethisch bedenklich, wenn Schulen des gegliederten Berliner Schulsystems im Wettstreit mit der Gemeinschaftsschule verglichen werden. Durch die Hamburger Schulen haben wir eine unabhängige Vergleichsgruppe. Kein Hamburger Schüler aus dem KESS-Jahrgang wusste, dass er einmal mit den Berliner Gemeinschaftsschulen verglichen wird. Wir finden sehr ähnlich gegliederte Systeme mit ähnlichen Verteilungen der Schülerschaften auf die verschiedenen Schulformen vor.





Die Berliner Gemeinschaftsschulen unterscheiden sich in der soziodemografischen Zusammensetzung ihrer Schülerschaften.

Ihrem jeweiligen Belastungsindex entsprechend werden sie drei Schulgruppen zugeordnet.

Die zweite Messung erfolgte zwei Jahre später zu Beginn der 9. Klasse in den gleichen Kompetenzbereichen. Dadurch ließ sich die Veränderungen der Lernstände bzw. -entwicklung bestimmen, die mit den entsprechenden Entwicklungen der Hamburger Vergleichsgruppe verglichen wurden.

Zur Hamburger Vergleichsgruppe: Sie besteht aus allen Schulformen (11 Gymnasien, 29 Gesamtschulen, 21 Haupt- und Realschulen), wodurch das gesamte gegliederte Hamburger System als Vergleichsgruppe abgebildet wurde. Dies entspricht bis fast auf die Nachkommastelle der Verteilung des Berliner Schulsystems.

Erläuterungen zu den Folien 5 und 6 (Schülerpopulation):
Um faire Vergleiche durchzuführen, haben wir die Schulen anhand der Hintergrundmerkmale ihrer Schülerschaft in drei Gruppen aufgeteilt.

Die rote Säule links außen steht für den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die zuhause nicht Deutsch als Muttersprache sprechen. Das sind in den Schulen der ersten Gruppe 71 Prozent. Die jeweilige mittlere Säule zeigt den Anteil der Eltern, die keine (Fach-)Hochschulreife erworben haben. Dieser ist in der Gruppe 1 mit 87 Prozent sehr hoch, ebenso der Anteil der Familien, die einen Buchbestand von maximal 100 Büchern angeben. Oft wird das Erfassen des Buchbestands belächelt (erstmals von uns 1995 durchgeführt). Es ist aber bis heute der verlässlichste Prädiktor für Leistungsentwicklung in den Schulen. Es mag vielen eigenartig erscheinen, dass durch solch eine grobe Angabe so genau vorhersagen kann, wie die Leistungsentwicklung und die Lern- und Bildungschancen sein können.

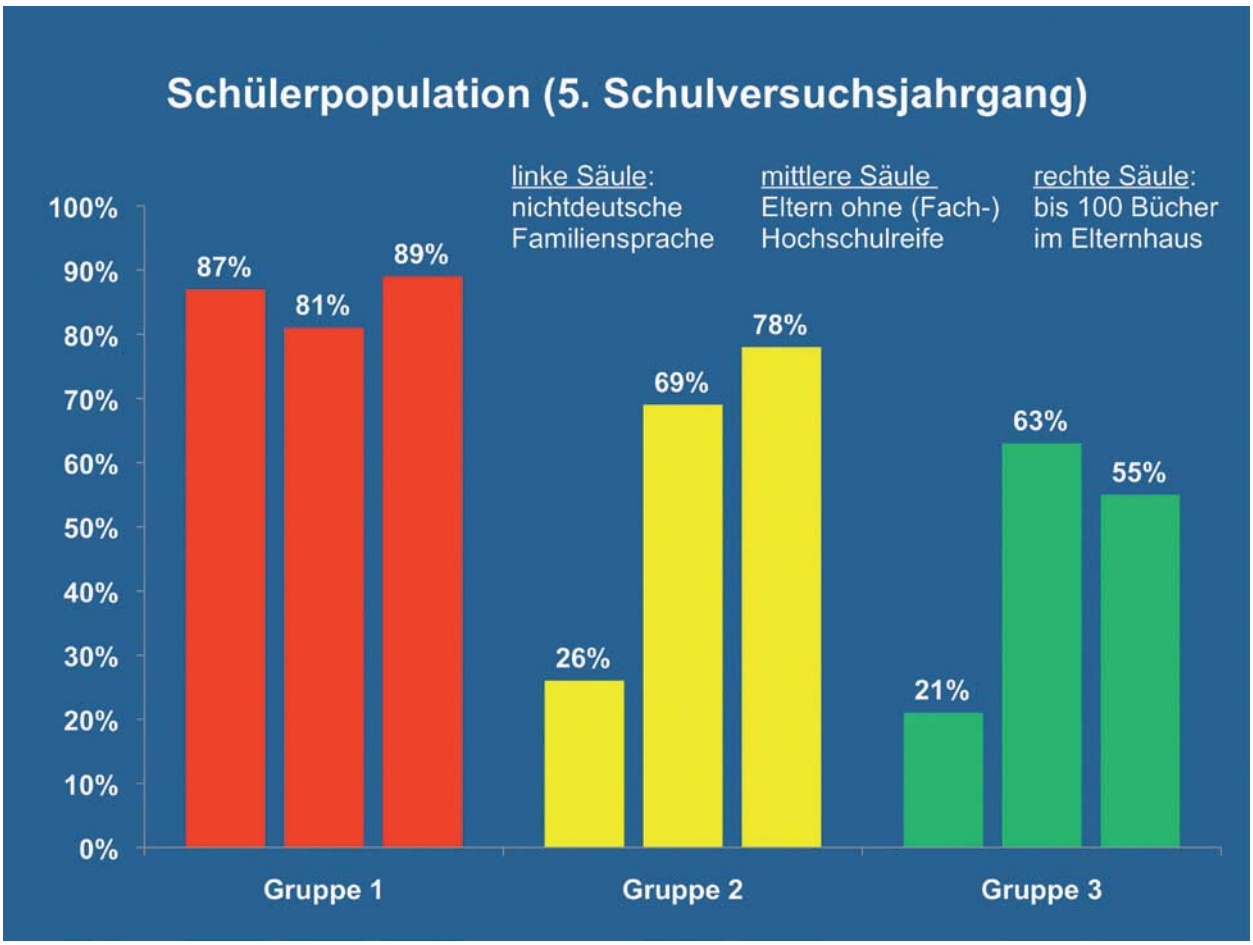
Bei der Betrachtung der mittleren Gruppe, die wir gebildet haben, fällt auf, dass sie sich von der Gruppe 1 in einem Punkt erheblich unterscheidet: im Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Die dritte Gruppe zeigt einen hohen Anteil von bildungsnahen Elternhäusern und einen geringen Anteil an Schülerinnen und Schülern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.

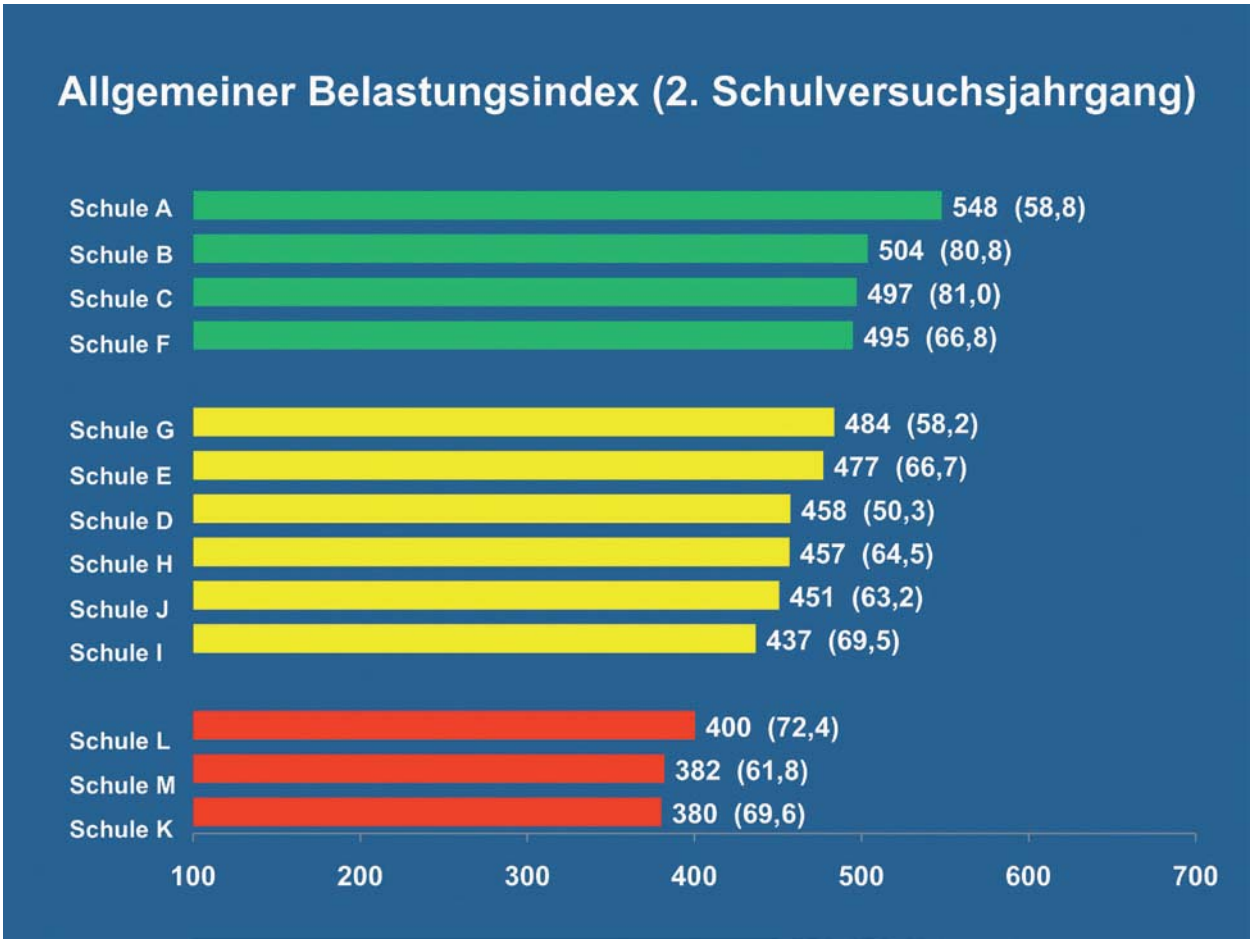
Die drei Gruppen umfassen die 13 Gemeinschaftsschulen. Zwischen diesen Schulen klaffen soziale Welten. Wir haben dementsprechend aus den insgesamt 170 Hamburger Schulen 62 Schulen mit einer ähnlichen Schülerschaft anhand der Hintergrundmerkmale den Gruppen zugeordnet. Allerdings war es in Hamburg außerordentlich schwer, Vergleichsschulen für die Schulen der Gruppe 1 zu finden. Die Verhältnisse, die wir in Berlin in den Schulen mit einer ungünstigen Sozialstruktur in der Region haben, gibt es in Hamburg in dieser Form nicht. Das bedeutet umso mehr eine Herausforderung für diese drei Schulen (mittlerweile sechs), die unter diesen Rahmenbedingungen einen Schulversuch mit hohen Zielen anstreben. Diese Schulen verdienen in ganz besonderer Weise Aufmerksamkeit und unsere Unterstützung. Die Schulen, die eine mehrheitlich bildungsnahe Elternschaft aufweisen, darunter eine Schule in privater Trägerschaft (Evangelische Schule Berlin Zentrum), haben mit Abstand die günstigsten Bedingungen.

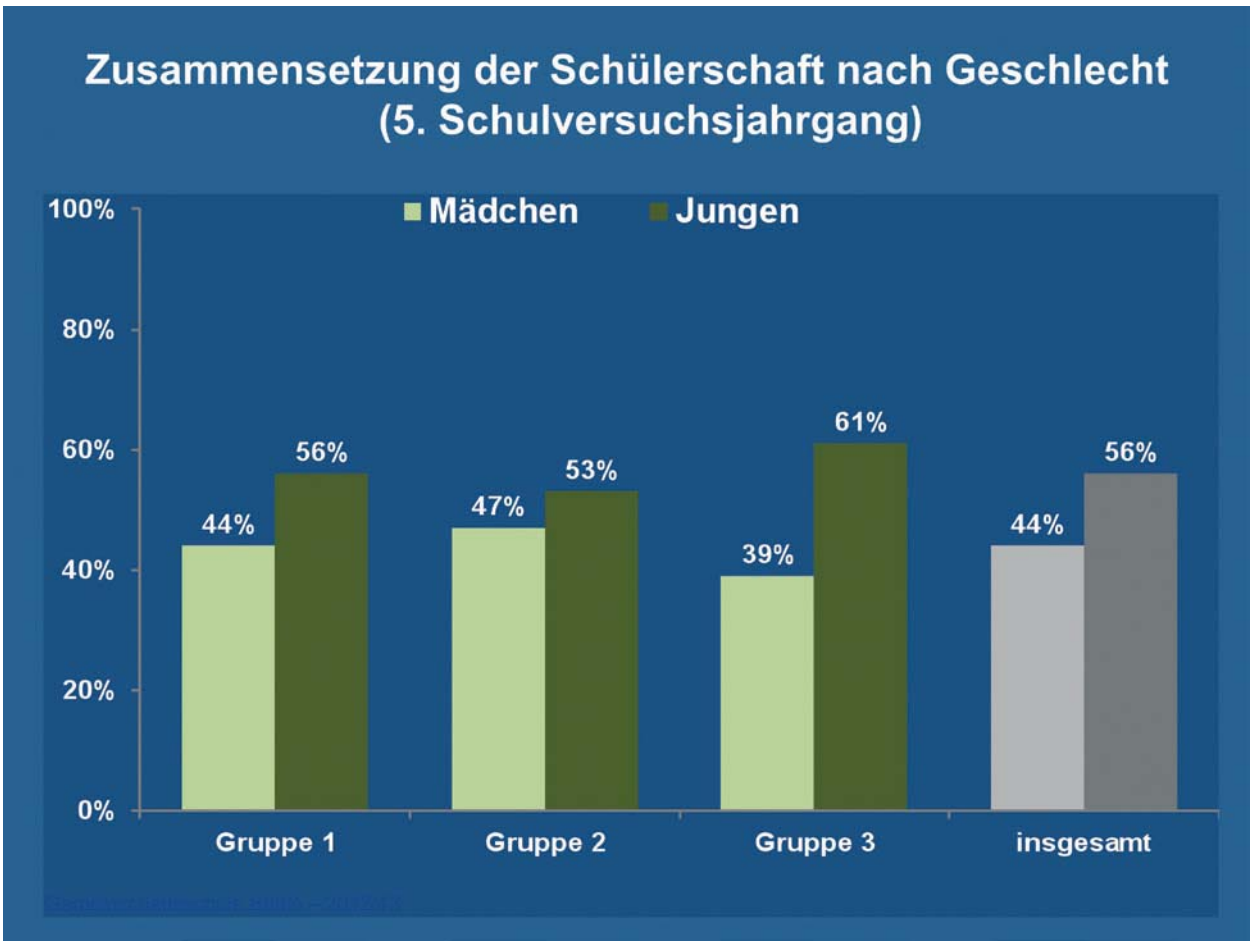
Wir haben allen Schulen einen Belastungsindex zugeteilt, um die Gruppierung vornehmen zu können. Neben den genannten Hintergrundmerkmalen spielen die Lernausgangslagen eine wichtige Rolle, um faire Vergleiche herzustellen. So wird zum Sozialindex ein allgemeiner Fachleistungsindex über die schulischen Leistungen zu Beginn der Jahrgangsstufe 7 hinzugerechnet. Das führt zwar zu keinerlei Änderungen innerhalb der Gruppierungen in Berlin, wohl aber zu Veränderungen der Zuordnung von Hamburger Schulen in die entsprechenden Vergleichsgruppen.

Erläuterungen zu Folie 7 (Schülerpopulation):
Beim aktuellen Jahrgang 7 gestaltet sich die Zusammensetzung noch ungünstiger als drei Jahre zuvor. Die Schülerzusammensetzung ist deswegen so relevant, weil man bei großen Veränderungen darauf reagieren muss. Wir haben innerhalb von Metropolen Entwicklungen mit einer unglaublich hohen Fluktuation, die innerhalb von wenigen Jahren die Schülerschaft komplett verändern kann. Und wenn diese Entwicklungen unbeachtet bleiben, sind alle Maßnahmen, die getroffen wurden, falsch, weil sie die Schüler nicht mehr erreichen. Deswegen braucht man ein solches Frühwarnsystem.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache ist an den Schulen der Gruppe 1 um 16 Prozent angestiegen. Die mittlere Gruppe hat in allen drei Bereichen des Indexes leichte Anstiege. Interessant ist der Umstand, dass in den Schulen mit günstiger sozialer Ausgangslage (Gruppe 3, grüne Säulen) nach drei Jahren Gemeinschaftsschulen die bildungsnahen Elternhäuser nicht mehr die Mehrheit stellen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist von 15 auf 21 Prozent gestiegen. Daraus resultiert, dass dafür Sorge getragen werden muss, weiterhin bildungsnahe Elternhäuser von der Richtigkeit des gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule zu überzeugen. Das können die Schulen nicht allein leisten,


Schülerpopulation (5. Schulversuchsjahrgang)
linke Säule:
nichtdeutsche
Familiensprache
mittlere Säule
Eltern ohne (Fach-)
Hochschulreife
rechte Säule:
bis 100 Bücher
im Elternhaus
100%
90%
80%
70%
60%
50%
40%
30%
20%
10%
0%
87%
81%
89%
26%
69%
78%
21%
63%
55%
Gruppe 1
Gruppe 2
Gruppe 3


Allgemeiner Belastungsindex (2. Schulversuchsjahrgang)
Schule A
Schule B
Schule C
Schule F
548 (58,8)
504 (80,8)
497 (81,0)
495 (66,8)
Schule G
Schule E
Schule D
Schule H
Schule J
Schule I
484 (58,2)
477 (66,7)
458 (50,3)
457 (64,5)
451 (63,2)
437 (69,5)
Schule L
Schule M
Schule K
400 (72,4)
382 (61,8)
380 (69,6)
100
200
300
400
500
600
700



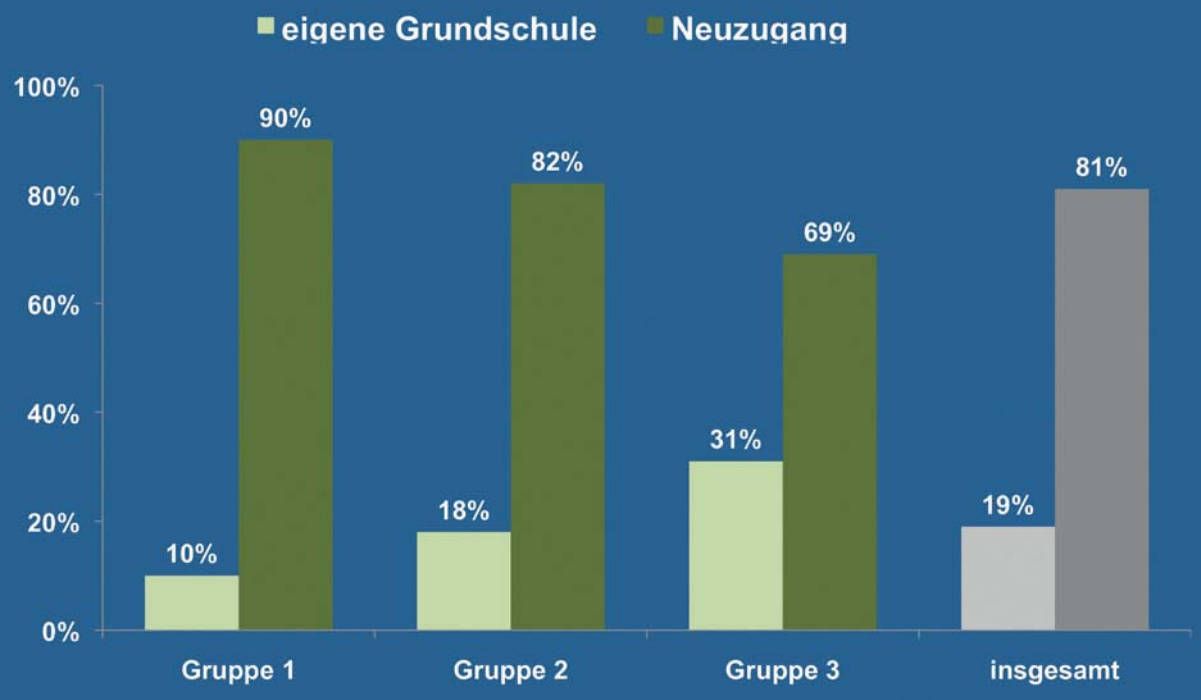
dabei brauchen sie Unterstützung. Sonst streben bildungsnahe Elternhäuser für ihre Kinder ihre Schulform (Gymnasium) an, weil die Gemeinschaftsschule für sie nicht interessant ist.

Erläuterungen zu Folie 9 (Zusammensetzung der Schülerschaft nach Geschlecht):
Hier zeigt sich eine deutliche Veränderung: Noch vor drei Jahren war das Geschlechterverhältnis ausgewogen (50:50). Jungen stellen nunmehr mit 56 Prozent gegenüber 44 Prozent Mädchen die deutliche Mehrheit. Bei der Gruppe 3 zeigt sich dieser Umstand noch deutlicher: 61 Prozent Jungen und 39 Prozent Mädchen, die in die Klassenstufe 7 der Gemeinschaftsschule eingetreten sind. Das ist ein klarer Hinweis darauf, dass Jungen, die Schwierigkeiten bzw. unausgeglichene Lernprofile hatten, am Ende der sechsjährigen Grundschule von ihren Eltern, auf die Gemeinschaftsschule als zweitbeste Lösung geschickt werden, damit sie das Abitur doch noch als Option haben. Damit zeigt sich u.a. eine ungünstigere Ausgangssituation in Bezug auf die Herausforderungen eines geschlechtergerechten Unterrichts.

Erläuterungen zu Folie 10 (Zusammensetzung der Schülerschaft nach Grundschule):
Ein weiterer Befund: Dort, wo die Schülerinnen und Schüler aus der eigenen Grundschule in die Sekundarstufe I eintreten, gibt es deutlich günstigere Voraussetzungen beim Start. Aus je mehr unterschiedlichen Grundschulen die Schülerschaft in die Sekundarstufe I an eine Gemeinschaftsschule eintreten, umso dramatischer wird die Anfangsleistung. Sie müssen zunächst auf eine gemeinsame Ausgangslage gebracht werden. Die Heterogenität, mit der die Schülerinnen und Schüler aus der Grundschule nach sechs Jahren gemeinsamen Lernens in die Sekundarstufe I eintreten, ist sehr schwierig. Dies betrifft in Berlin besonders das Fach Englisch und Naturwissenschaften. Es entsteht der Eindruck, dass es sehr dem Zufall überlassen ist, wer mit welcher Kompetenz aus welcher Grundschule bzw. Grundschulklasse in Berlin kommt. Diese Entwicklung zeigt sich auch in den anderen Bundesländern, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt. Das ist eine Hausaufgabe, die auch noch zu erledigen ist. Deshalb sind unbedingt eigene Grundschulen notwendig oder zumindest fest kooperierende Grundschulen. Der Zustand einer losen Kopplung mit mehreren Grundschulen ist für den Schulversuch Gemeinschaftsschule, der doch beweisen will, dass längeres gemeinsames Lernen von 1 bis 13 zum Erfolg führt, nicht hinnehmbar.

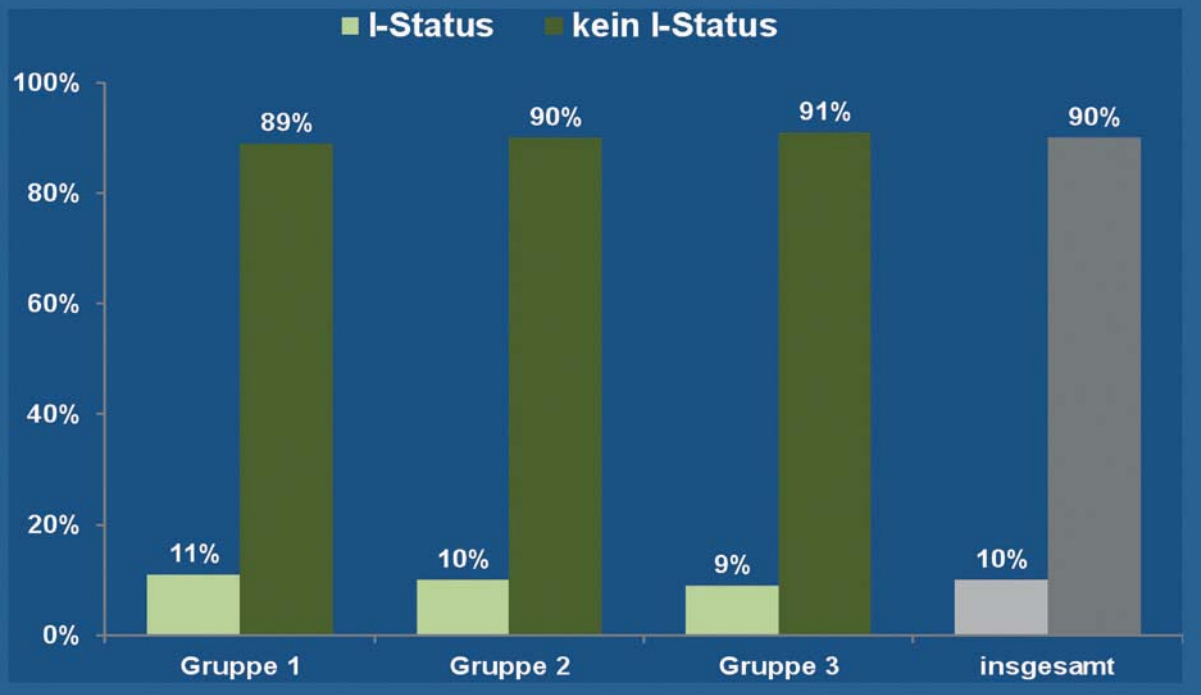
Erläuterungen zu Folie 11 (Inklusion):
Die Gemeinschaftsschulen in Berlin nehmen ganz selbstverständlich Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf und etikettieren das nicht mit der Betonung eines großen Inklusionsvorhabens, denn eine Schule für alle ist eine Schule für alle, insofern ist es keiner besonderen Erwähnung wert. Auffallend ist, mit welcher Selbstverständlichkeit diese Schülerinnen und Schüler in die schulischen Prozesse einbezogen sind. Wir haben

Zusammensetzung der Schülerschaft nach Grundschule (5. Schulversuchsjahrgang)

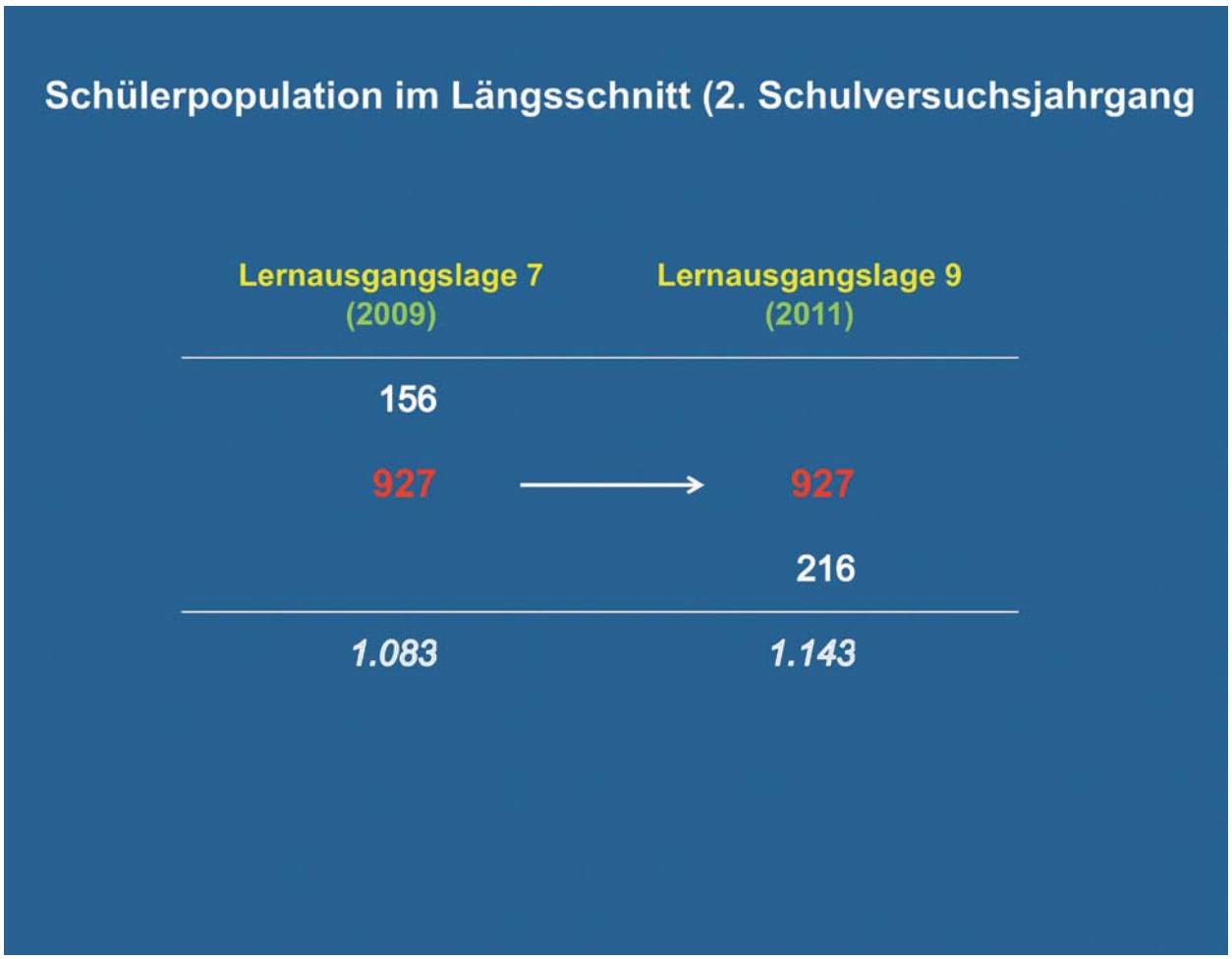


Gemeinschaftsschule Berlin – 2012/13

Zusammensetzung der Schülerschaft nach Status (5. Schulversuchsjahrgang)



Gemeinschaftsschule Berlin – 2012/13



auch feststellen können, dass Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in den Berliner Gemeinschaftsschulen in den Jahren bis zum Ende der Sekundarstufe I zu außerordentlich hohen Lernerfolgen geführt worden sind. Zum Teil waren sie nicht mehr von Schülerinnen und Schülern ohne besonderen Förderbedarf zu unterscheiden, sie erzielten mitunter Spitzenergebnisse, die den sonderpädagogischen Förderbedarf gar nicht mehr haben erkennen lassen. Eine Schule, die so individuell auf die Kinder blickt, hat auch die besten Chancen, autistische Kinder oder Kinder mit einer anderen Beeinträchtigung bestmöglich zu fördern.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler hat sich innerhalb von drei Jahren verdoppelt. Waren es fünf Prozent im 2. Schulversuchsjahrgang, sind es nach drei Jahren zehn Prozent, im Übrigen sehr ungleich verteilt über die Schulen. Die Schule mit dem höchsten Anteil weist 21 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf. Diese Schule hat immens viel zu leisten. Sie ist aber auch die Schule, die es bislang am besten meistert.

Erläuterungen zu Folie 12 (Schülerpopulation im Längsschnitt):
Kurz zu den Lernentwicklungen, die wir nach zwei Jahren erfasst haben: Sie betreffen 927 Schülerinnen und Schüler. Wir haben 156 Schülerinnen und Schüler, die wir in Klasse 7 getestet hatten, nicht mehr erreicht. Dafür gab es 216 Neuzugänge. Lernentwicklungen haben wir nur untersucht, wenn beide Messzeitpunkte durchgeführt wurden (927). Dies ist eine hohe belastbare Stichprobe – eine Vollerhebung mit einer hohen Teilnahmequote und 927 von ca. 1200 Schülerinnen und Schülern.

Erläuterungen zu den Folien 13 und 14 (Lernentwicklung nach Kompetenzbereichen):
Ergebnis in Bezug auf die unterschiedlichen Kompetenzbereiche (Leseverständnis, Orthographie, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaften) im Vergleich zu den Hamburger Vergleichsschulen: Herausragend ist der deutlich höhere Lernzuwachs in Orthographie und der substantiell höhere Lernzuwachs im Lesen. Im Gegensatz zu PISA (Skalenpunkte) verwenden wir ein genaueres Maß, die sogenannte Effektstärke: Mittelwert der Gruppe 1 minus Mittelwert der Gruppe 2, geteilt durch die Streuung. Da es unabhängige Stichproben sind, dividieren wir es dann durch die Streuung jeder einzelnen Gruppe, um sie als unabhängig zu erfassen. Dadurch kommen wir dann zu zunächst sehr abstrakt scheinenden Werten. Wir wissen aus einer Reihe von Studien, dass ein optimaler Lernzuwachs in einem Schuljahr in dieser Altersgruppe 0,4 Effektstärke ist, damit haben die Berliner im Lesen mit 0,8 das Ideal erfüllt, in Orthographie mit 1,03 Effektstärke übererfüllt und in Englisch erfüllt. In Mathematik und Naturwissenschaften bewegen sie sich an der unteren Grenze, da 0,3 Effektstärke das Minimum ist, das wir an Lernzuwachs erwarten. Werte darunter wären alarmierend und sollten genauer betrachtet werden.

Lernentwicklung nach Kompetenzbereichen

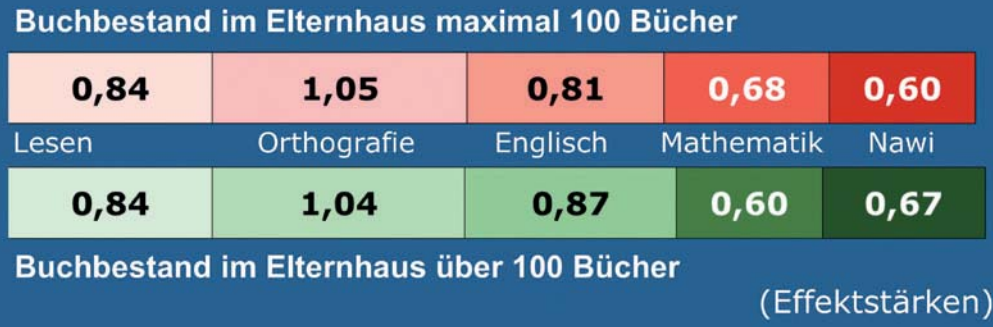
(Effektstärken)

In den Kompetenzbereichen Leseverständnis und Orthografie erzielen die Berliner Gemeinschaftsschulen größere Lernfortschritte als die Hamburger Vergleichsschulen.

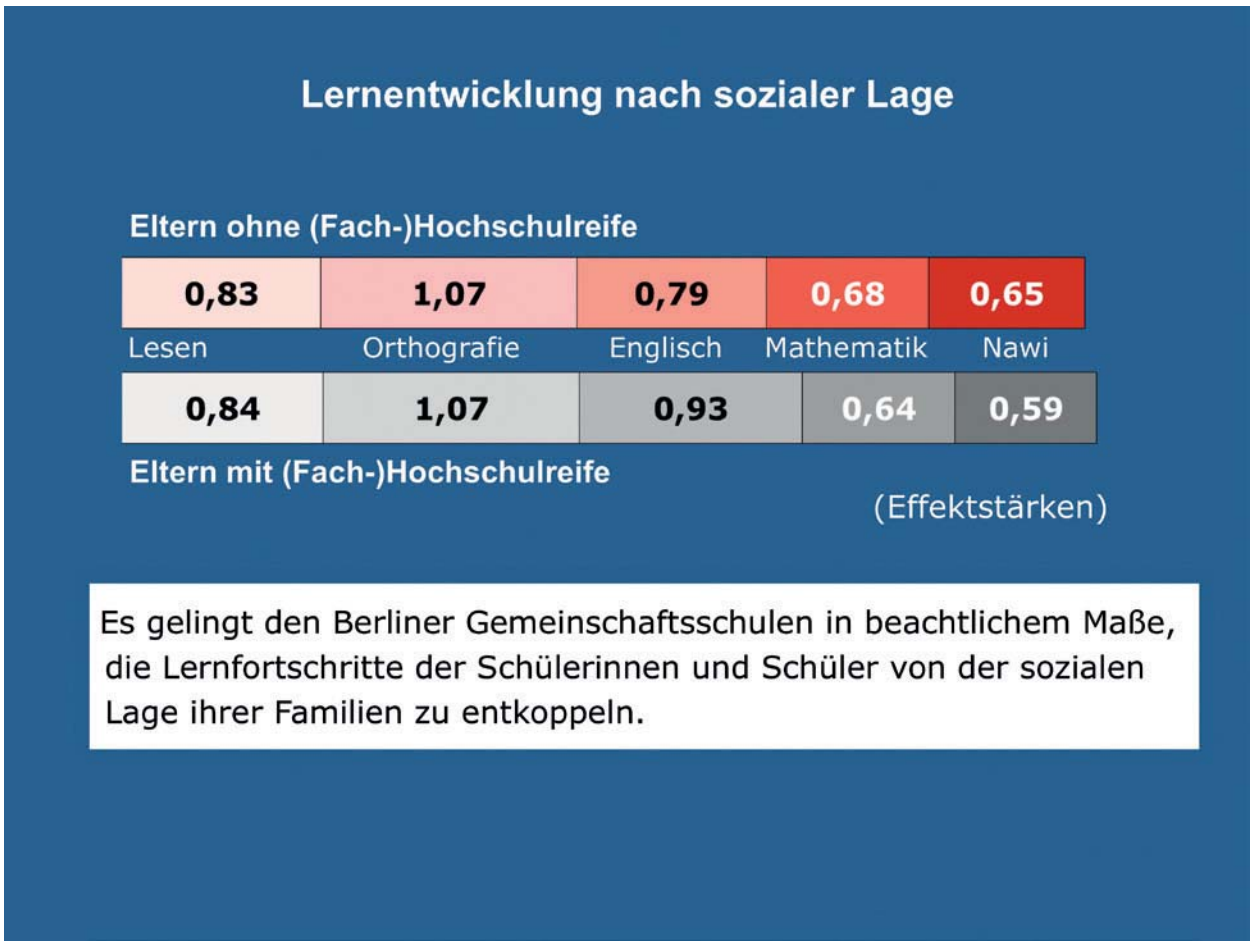
In den Kompetenzbereichen Englisch und Mathematik sind die Lernfortschritte annähernd gleich.

In den Naturwissenschaften erzielen die Berliner Gemeinschaftsschulen geringere Lernfortschritte als die Hamburger Vergleichsschulen.

Lernentwicklung nach sozialer Lage



(Effektstärken)



Unterschiede zwischen Hamburg und Berlin liegen in der deutlich besseren Förderung der deutschen Sprache in Berlin, als es im Hamburger gegliederten System möglich gewesen ist. Dagegen sind die Naturwissenschaften – und das ist ein immer wiederkehrendes Problem – noch eine Baustelle, zunächst in den Grundschulen, dann aber auch in den weiterführenden Schulen.

Erläuterungen zu den Folien 15 und 16 (Lernentwicklung nach sozialer Lage):
Wir haben die Lernentwicklung nach der sozialen Lage der Schülerschaft bestimmt und den Buchbestand im Elternhaus als Kriterium genommen (dichotomisiert: grob bis 100 Bücher/ab 100 Bücher) und haben dann die Lernentwicklung in den fünf Kompetenzbereichen verglichen.

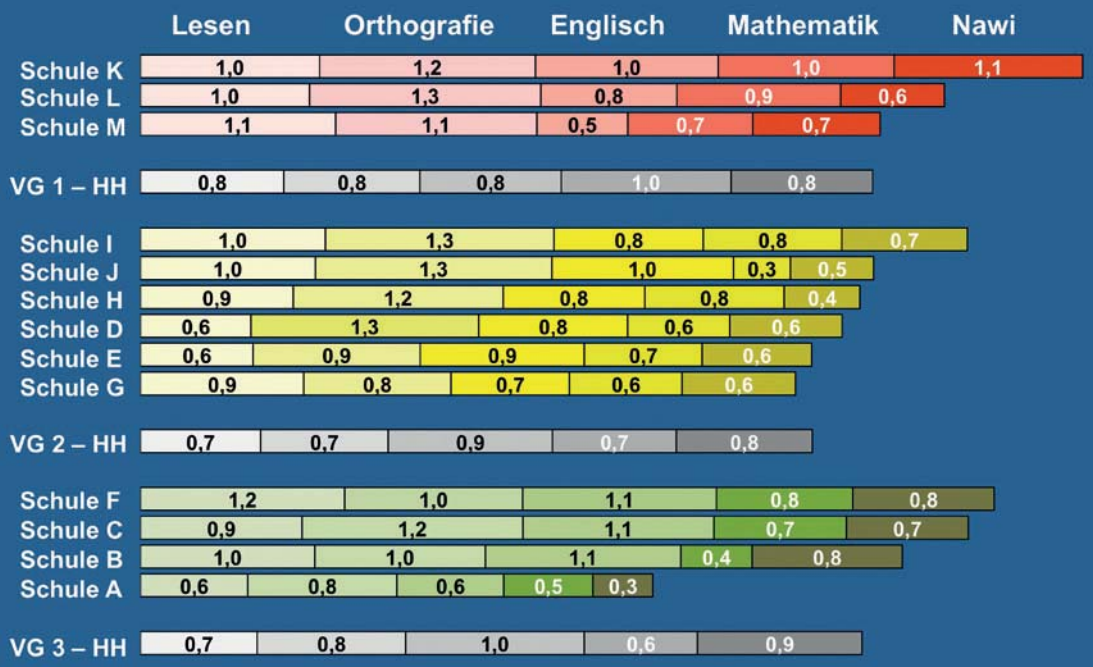
Es war verblüffend – so etwas hatten wir noch nie festgestellt, dass es bis auf die zweite Nachkommastelle gleiche Entwicklungen gibt. Das ist die absolute Entkopplung von der sozialen Lage in der Kompetenzentwicklung. Zwischen Kindern aus bildungsferneren Elternhäusern und Kindern aus bildungsnahen Elternhäusern zeigt sich kein Unterschied in der Lesekompetenz (0,84) und so gut wie kein Unterschied in der Orthographie, ein geringer Unterschied in Englisch. Mathematik ist leicht zugunsten der Schülerinnen und Schüler aus bildungsferneren Elternhäusern, Naturwissenschaften dagegen zugunsten der Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern.

Als zweites Kriterium wählten wir die Bildungsabschlüsse der Eltern (dichotomisiert: keine (Fach-) Hochschulreife, (Fach-)Hochschulreife) – mit dem gleichen Befund.

Anhand von zwei Variablen konnten wir zeigen, dass der soziale Hintergrund neutralisiert worden ist und das gerade in Deutsch bei sehr hohen Lernentwicklungen. Das ist in dieser Form bisher einmalig. Dieser Gewinn der ersten Phase Gemeinschaftsschule ist der Beweis: Es geht doch.

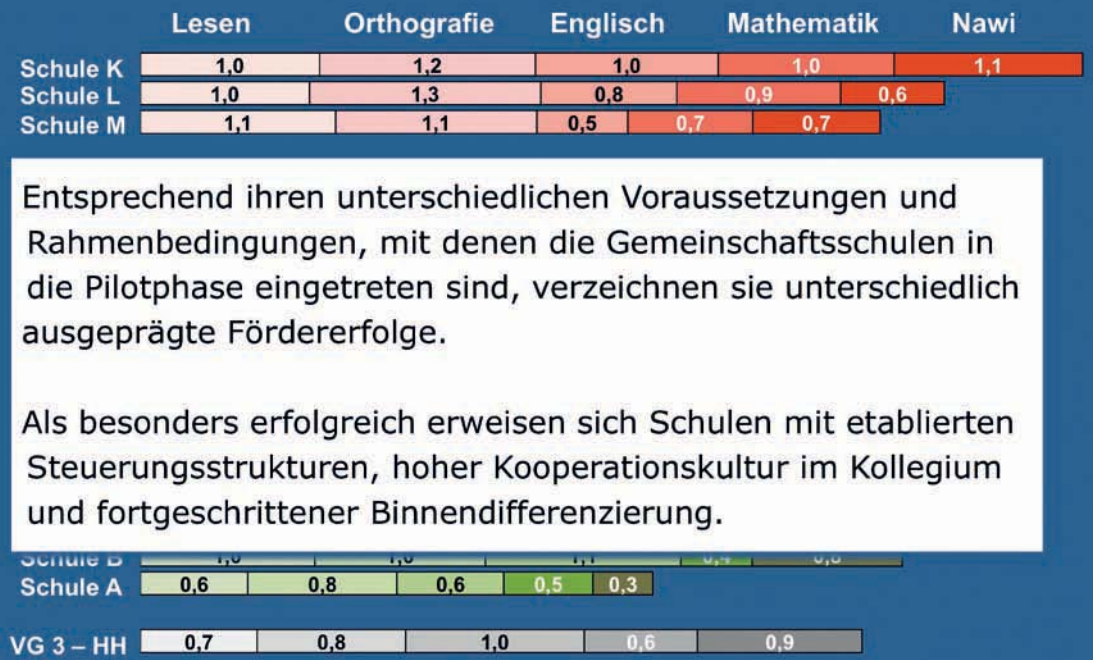
Erläuterungen zu den Folien 17 und 18 (Lernentwicklung Anfang Jgst. 7 – Anfang Jgst. 9 Einzelschulen):
Die Lernentwicklungen sind nicht in allen Schulen gleichermaßen ablesbar, weil die Einzelschulen sich sowohl hinsichtlich der Eingangsvoraussetzungen erheblich unterscheiden als auch durch die Rahmenbedingungen, die sich im laufenden Prozess ändern. Bei hoher Lehrerfluktuation, hoher Schülerfluktuation, Unterrichtsausfall oder zu viele Vertretungsstunden muss reagiert werden. Man kann und darf dabei nicht erwarten, dass diese Problemlagen ohne Folgen bleiben. Die erfolgreichste aller Schulen (aus Gruppe 1) hat in allen Bereichen Lernzuwächse von über 1,0 Effektstärke. Bei 0,8 hätten wir das Urteil »hervorragend« ausgesprochen. Aber wenn man in fünf Kompetenzbereichen mit einer Schülerschaft, die in vielerlei Hinsicht Nachteile in Kauf nehmen musste, die keine Förderung durch das Elternhaus genießt wie in Grup-

Lernentwicklung Anfang Jgst. 7 – Anfang Jgst. 9
Einzelschulen



(Effektstärken)

Lernentwicklung Anfang Jgst. 7 – Anfang Jgst. 9
Einzelschulen



Entsprechend ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, mit denen die Gemeinschaftsschulen in die Pilotphase eingetreten sind, verzeichnen sie unterschiedlich ausgeprägte Fördererfolge.

Als besonders erfolgreich erweisen sich Schulen mit etablierten Steuerungsstrukturen, hoher Kooperationskultur im Kollegium und fortgeschrittener Binnendifferenzierung.

(Effektstärken)

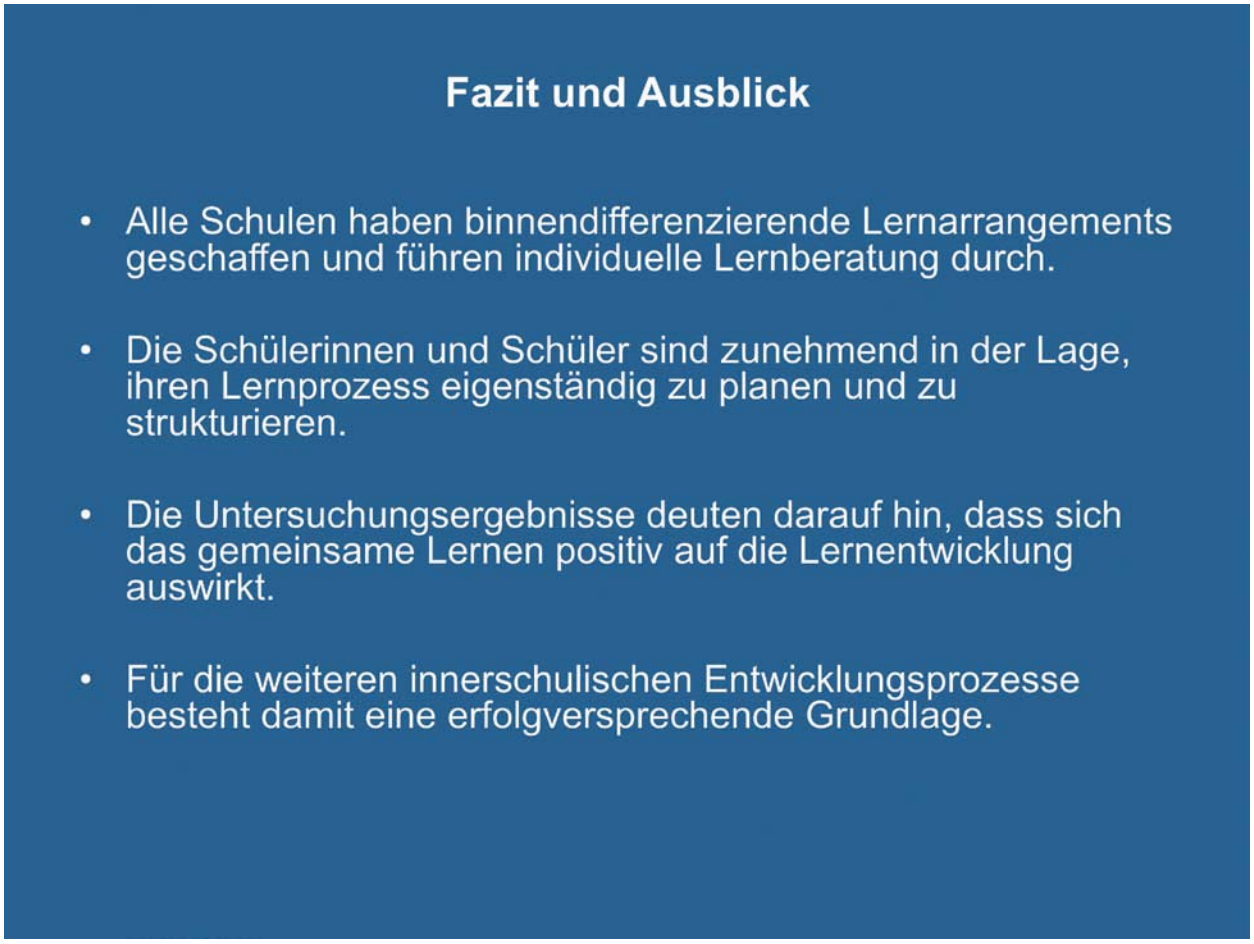
pe 3, dann ist das, was an dieser Schule gelungen ist, gigantisch. Solche Erfolge machen Mut. Die Gemeinschaftsschule ist nicht darauf angewiesen, dass die Elternhäuser schon kompensieren, was man selbst nicht schafft. Im Gegenteil, sie kompensieren, was die Elternhäuser nicht schaffen. Auch die zweite Schule hat deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Nur der Bereich der Naturwissenschaften bereitet Sorgen. Insgesamt sind die drei Schulen der Gruppe 1 gegenüber der Hamburger Vergleichsgruppe mindestens genauso gut in den Lernentwicklungen gewesen. Wir haben auch in der Gruppe 2 mit der Schule (i) einen hochsignifikant höheren Lernzuwachs festzustellen als in der Hamburger Vergleichsgruppe. Die Schule (j) erzielte in Mathematik ein katastrophales Ergebnis mit 0,3 in zwei Jahren. Grund hierfür war der Lehrerwechsel, und zwar zweimal. Jeder Lehrerwechsel führt nachgewiesenermaßen zu großen Lernrückständen, die aufgeholt werden müssen. In der Gruppe 3, bildungsnahe Elternhäuser, sind zwei Schulen mit hochsignifikant höheren Lernzuwächsen als die Hamburger Vergleichsgruppe. Dabei handelt es sich bei der Hamburger Vergleichsgruppe um besonders viele Gymnasien.

Bereits die erste Erhebung zeigte: Unter den Bedingungen der Gemeinschaftsschule können hochsignifikant höhere Lernergebnisse erzielt werden verglichen mit der Vergleichsgruppe, und zwar auf eigentlich allen Niveaus. Die Ausrede sozialer Hintergrund der Schülerschaft und ähnliches gilt nicht. Gemeinschaftsschule ist in der Tat eine Schulform, sind Prinzipien, die offenbar übergreifend gültig sind und die soziale Lage weitestgehend neutralisieren.

Es stehen noch einige Jahre Entwicklungsarbeit vor den Gemeinschaftsschulen. Aber immerhin eines können wir sagen, dieser Jahrgang hat gezeigt: Es geht, die Prinzipien sind richtig. Und insofern freuen wir uns, dass wir die Schulen bis 2016 weiter begleiten können, dass wir weiterhin sehr kritisch darauf aufpassen werden, dass die Rahmenbedingungen stimmen und dass die pädagogische Entwicklung dann auch unter günstigen Voraussetzungen gezielt an den Schwachpunkten ansetzen kann.

Vielen Dank.

Zum Bericht der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin (2012):
http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/wissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf?start&ts=1346315871&file=wissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf



Fortführung der wissenschaftlichen Begleitung

- Im Mittelpunkt bei der Fortführung der wissenschaftlichen Begleitung stehen
  - die Verankerung der Gemeinschaftsschulprinzipien in allen Jahrgangsstufen,
  - das Gelingen individueller Förderung über einen längeren Zeitraum.
- Die Fortführung umfasst drei wesentliche Elemente
  1. Lernstandserhebungen an 15 Gemeinschaftsschulen,
  2. die regelmäßige Befragung der Kollegien an diesen 15 Gemeinschaftsschulen mit Fokus auf unterrichtsbezogene Fragen (Winter 2012/2013 und Winter 2013/2014),
  3. vertiefende Vor-Ort-Analysen an sieben Gemeinschaftsschulen (Schulbesuche) mit Fokus auf Entwicklungszielen und -verläufen, Unterrichtsgestaltung (Herbst 2012 und Herbst 2014).

Fortführung der wissenschaftlichen Begleitung

- Die Lernstandserhebungen werden auf die Jahrgangsstufe 10 ausgeweitet und in einem weiteren Jahrgang durchgeführt.
- An den 13 Gemeinschaftsschulen, die bereits eingebunden waren, erfolgt eine Lernstandserhebung
  - in Jahrgangsstufe 10 (April 2013)
- An 15 Gemeinschaftsschulen erfolgt eine Lernstandserhebung
  - in der Jahrgangsstufe 7 (September 2012),
  - in der Jahrgangsstufe 9 (September 2014),
  - in der Jahrgangsstufe 10 (April 2016).

Präsentation der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule

Robert Giese, *Schulleiter, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. Berlin (GGG), Sprecher des Netzwerks Berliner Gemeinschaftsschulen*

Robert Giese stellte uns die Fritz-Karsen-Schule vor. Die Fritz-Karsen-Schule ist eine der Berliner Schulen, die am Schulversuch Gemeinschaftsschule von Beginn an mit dabei waren. In der von Herrn Vieluf vorgestellten Studie zählt sie zur Gruppe 3 (Schule F) und damit zu den Schulen, die die größten Lernentwicklungen erzielen konnten. Damit ist die Schule ein gutes Beispiel dafür, dass man auch mit unterschiedlichsten Voraussetzungen und einer sehr heterogenen Schülerzusammensetzung Erfolg haben kann.

Im Anschluss an seine Ausführungen zur Struktur, zum Leitmotiv und zum Alltag der Fritz-Karsen-Schule formulierte er im Namen der Schule und auch im Namen des Netzwerks Berliner Gemeinschaftsschulen Forderungen an die Landes- und Bundespolitik (siehe Folien). Das Netzwerk steht in ständiger Auseinandersetzung mit der Verwaltung, dem Berliner Senat, weil nicht alles, was der Berliner Senat tut, im Einklang steht, was Gemeinschaftsschulen wirklich brauchen.

Noch ein interessanter Hinweis zur Historie der Schule: Auf Betreiben der Amerikaner wurden die Berliner Schulen zu Einheitsschulen umstrukturiert. So wurde 1948 die Fritz-Karsen-Schule als Einheitsschule gegründet. Als Anfang der 1950er Jahre die CDU in Berlin regierte, führte sie das gegliederte Schulsystem wieder ein. Die Fritz-Karsen-Schule war die einzige Schule, die sich weigerte. Weiter zum geschichtlichen Hintergrund: ***http://www.fritz-karsen.de/geschichte-fks/117-geschichte-fks***

Ergänzende Anmerkungen zu den Folien aus dem Vortrag:

- Ergänzungen zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JÜL, Kinder unterschiedlichen Alters lernen zusammen): Die Schule erzielte damit große Erfolge. JÜL trägt zur Entkopplung der Lern- und Leistungsentwicklung von der sozialen Lage bei. Leider erfährt dieser Erfolg in den Medien kaum Resonanz, im Gegenteil: die positiven Resultate werden häufig negativ ausgelegt mit dem Verweis, dass ein Drittel der Schulen wieder aus JÜL ausgestiegen sind. Es darf jedoch auch der Umkehrschluss nicht vergessen werden: zwei Drittel der Schulen praktizieren JÜL, weil sie darin ein Erfolgsmodell sehen. Sie werden durch

Untersuchungsergebnisse, etwa bei VERA 3, bestätigt. Der Berliner Senat war jedoch nicht bereit, finanzielle Mittel für Untersuchungen bereits in der Grundstufe zur Verfügung zu stellen.

- Inklusion: Hier bestehen noch erhebliche Probleme, weil sich der Senat in vielen Punkten querstellt, die uns die Arbeit erschweren. Zudem fehlen die finanziellen Mittel.

- Freiarbeit statt Hausaufgaben: Grundsätzlich wird der Beschluss vom Kollegium getragen, obwohl es darum auch Diskussionen gibt. Für die Schülerinnen und Schüler besteht die Möglichkeit, in den an der Schule dafür eingeführten Zeitabschnitten selbst zu entscheiden, wie sie lernen, mit wem sie lernen, was sie mit welchen Methoden lernen. Die Selbstbestimmung hat dadurch wesentlich zugenommen. Das ist eine Herausforderung, die neben der Didaktik der Vielfalt zu bewältigen und notwendig ist.

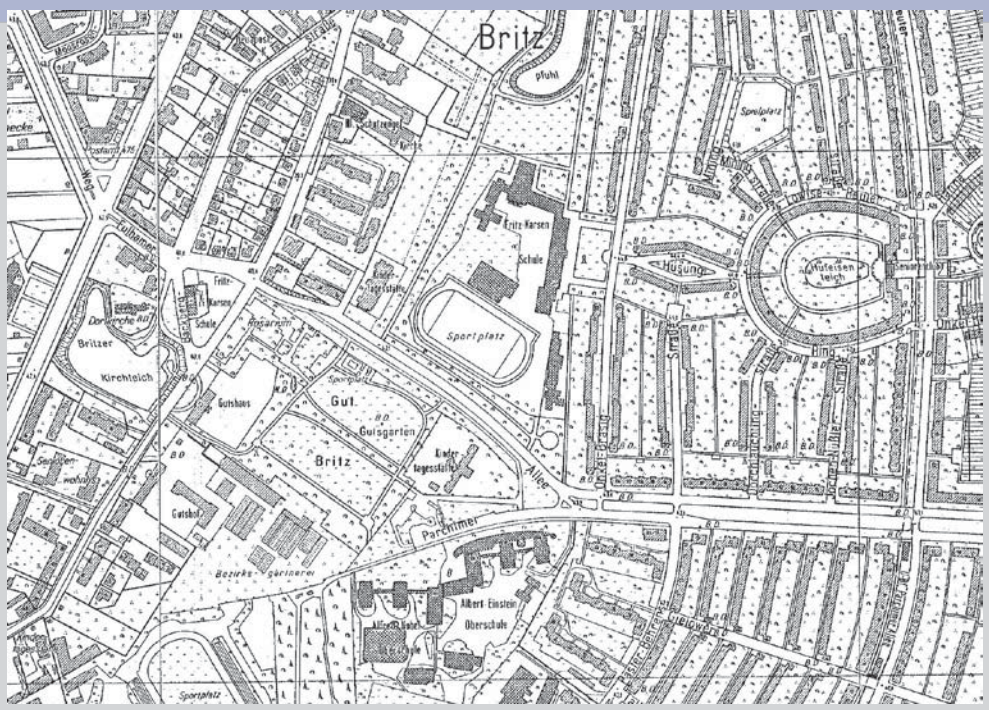
Leitmotiv

Fritz Karsen

„Nicht Dreiheits- nicht Zweiheits- sondern Einheitsschule“
1920

Fritz Hoffmann
„Bruchlose Erziehung“
1948

FKS - Lage



FKS
Stationen

1948 Einheitsschule
1957 Erstes Abitur
1972 Gesamtschule (FEGA)
1996 Teamschule
2006 Ganztagsschule

FKS
Stationen

2006 Schulprogramm
2007 Integration
2007 JÜL 1 - 3
2008 Gemeinschaftsschule
2009 Inklusion
2012 JÜL 4 - 6

FKS

Zusammensetzung der Schülerschaft

Zwischen 25 und 37 % Migrationskinder

9% (ca.100) Kinder mit speziellem Förderbedarf

30% sind von der Zuzahlung für Lernmittel befreit

Ein Drittel der Schüler kommen aus dem unmittelbaren Umfeld.

Viele Familien sind der Schule sehr verbunden.

FKS

Abschlüsse

Ohne Abschluss ca. 2%

Berufs**B**ildungs**R**eife 4%

erweiterte **BBR** 22%

Mittlerer **S**chul**A**bschluss 73%

45% aller SchülerInnen Abiturzugang

Abiturzugang 33 - 60%

FKS
gebundener Ganztagsbetrieb

An vier Tagen der Woche von 8:00 bis 16:00 Uhr

Rhythmisierung über den ganzen Tag

Freiarbeit statt Hausaufgaben

Mittagsband mit Mittagessen und Erweitertem Lernangebot

Erholung ...

Eine Schule für Alle!

- Jeder Mensch ist anders
- Menschen lernen nicht das Selbe!
- Didaktik der Vielfalt, gebundener Ganztag
- JÜL 1 – 3 und JÜL 4 – 6
- SEK I 90 Minuten, Erweiterte Lernangebote, Binnendifferenzierung
- SEK II individualisierte Stundentafeln

KMK – Vereinbarung über die Bildungsgänge und Schularten

Auszug

„3.2.5 An Schularten mit mehreren Bildungsgängen wird der Unterricht entweder in abschlussbezogenen Klassen oder – in einem Teil der Fächer – leistungsdifferenziert auf mindestens zwei lehrplanbezogen definierten Anspruchsebenen in Kursen erteilt. Anstelle von Kursen können zur Vermeidung unzumutbar langer Schulwege und zur Erprobung besonderer pädagogischer Konzepte klasseninterne Lerngruppen in Deutsch und in den naturwissenschaftlichen Fächern in allen Jahrgangsstufen, in Mathematik nur in der Jahrgangsstufe 7, gebildet werden.“

Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03.12.1993 i.d.F. vom 04.10.2012

Forderungen an die Bundespolitik

- 1. Streichung des Satzes aus der KMK - Vereinbarung
- 2. Inklusive Schulen – Bundesprogramm
- 3. Aufhebung des Kooperationsverbotes

SEK I - Verordnung

- §35 „Die Leistungen in Erweiterungskursen werden auf einer Skala von 15 bis 0 Punkten, die Leistungen in Grundkursen von 12 bis 0 Punkten gemessen. Wechselt eine Schülerin oder ein Schüler zum Schulhalbjahr innerhalb des leistungsdifferenzierten Unterrichts das Kursniveau, wird abweichend von § 13 Abs. 6 Satz 1 die Jahresnote auf Grund der erbrachten Leistungen des zweiten Schulhalbjahres gebildet.“
- § 33 (3) „Anstelle von Fachleistungskursen können klasseninterne Lerngruppen entsprechend den Grundsätzen der Fachleistungsdifferenzierung ... gebildet werden...“

Forderungen an die Berliner Landespolitik

- Bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen
- Initiativen im Bundesrat
- Gemeinschaftsschule als Regelschule mit Grundstufe und Abiturstufe
- Frequenzabsenkung, Rücknahme der Kürzungen Inklusion
- Änderung der Sek I – Verordnung (E - und G - Niveau)

Statements der Podiumsdiskussion: Wissenschaft und Politik treffen Schulalltag – Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule (Auszüge der Diskussion)

Referenten
Kolja, **Marcel** und **Nikolai**, *(ehemalige) Schülervertreter der Fritz-Karsen-Schule;*

Detlef Barding, *Elternvertreter;*

Robert Giese, *Schulleiter*;

Ulrich Vieluf, *wissenschaftliche Begleitung des Berliner Schulversuchs Gemeinschaftsschule*;

Steffen Zillich, *MdA, ehemaliger bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus*

Steffen Twardowski, *Moderator*

Was hält DIE LINKE von den Forderungen, die Robert Giese formulierte?
Steffen Zillich Viele der Forderungen, die Robert Giese in seinem Vortrag formulierte, sind gar nicht so spezifisch für die Rahmenbedingungen von Gemeinschaftsschule, sondern verweisen auf Probleme, mit denen auch andere Schulen zu kämpfen haben. Diese wirken sich natürlich auch auf die Gemeinschaftsschulen aus, daher sind alle Forderungen absolut berechtigt. Viele der Rahmenbedingungen lassen sich nicht allein auf Landesebene lösen. Die Schulen sind strukturell unterfinanziert, auch das Bildungssystem insgesamt. Leider merkt man es den Schulen auch an, z.B. in der Bausubstanz oder der Ausstattung.

Gab es Entwicklungen, die vor der Einführung des Schulversuchs Berliner Gemeinschaftsschule von der Politik unterschätzt wurden?
Steffen Zillich DIE LINKE kritisiert die aktuellen Entwicklungen, die sich im Hinblick auf Inklusion zeigen, z.B. die Kürzung von Stunden etc. Der Berliner Senat verfolgt derzeit eine Praxis, die ausgerechnet die Schulen benachteiligt, die gute Vorreiter beim Eintreten in die große Herausforderung Inklusion sind. Die Änderungen der Sekundarstufe I-Verordnung des Berliner Senats, die Robert Giese in seinem Vortrag fordert, war ein Punkt, der in gewisser Weise unterschätzt wurde. Wir waren politisch ziemlich gut vorbereitet auf dieses Projekt, doch einen Punkt haben wir in seiner Mächtigkeit unterschätzt: die Rückwirkung der Tradition und des rechtlichen Rahmens des gegliederten Schulsystems auf die Pilotphase. Beispielsweise ist man von einer Schulverwaltung umgeben, die etwas anderes gelernt hat und anders agiert, deswegen ihre Vorgaben so formuliert, dass sie eben nicht förderlich sind für diesen Prozess.

Fehlt es der Gemeinschaftsschule an Lobbyarbeit?
Steffen Zillich Lobbyarbeit ist immer notwendig. Trotzdem darf man die Entwicklung der öffentlichen Einstellung nicht unterschätzen. Schaut man sich die Anerkennung der Gemeinschaftsschulen in der Bevölkerung an, so waren sie am Beginn der Pilotphase Gemeinschaftsschulen verschrien als ideologisches Teufelszeug und sind jetzt auch in der medialen Anerkennung gute Schulen. Das ist ein deutlicher Fortschritt, den wir bei der Anerkennung von Gemeinschaftsschulen errungen haben. Wir wussten, es würde Widerstände geben. Deshalb haben wir sehr stark darauf geachtet, den Blick von außen und die ständige Begleitung von außen in diesen Prozess mit aufzunehmen, indem es z.B. einen Beirat, eine Projektgruppe und eine wissenschaftliche Begleitung gibt. Doch jetzt entsteht ein Problem: diese Instrumentarien laufen aus. Dieses ständige Unterstützungssystem ist aber von zentraler Bedeutung. Das hat etwas mit politischem Willen zu tun, solche Unterstützungs- und Problemlösungssysteme zu erhalten.

Podium 1 *Hr. Twardowski, Hr. Barding, Hr. Zillich, Hr. Giese, Kolja, Marcel, Nikolai, Hr. Vieluf*

Wie steht es um die Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern auf einer Gemeinschaftsschule?
(Berichte der Schülervertreter)
Einer der Schülervertreter berichtete, dass er zunächst lieber auf ein Gymnasium gegangen wäre. Doch seine Noten reichten nicht aus. Sein Vater riet ihm, doch auf eine Gemeinschaftsschule zu gehen, schließlich könne man dort auch das Abitur machen, man könne sich später entscheiden, welchen Abschluss man macht. Der Schüler konnte sich zunächst nicht viel unter einer Gemeinschaftsschule vorstellen. Auf ein Gymnasium zu gehen, klang besser.

Seit der siebten Klasse besucht er eine Gemeinschaftsschule und hat durch das eigene Erfahren mit dem Schulalltag dort seine Meinung geändert. Auf dem Schulhof wird offen damit umgegangen, wer welchen Abschluss machen will. Jeder hat die Chance, alles zu erreichen, wenn die Leistung stimmt. Die Schülerinnen und Schüler in seiner Klasse haben ganz unterschiedliche Lernniveaus. Es war ein sehr guter Zusammenhalt und eine gute Unterstützung zwischen Leistungsstärkeren und -schwächeren. »Wenn man etwas anderen erklären kann, dann hat man es auch verstanden.« Dass er jetzt sein Abitur schaffen wird, verdankt er auch der Hilfe seiner Klassenkameraden. Freunde an anderen Schulen berichten von Leistungsdruck und Einteilung in Leistungsniveaus. Das hält er nicht für sinnvoll.

Ein anderer Schüler berichtet, dass er die Teamtrainings, das lockere Verhältnis zu den Lehrerinnen und Lehrern sowie die entspannte Atmosphäre an der Gemeinschaftsschule sehr gut findet. Die offenen Lernstunden werden als sehr hilfreich empfunden, da man bei Problemen bei der Aufgabenlösung entweder Mitschülerinnen oder Mitschüler oder eine Lehrkraft fragen kann.

Ein dritter Schüler in der Runde vermisst diese Form des offenen Lernens, da es so etwas an seiner jetzigen Oberschule nicht gibt und er sich nach der Schule zuhause selbst damit auseinandersetzen muss.

Wie stehen Sie als Elternvertreter zur Schulform Gemeinschaftsschule?
Detlef Barding Ich war selbst vor langer Zeit Schüler an der Fritz-Karsen-Schule, in der Zeit, als der Schule das Korsett der Gesamtschule mit seinem Kurssystem aufgedrängt wurde. Die Erfahrungen mit der Einteilung und den Wechseln in diesem Kurssystem waren nicht so gut. Es bringt nichts.

Meine Kinder lernen an dieser Schule derzeit jahrgangsübergreifend (JÜL). Ich bin von JÜL überzeugt. Durch die Erkenntnisse und Erfahrungen von Pädagogen weiß ich, dass die Erfahrungen des jahrgangsübergreifenden Lernens in der Grundschulzeit beim Übertritt in die Sekundarstufe spürbar sind, beispielsweise im Hinblick auf die soziale Kompetenz beim Lernen. Durch meine Funktion als Mitglied im Vorstand des Bezirkselternausschusses und im Bezirksschulbeirat habe ich den Vergleich zu anderen Schulformen. Zudem gibt es kein verlässliches Verfahren, wie die Schülerinnen und Schüler an die Schule kommen. Jedes Jahr ändert sich die Verfahrensweise, etwa Losverfahren etc.

Ein wesentlicher Bestandteil von Gemeinschaftsschule ist Inklusion. Seitens der Elternschaft der Schule gibt es im Hinblick auf die Schulform Gemeinschaftsschule keine Kritik, da sich die meisten Eltern bewusst für diese Schulform entschieden haben. Wenn es Kritik gibt, dann eher an der Ausstattung. Damit haben aber alle Schulen oder Schulformen zu kämpfen.

Schüler berichten über ihren Schulalltag

Haben Sie die Ergebnisse der Vergleichsstudie überrascht?
Ulrich Vieluf Ja sehr, da der Zusammenhang zwischen der sozialen Lage der Schülerfamilien und der Lernleistungsentwicklung in Deutschland sehr eng ist. Er ist es umso mehr, je größer das Gefälle innerhalb eines Landes ist. Großstädte wie Berlin und Hamburg haben diese extremen Gefälle in den Leistungszusammensetzungen ihrer Schülerschaft und stehen damit vor der großen Herausforderung, wenn man die sehr schweren Rahmenbedingungen, unter denen die Versuchsschulen gestartet sind, betrachtet. Insbesondere das Ergebnis der Neutralisierung der sozialen Lage gerade in der Lesekompetenz war beeindruckend, damit wurde nicht gerechnet. Jetzt gilt es, die herausragenden Ergebnisse besonders in Bezug auf die Lesekompetenz auch auf andere Leistungsbereiche erfolgreich zu übertragen. Dazu müsste der Dialog innerhalb eines Kollegiums noch weiter vertieft werden, die Fachschaften müssten sich deutlicher verständigen und abstimmen.

Was ist der nächste Schritt für die Gemeinschaftsschule?
Robert Giese Persönlich mehr Gelassenheit, um bestimmte Sachen weiterentwickeln zu können. Es geht leider nicht alles so schnell, wie man es gern möchte.

Es gilt insbesondere, die Individualität der Schülerinnen und Schüler stärker im Blick zu haben und sie auch individueller zu fördern. Derzeit gibt es einen Dissens beim Thema Elternsprechtage und Lernentwicklungsgespräche. Ich bin der Auffassung, dass jede Schülerin und jeder Schüler das Recht hat, dass über seine Lernentwicklung auf der Basis dessen, was das jeweilige Ziel der bzw. des Einzelnen ist, gesprochen wird. Das erfordert wesentlich mehr Zeit als ein Elternsprechtag. Häufig wird bei solchen Elternsprechtagen zu wenig auf die persönlichen Bedürfnisse und Ziele des einzelnen Kindes eingegangen. Der Dissens ergibt sich aus dem verständlichen Punkt der Überbelastung der Lehrerkolleginnen und -kollegen. Derzeit wird bei den Elternsprechtagen etwa ein Drittel der Schülerschaft erreicht. Es ist derzeit schwer realisierbar, solche Gespräche mit jedem Einzelnen durchzuführen.

Ein weiterer Schritt wäre die Stärkung der Selbstbestimmung der Schülerinnen und Schüler. Beim jahrgangsübergreifenden Lernen haben Kinder die Möglichkeit, ihre Lernschwerpunkte selbst zu setzen. Das passiert in der Sekundarstufe noch zu wenig. Schülerinnen und Schüler sollen innerhalb eines bestimmten Rahmens an bestimmten Schwerpunkten arbeiten und sich die Frage stellen, wo das eigene Interesse liegt.

In einem dritten Schritt müssen wir wegkommen von dem unpädagogischen Mittel der Noten. Zahlreiche

Im Plenum

Untersuchungen zeigen, Noten sind weder objektiv noch verlässlich, zum Teil ist nicht klar, was benotet wird. Die Untauglichkeit von Noten zeigen auch folgende Beispiele: Ein leistungsschwacher Schüler, der zusätzlich viel trainiert und übt und dadurch nicht mehr 100, sondern jetzt 60 Fehler auf 100 Wörter macht, würde in beiden Fällen die gleiche Note bekommen. Seine Leistungsentwicklung bliebe unreflektiert. Eine leistungsstarke Schülerin sieht nicht ein, warum sie zur Förderung ihrer Leistung noch zusätzliche Aufgaben lösen soll. Schließlich hat sie ja schon eine Eins. Daneben ist die Vergleichbarkeit nicht gegeben. Wir müssen bei der Bewertung zu anderen Möglichkeiten kommen.

Ein vierter Schritt: Stärkung des Selbstbewusstseins und Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Dazu darf man nicht nur den Stoff im Rahmenlehrplan umsetzen wollen.

Steffen Zillich Trotz aller Unterschiedlichkeit der Schulen, die Gemeinschaftsschule geworden sind, sind es Schulen, die sich entwickeln wollen, sich verändern wollen, sich Ziele setzen. Darin liegt ein klarer Vorzug. Sie wissen deswegen auch genau, worin sie sich verbessern müssen, welche Schwierigkeiten es dabei gibt. Mittlerweile nehmen über zehn Prozent der Berliner weiterführenden Schulen an der Pilotphase teil. Es wird nicht einfach sein, das politisch zu nivellieren. Diesen Schwung müssen wir aufnehmen und weiter unterstützen, um dieses gute Beispiel für Schulentwicklung flächendeckend wirksam zu machen. Es muss zunächst mehr Gemeinschaftsschule in jede Schule. Wir müssen klarmachen, wie politische Entscheidungen auch andernorts getroffen werden können an diesem wissenschaftlich begleiteten Beispiel. Daran mangelt es derzeit. Hier müssen wir politischen Druck machen, damit diese Entwicklung weiterhin unterstützt wird und die Potenziale, die darin stecken, tatsächlich weiterentwickelt werden können.

II. Perspektiven und bildungspolitische Notwendigkeiten für Gemeinschaftsschulen

Präsentation zum Vortrag: Gemeinschaftsschule heißt moderne Lernkultur

Lothar Sack, *Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.*

Lothar Sack

- Fächer Mathematik, Physik, Informatik
- Fritz-Karsen-Schule, Berlin-Neukölln (Britz)
  (1964, 1969 - 2006, Schulleiter 1992 - 2006)
- Bundesvorsitzender der GGG (seit Sept. 2007)
  (Gemeinützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens)
- Mitglied im Sprecherkreis des Runden Tisches Gemeinschaftsschule Berlin
- Mitglied der „Projektgruppe für die Pilotphase der Gemeinschaftsschule“ bei SenBWF Berlin (2007-2011)
- „Reisender“ in Sachen „Eine Schule für alle“

Moderne Lernkultur

0. Vorstellung
1. **Was ist modern in der Lernkultur?**
   - **Reformpädagogik - Hirn-/Lernforschung**
   - **Beispiele**
2. Paradigmenwechsel
3. Des Pudels Kern

Hinweise aus der Hirnforschung

- Gelernt wird nur, was im Gehirn „Gebrauchsspuren“ hinterlässt. (Lernen ist individuelles aktives Tun; man kann “sich nicht lernen lassen”.)
- Gelernt wird nur, was für den Lernenden (auch im sozialen Kontext) bedeutsam ist, was ihn interessiert, was ihm unter die Haut geht. Das ist meist nicht das, was gelehrt wird.
- Erfolg und Anerkennung sind wesentliche Lernstimulanzien.
- Ziel ist nachhaltiges Lernen kreativ anwendbaren Wissens und Könnens. Dafür erforderlich ist eine entspannte Lernumgebung, in der sich der Lernende sicher fühlt.
- Unter Angst/Stress Gelerntes steht nicht für kreative Problemlösungen zur Verfügung, da die Angst/der Stress mit gelernt und mit erinnert wird.
- Gehirnaktivität von Schülern ist während der klassischen Unterrichtsstunden gering (passive, konsumptive Rolle: Aufpassen, Zugucken, Zuhören).

Beispiele

… Team-Organisation Schule für alle (Inklusion) kein Sitzenbleiben Langform (Primar- und Sekundarstufe) Gebundener Ganztag keine Einzelstunden heterogene Lerngruppen (u.a. Jahrgangsmischung) selbst bestimmtes Lernen individelle Lernwege Lernbereiche (statt Einzelfächer) Projekte Werkstätten Praktika Epochen Lernen bei offenen Türen kein Pausensignal keine Noten Kompetenzraster Zertifikate Portfolio Individualisierte Lernnachweise statt Klassenarbeiten keine Notenzeugnisse (statt dessen (kompetenzbasierte) Beurteilung von Lernstand und Lernfortschritt, Bilanz- und Zielgespräche) …

Beispiele

... Fridtjoff-Nansen-Schule Flensburg Anne-Frank-Schule Bargteheide Max-Brauer-Schule Hamburg Winterhuder Reformschule Hamburg IGS Hannover-Linden Neue Schule Wolfsburg IGS Franzsches Feld Braunschweig Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen Montessori-Oberschule Potsdam Heinrich-von-Stephan-Schule Berlin Wilhelm-von-Humboldt-Schule Berlin Ev. Schule Zentrum Berlin Grünauer Schule Berlin Fritz-Karsen-Schule Berlin Jenaplan-Schule Jena Chemnitzer Schulmodell Laborschule Bielefeld Gesamtschule Bonn-Beuel Offene Schule Waldau Kassel Reformschule Kassel Helene-Lange-Schule Wiesbaden IGS Kastellstraße Wiesbaden Gesamtschule Sulzbachtal Saarbrücken Bodenseeschule St. Martin Friedrichshafen Sophie-Scholl-Schule Bad Hindelang-Oberjoch...

Folgerungen

Weitere Erprobungs- und Modellversuche sind überflüssig.

Die (guten) Schulen zeigen, dass und wie es geht.

An ihrer Praxis muss sich Schulpolitik orientieren.

Vorschriften müssen gute Schule ermöglichen (nicht be- oder gar verhindern).

Die Lehrerbildung muss sich theoretisch und praktisch an diesen Erfordernissen orientieren (und nicht „alte Zöpfe“ lehren).

Moderne Lernkultur

- Vorstellung
- Was ist modern in der Lernkultur?
- **Paradigmenwechsel**
  - **Paradigmen**
  - **Einzelfragen**
    - **Struktur versus Lernqualität**
    - **Reifungsprozesse**
    - **Noten abschaffen!**
    - **Veränderte Lehrerrolle**
- Des Pudels Kern

Paradigmenwechsel

von		zu
Lehrerorientierung (S als Objekt)	►	Schülerorientierung (S als Subjekt)
Unterrichtsorientierung	►	Lernorientierung
Fremdbestimmtes Lernen-Sollen	►	Selbstbestimmtes Lernen-Wollen
Belehrt werden im Gleichschritt	►	Lernen auf individuellen Wegen
Wissensvermittlung	►	Lernberatung
Fehler als Makel	►	Fehler als Lernstimulus
Homogenität, Einfalt	►	Heterogenität, Vielfalt
Über-/Unterforderung	►	Selbstwirksamkeit
Wissen	►	Verstehen
Ausschließen, Selektion/Exklusion	►	Dazugehören, Inklusion
Misstrauen	►	Ver-/Zutrauen
Demütigen, Beschämen	►	Bestärken, Anerkennen
Misserfolge suchen	►	Erfolge finden
Noten geben	►	Kompetenzen feststellen
Halbtagsbelehrung	►	Ganztagsleben

(Vier) Einzelfragen

- **Struktur versus Lernqualität,**
  Struktur versus soziale Beziehung
- **„Reifungs“prozesse (Schulreife, selbstbestimmtes Lernen, ...)**
- **Noten abschaffen!**
- **Veränderte Lehrerrolle (Voraussetzung für individuelle Lernwege)**

Moderne Lernkultur

0. Vorstellung
1. Was ist modern in der Lernkultur?
2. Paradigmenwechsel
3. **Des Pudels Kern**

Gebt den Schulen bessere Ausstattung! – Was braucht die Gemeinschaftsschule?

Tom Erdmann, *Sprecher der GEW Berlin*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

als ich vor zehn Jahren mein Lehramtsstudium begann, hatte ich die naive Vorstellung, dass das gutbürgerliche Gymnasium die Schulform sei, an der Kinder am besten zu ihren Höchstleistungen gefördert werden können. Wie die meisten Akademiker habe ja auch ich selbst das Abitur an einem Gymnasium abgelegt. Schnell musste ich aber in den verschiedenen Lehrveranstaltungen zur nationalen und internationalen Bildungsforschung feststellen, dass diese vermeintliche Spitzenförderung im höchsten Maße sozial ausgrenzend ist. Wie sonst kann man den Umstand beschreiben, dass ein Kind aus einem Akademikerhaushalt eine bis zu achtmal höhere Chance hat, ein Gymnasium zu besuchen, wie ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Wohl bemerkt bei gleicher Intelligenz – also bei gleichen geistigen Voraussetzungen! Frustriert musste ich erkennen, dass keines der sechzehn deutschen Schulsysteme in der Lage war, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft oder dem Schulsystem zu entkoppeln. 2005 begann die Linke das Gemeinschaftsschulkonzept zu entwickeln, mit dem sie dann in den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus ein Jahr später zog.

Die GEW begrüßte bereits damals die Einführung der Gemeinschaftsschule ausdrücklich. Unter dem Begriff »Eine Schule für Alle« forderte die Bildungsgewerkschaft nicht erst seit der Jahrtausendwende das gegliederte Schulsystem zu überwinden. Um den Start der Gemeinschaftsschulen in Berlin zu begleiten und zu unterstützen, wurde Ende 2006 unter der damaligen GEW-Landesvorsitzenden Rosi Seggelke der »Runde Tisch Gemeinschaftsschule« gegründet. Ein Zusammenschluss aus verschiedenen Gewerkschaften, Elternverbänden und Parteien.

Heute, gut fünf Jahre nachdem die ersten Schulen Gemeinschaftsschulen geworden sind, ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

Für uns als GEW Berlin ist die Gemeinschaftsschule die zukunftweisende Schulart. Hier können Schülerinnen und Schüler ohne Aussonderung gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Es reicht aber nicht, nur ein neues Schild an die Tür zu hängen, Gemeinschaftsschule darauf zu schreiben, bei gleichen Ressourcen alle Kinder in eine Klasse zu stecken und zu glauben, damit schafft man Bildungsgerechtigkeit. Wenn die Lerngruppen noch heterogener werden, muss sich das Lernen und die Lernkultur ändern. Unterricht, so wir ihn in unserer Schulzeit kennengelernt haben, damit kann man die meisten Schülerinnen und Schüler heute nicht mehr erreichen. Lehrkräfte müssen nicht nur mit der Vielfalt der Kinder arbeiten wollen. Sie müssen das auch können. Dafür muss die Ausbildung, muss das Lehrerbildungsgesetz angepasst werden. Gerade läuft das Beteiligungsverfahren und wir schicken der Senatsbildungsverwaltung Anfang der kommenden Woche unsere Vorschläge. Im vorliegenden Gesetzentwurf vermisst die GEW z.B. die Regelung, dass der Erwerb eines Basiswissens in inklusiver Pädagogik verpflichtend vorhanden sein muss. Die Kommission um Prof. Baumert hat im Auftrag des Senats eine Reform des Lehrerbildungsgesetzes erarbeitet. Sie hat sich im Februar dieses Jahres noch ausdrücklich zur Ausbildung in inklusiver Pädagogik bekannt.

Die Gemeinschaftsschule hat die Chance, die inzwischen gesetzlich verankerte Inklusion am besten umzusetzen. Denn sie ist bereits weiter als andere Schularten. Hier lernen die Kinder ausschließlich binnendifferenziert und erfahren keine äußere Fachleistungsdifferenzierung. An vielen Gesamtschulen lernten die Kinder nur wenige Wochenstunden in ihrer vertrauten Lerngruppe und es war für die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Gemeinschaftsschulen keine Kleinigkeit, die äußere Differenzierung aufzugeben. Derzeit müssen sich die Gemeinschaftsschulen aber noch in ein enges Korsett zwängen lassen, wenn es um Bewertungen, insbesondere für die Schulabschlüsse, geht. Spätestens in der zehnten Klasse sollen wir den Schülerinnen und Schülern Stempel nach dem alten Gesamtschulmuster aufdrücken. Toni ist ein G-Schüler, Jasmin ist eine E-Schülerin, obwohl sie zehn Jahre lang in ein und derselben Klasse gelernt haben. Im alten System der äußeren Leistungsdifferenzierung mag das ja noch eine gewisse Logik gehabt haben. Gemeinschaftsschulen haben eigene Vorschläge zur Leistungsbewertung für die Binnendifferenzierung unterbreitet – Nun soll sie die Senatsverwaltung doch bitte machen lassen. Es gibt keinen Grund mehr, Schülerinnen und Schüler zu stigmatisieren.

An Gemeinschaftsschulen lernen heißt gemeinsames Lernen von der ersten bis zur 13. Klasse. Die Lehrerausbildung muss dem auch Rechnung tragen. Deswegen lehnen wir ein eigenständiges Lehramt für die Grundschule, wie vom Senat geplant, ab. Schülerinnen und Schüler sollen möglichst lange beim selben Deutschlehrer oder derselben Mathelehrerin lernen. Dafür muss die Lehrkraft auch über die Grundstufe hinaus arbeiten können. Ansonsten erleben die Schülerinnen und Schüler wieder Brüche in der Biografie, wenn sie ab der 7. Klasse ein Dutzend neue Lehrer kennenlernen müssen. Die wissenschaftliche Begleitung hat gezeigt, dass die Gemeinschaftsschulen besonders erfolgreich arbeiten, bei denen die Grundstufe wirklich im eigenen Haus ist – es also auch einen regen Austausch unter den Kolleginnen und Kollegen gibt. Auch über die Schulstufen hinaus. Ein eigenständiges Grundschullehramt gefährdet diesen Austausch.

Doch nicht nur die künftigen Lehrkräfte müssen auf das gemeinsame Lernen in Gemeinschaftsschulen vorbereitet sein. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die bereits seit Jahrzehnten an unterschiedlichen Schulen arbeiten, müssen fort- und weitergebildet werden. Die Haltung »Das haben wir schon immer so gemacht.« muss überwunden werden. Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule hat der Senat zuletzt ca. 100.000 Euro pro Jahr an Mitteln für die Fortbildung von Lehrkräften investiert. Diese Mittel müssen weiter zur Verfügung stehen. Denn auch im laufenden Betrieb müssen Lehrkräfte im Rahmen ihrer Unterrichtsverpflichtung weitergebildet werden.

Wie erwähnt, muss sich aber auch das Lernen an Gemeinschaftsschulen wandeln. Wir brauchen weniger Unterricht im engen 45-Minuten-Raster mit zentraler Lehrersteuerung. Wir brauchen mehr Lernbüros, vorbereitete Lernarrangements, Projektlernen und Forschungsaufgaben mit möglichst zwei PädagogInnen. Wir brauchen weniger alleinkämpfende Pädagoginnen und Pädagogen. Aber dafür mehr Kooperation in multiprofessionellen Teams aus ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, SonderpädagogInnen, Lehrkräften etc. Wir brauchen eine stärkere und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Eltern als selbstverständlichen Bestandteil des verantwortlichen Miteinanders. Dazu gehören auch regelmäßige Entwicklungsgespräche mit SchülerInnen und Eltern.

Das alles ist nicht nebenbei zu leisten. Dafür brauchen die PädagogInnen Zeit. Unter der Rot-Roten-Landesregierung in Berlin wurde 2003 die Unterrichtsverpflichtung für die meisten Lehrkräfte um 2 Stunden pro Woche erhöht. Die Auswirkungen waren sofort spürbar. Die Pädagoginnen und Pädagogen huschten gestresst durch die Schulflure, persönliche Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern wurden weniger. Die Arbeitsbelastung stieg. Die Nachwehen davon sind noch heute zu spüren. Viele Lehrkräfte wittern heute hinter jeder Veränderung im Schulwesen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Auf ihrer Landesdelegiertenversammlung im Herbst 2012 bekannte sich die GEW BERLIN klar zur Gemeinschaftsschule. Ein Satz aus diesem Beschluss verdeutlicht aber dennoch die Verunsicherung: »Nur wenn die dafür notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, unterstützen wir das Vorhaben Gemeinschaftsschule.« Ich sage ganz deutlich: Gemeinschaftsschule kann nur gelingen, wenn wir die Pädagoginnen und Pädagogen davon überzeugen und auch begeistern können. Wie sollen wir eine Gemeinschaftsschule für das 21. Jahrhundert erschaffen, wenn wir Arbeitszeitmodelle wie im 19. Jahrhundert haben? Notwendige pädagogische Arbeiten wie Elterngespräche, Beratung, Betreuung etc. dürfen nicht zusätzlich zur Unterrichtsverpflichtung verordnet werden. So etwas muss tariflich geregelt werden.

Alle Gemeinschaftsschulen in Berlin sind Ganztagschulen. Es reicht aber nicht, die Kinder jetzt bis 16 Uhr statt wie vor 10 Jahren bis 13 oder 14 Uhr in der Schule zu lassen. Die Angebote für Arbeitsgemeinschaften müssen ordentlich und verlässlich finanziert werden. Und Ganztagsschulen brauchen Ganztagslehrer. Auch dafür brauchen die Schulen zusätzliche Ausstattung. Es kann nicht sein, dass eine Geschichtslehrerin von halb 8 bis halb 5 in der Schule ist und keinen Arbeitsplatz hat. Sie braucht einen Schreibtisch für ihre Unterrichtsvorbereitung. Einige Schulen können all ihren Pädagoginnen und Pädagogen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Aber jede Ganztagsschule braucht die finanziellen und sächlichen Mittel für Arbeitsplätze, Büromaterial, Geräte etc., so dass Ganztagslehrkräfte auch dort arbeiten können. Andernfalls müssen sie ihre Arbeiten, die sie vorher ab 15 Uhr zu Hause erledigt haben, dort ab 17 Uhr erledigen und erleben die Ganztagsschule in erster Linie als Arbeitszeitverlängerung.

Das Verhältnis zum Gymnasium: Es ist ein natürlicher Reflex, dass jede weiterführende Schule ihr Verhältnis zum Gymnasium klären will. Das Gymnasium deshalb, weil es neben der Grundschule die einzige Schulform ist, die es in allen 16 Bundesländern gibt. In Hamburg gibt es noch die Stadtteilschulen, in NRW die Oberschulen, in Baden-Württemberg die Werksrealschulen in Sachsen die Mittelschulen und in Niedersachsen gibt es tatsächlich noch Gesamtschulen. Klar, dass Eltern, die in ein anderes Bundesland umziehen, fragen, worin sich die jeweils andere weiterführende Schule vom Gymnasium unterscheidet. Für mich ist das Verhältnis klar: An Gymnasien unterrichtet man Fächer, an Gemeinschaftsschulen unterrichtet an Schüler.

In Berlin war die Einführung der Integrierten Sekundarschule ein Kompromiss zwischen der SPD, die am gegliederten Schulsystem festhielt und der Linken, die die Gemeinschaftsschule wollte. So beschloss das Abgeordnetenhaus vor vier Jahren, am 25. Juni 2009 als die Einführung der Integrierten Sekundarschule bevorstand, in der Drucksache 2479: »Die bevorstehende Weiterentwicklung der Schulstruktur durch die Errichtung einer integrativen Schulform in der Sekundarstufe, die alle bisherigen Bildungsgänge einschließt und zu allen Abschlüssen, einschließlich Abitur, führt, ist ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung eines ungegliederten, nicht auslesenden Schulsystems.« – Ein Zwischenschritt – in Richtung eines ungegliederten Schulsystems... Man könnte die Sozialdemokraten daran mal erinnern.

Doch solange das Gymnasium als Schulform Bestand hat, müssen auch Gymnasiallehrkräfte an Gemeinschaftsschulen arbeiten. Nur so können die Gemein-

schaftsschulen einen umfangreichen Bildungsauftrag wahrnehmen. Nur so sind sie für Eltern erkennbar eine gute Alternative, um zum Abitur zu führen.

Die Gemeinschaftsschule muss eine Regelschulform werden. Wie das Gymnasium und wie die Integrierte Sekundarschule. Denn dann haben die Eltern einen Rechtsanspruch darauf, ihr Kind auf eine Gemeinschaftsschule zu schicken. Derzeit sind die Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz noch Sekundarschulen. D.h. wenn die Bewerbung ihres Kindes an einer Gemeinschaftsschule abgelehnt wurde, haben Eltern nur einen Anspruch auf einen Platz an einer anderen Sekundarschule. Wenn wir Regelschule wären, dann müssten die Schulbehörden Plätze an anderen Gemeinschaftsschulen bereitstellen. Und der Druck, mehr Gemeinschaftsschulen zu gründen, würde größer.

Damit Gemeinschaftsschulen wirklich eine erkennbare Alternative sind, müssen alle verlässlich zum Abitur führen. Da reicht es nicht, dass eine ehemalige Hauptschule, sich entschieden hat, jetzt Gemeinschaftsschule zu sein und Eltern versichert, dass ihr Kind eventuell das Abitur am Oberstufenzentrum für Holztechnik absolvieren kann. Solche Kooperationen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe und Berufsbildenden Schulen sind nur dann fruchtbar, wenn diese Kooperation auch gelebt wird – wenn es einen regen Austausch zwischen den Kollegien der einzelnen Schulen gibt. Noch 2008 wurde den damaligen Haupt-, Real- und Gesamtschulen, die Gemeinschaftsschulen werden wollten, eine eigene Oberstufe in Aussicht gestellt. Doch an dieses Versprechen scheint sich der Senat heute nicht mehr erinnern zu wollen. Bis jetzt konnten nur zwei Gemeinschaftsschulen eine neue eigene Oberstufe durchsetzen: Die Heinrich-von-Stephan-Schule im Stadtteil Moabit und die Montessori-Gemeinschaftsschule in Zehlendorf. Beide mussten schier endlose Kämpfe mit der Senatsverwaltung ausfechten. Insbesondere die KollegInnen und Eltern der Montessori-Schule sind dankbar für die Unterstützung der GEW BERLIN. Zwar hat nach jahrelangem Kampf mit dem Bezirksamt in Reinickendorf nun endlich jeder Bezirk eine eigene Gemeinschaftsschule, doch noch können nur in den wenigsten Stadteilen die Schülerinnen und Schüler auch ihr Abitur an einer Gemeinschaftsschule ablegen. Wir fordern: Die Oberstufe muss schnell und verbindlich für alle Gemeinschaftsschulen installiert werden. Kolleg_innen müssen in allen Stufen eingesetzt werden.

Die Gemeinschaftsschule ist die einzige Schulform, die wissenschaftlich begleitet wurde. Leider klang bei vielen Schulreformen der Vergangenheit politische Arroganz mit. Über die Auswirkungen des jahrgangsübergreifenden Lernens oder der Einschulung mit 5 Jahren wird ja derzeit viel debattiert. Nicht selten polemisch. Aber wie soll man denn auch sachlich argumentieren, wenn man keine empirischen Daten einer wissenschaftlichen Untersuchung hat? Es war also eine kluge Entscheidung darauf zu drängen, die Gemeinschaftsschule wissenschaftlich zu begleiten und nicht einfach durchzuwurschteln. Herr Vieluf erwähnte ja, dass es ihm eine Freude sei, endlich eine Schulform gesehen zu haben, bei der nachweislich praktisch kein Zusammenhang mehr besteht zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Die wissenschaftliche Begleitung muss weitergehen und ausgebaut werden. Wir wollen z.B. auch wissen, wie hat sich das Lernen in den Grundstufen der Gemeinschaftsschulen verändert. Welche Schlussfolgerungen sollten die Gemeinschaftsschulen ziehen, die keine eigene Grundstufe im Hause haben? Wir haben jetzt valide Daten in der Hand und können belegen: Ja, Gemeinschaftsschulen sind besser, hier können alle Talente gefördert werden. Die der Lernschwächeren, die früher die Hauptschule besucht hätten, und die derjenigen, denen das Lernen leicht fällt, die sonst ein Gymnasium besucht hätten. Diese Daten helfen uns für die Gemeinschaftsschule, für längeres gemeinsames Lernen in anderen Bundesländern zu werben. Die wissenschaftliche Begleitung ist gut angelegtes Geld, aus dem man auch politisch Kapital schlagen kann. Im Sinne der Schülerinnen und Schüler.

Auf unserer Landesdelegiertenversammlung im Herbst letzten Jahres hatten wir den Bildungsstaatssekretär Mark Rackles zu Gast. Von ihm stammt der Satz: »Gemeinschaftsschulen sind ein Selbstläufer. Da braucht man nicht zu investieren.« Ja, Gemeinschaftsschulen sind übernachgefragt. An vielen muss sogar die Hälfte der sich bewerbenden Kinder abgewiesen werden. Aber zu sagen, da müsse man nicht mehr investieren, der Laden läuft von allein, ist zynisch. Die Studie hat doch gerade gezeigt, dass sich die Investitionen bezahlt gemacht haben. Die Politik ist jetzt in der Verantwortung, das Modell Gemeinschaftsschule zu unterstützen, auszubauen und abzusichern. Die Studie zeigt, dass die Gemeinschaftsschulen ein Weg sind, um die Abhängigkeit von Herkunft und Schulerfolg zu entkoppeln. Dieser Weg muss ausgebaut werden, letztlich für alle Schulen.

Einen ersten Schritt geht die Senatsverwaltung mit der Veröffentlichung eines Praxisleitfadens. In dem Leitfaden werden für alle Bereiche der Schulentwicklung konkrete Umsetzungsbeispiele zusammengetragen, die andere Schulen nutzen können.

Die Kollegien und Schulen müssen entscheiden, welchen Baustein sie für ihren Aufbruch wählen. Denn alles auf einmal bewegen zu wollen, ist eine Überforderung. Das zeigt auch der differenzierte Blick der Studie, aber auch das Stolpern gehört zum Prozess.

Eine abschließende Bemerkung:
Ich habe als Lehrer 2007 an der Walter-Gropius-Schule angefangen zu arbeiten. Nur 3 km von hier entfernt. Die Gropius-Schule war damals noch eine Gesamtschule. Mein Referendariat wollte ich aber unbedingt an einer Gemeinschaftsschule absolvieren – also ging ich 2009 hier auf die Fritz-Karsen-Schule. Ich freue mich, dass inzwischen auch die Walter-Gropius-Schule Gemeinschaftsschule geworden ist. Neben dem Campus Rütli wird es in Kürze am Efeu-Weg noch eine vierte Gemeinschaftsschule geben in Neukölln. Wenn alle anderen Bezirke in diesem Tempo weiter machen, haben wir in zehn Jahren flächendeckend Gemeinschaftsschulen in Berlin. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung!

Vielen Dank.

»Gliederung ablösen, Gemeinschaftsschulen einrichten – Wo liegen die Bremsklötze?« – Zur Lage der Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt

Peter Joseph, *wissenschaftlicher Mitarbeiter für Bildungspolitik in der Linksfraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Gemeinschaftsschulen kann es in Sachsen-Anhalt ab dem kommenden Schuljahr geben – allerdings sind sie nicht nach einem Konzept der LINKEN gestrickt.

Ich darf ein wenig zurück in die Vergangenheit führen. In der fünften Wahlperiode arbeitete in Sachsen-Anhalt drei Jahre lang ein Bildungskonvent. Er ging auf einen Beschluss des Landtages zurück und vereinte breite gesellschaftliche Kreise, darunter auch die im Landtag vertretenen Fraktionen. Der Auftrag lautete: »[...] vor dem Hintergrund internationaler Vergleichsstudien sowie der demografischen Situation in Sachsen-Anhalt Empfehlungen für ein dauerhaft tragfähiges, international ausgerichtetes, chancengerechtes und leistungsfähiges allgemein bildendes und berufsbildendes Schulsystem zu erarbeiten.« Trotz anfänglicher Skepsis erwies sich die intensive Arbeit des Konvents als wertvoll. Das Ergebnis: Im Jahre 2010 beschloss der Konvent auf über 30 Seiten Empfehlungen. Darunter auch Empfehlungen zu »strukturellen Entwicklungen im Schulwesen«. Die Empfehlungen enthalten den gewichtigen Satz: »Angesichts des Standes der Diskussion und der Handhabung in anderen Bundesländern und anderen europäischen Staaten erscheint es angemessen, das Bildungssystem Sachsen-Anhalts auch für das längere gemeinsame Lernen weiter zu öffnen.« (Da wurde buchstäblich um jedes Wort gerungen.) Ergänzt wurde dieser Teil durch einen Absatz »Empfehlungen zur Einrichtung von Sekundarschulen mit erweitertem Aufgabenprofil«. Sie sollen polytechnisch sein, die Durchlässigkeit zum Gymnasium durch bessere Abstimmung der Fächer und Inhalte verbessern und durch gezielte Förderung alle Abschlüsse einschließlich des anschließenden Erwerbs einer Hochschulzugangsberechtigung ermöglichen. Und an anderer Stelle steht: »Auch innerhalb der Sekundarschule sollte bei Beibehaltung der unterschiedlichen Abschlüsse die äußere Differenzierung zwischen Haupt- und Realschulunterricht vermieden werden.«

So gestaltete sich die Ausgangslage vor der Landtagswahl 2011. Unter Berufung auf die Konvent-Ergebnisse legte die Fraktion DIE LINKE im Herbst 2010 ihr Schulkonzept vor ***(http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/fileadmin/Fotos/Konzept2011/1010_Schule.pdf; http://www.bildungskonvent-dielinke.de/positionen.htm)***. Grob umrissen, zielte es auf eine Entwicklung, die an allen Schulen der Sekundarstufe I eingeleitet werden sollte und die darauf gerichtet war, mittelfristig in Sachsen-Anhalt eine einheitliche Schulform in der Sekundarstufe I zu schaffen, die »Allgemeinbildende Oberschule«.

Im Fokus der Aufmerksamkeit standen dabei die Sekundarschulen. Sie sollten

- ein polytechnisches Gepräge erhalten,
- alle Abschlüsse anbieten, entweder selbst oder in Kooperation mit anderen Schulen (z.B. mit Gymnasien, Gesamtschulen oder berufsbildenden Schulen),
- die Trennung in haupt- und realschulabschlussorientierte Klassen ab Schuljahrgang 7 überwinden und
- demokratisch verfasst sein (die demokratische Verfasstheit gilt natürlich auch für die anderen Schulen).

Die Schulen aller Schulformen sollten individuelle Förderung und Binnendifferenzierung verbessern oder entwickeln und sich dem Ziel der Inklusion öffnen, also alle Kinder und Jugendlichen annehmen, sie willkommen heißen und nicht einzelne »abschulen«, ausgrenzen oder gar benachteiligen. Wenn dieser Gesamtprozess erfolgreich verlaufen wäre, sollten zu einer noch nicht exakt terminierten Zeit alle Schulen der Sekundarstufe I in »Allgemeinbildende Oberschule« (AOS) umbenannt werden.

Dieses Konzept haben wir auch nach den Landtagswahlen in der Sechsten Wahlperiode verfolgt.

Die SPD entschied sich für ein anderes Konzept. Sie wollte auf freiwilliger Basis Schulen im Land errichten, die für das längere gemeinsame Lernen stehen und alle Abschlüsse anbieten können. Diese Schulen sollten ausstrahlen und letztlich sollten viele ihrem Vorbild folgen, weil es überzeugt und gute Ergebnisse bringt. Dies ist ein durchaus diskutabler Ansatz, der auch bei uns Anhängerinnen und Anhänger hat und ernsthaft auch als ein Weg bei uns diskutiert wurde. Wir haben deshalb diesen Ansatz immer als einen legitimen Weg akzeptiert. Der SPD ist es gelungen, dieses schulpolitische Konzept im Koalitionsvertrag mit der CDU zu verankern. Im vergangenen Jahr legte die Landesregierung einen Änderungsgesetzentwurf vor, der u.a. die Einführung einer neuen Schulform, der »Gemeinschaftsschule Sachsen-Anhalt«, und die Errichtung solcher Schulen auf freiwilliger Basis regelt.

Die Fraktion DIE LINKE brachte einen alternativen Änderungsgesetzentwurf ein, der unserer Konzeption folgt, die UN-Behindertenrechtskonvention für das Schulwesen berücksichtigt, die Entwicklung inklusiver Bildungsangebote fördert und weitere Innovationen auf den Weg bringen sollte. Dieser Gesetzentwurf fand in den Anhörungen relativ viel Interesse und Zuspruch, der Gesetzentwurf der Landesregierung stieß auf nicht unerhebliche Kritik aus unterschiedlicher politischer Richtung.

Sehr grob formuliert haben wir in Bezug auf die hier in Rede stehenden Prozesse immer zwei Dinge deutlich gemacht:
a) Wir unterstützen die Idee der Gemeinschaftsschule, wir begrüßen es, wenn sich viele Schulen auf den Weg begeben und eine innere Entwicklung einschlagen, die zu längerem gemeinsamen Lernen führt und durch differenzierte individuelle Förderung (Binnendifferenzierung), Nachteilsausgleich sowie praxis- und erfahrungsweltbezogene Bildungsangebote alle erreicht, annimmt

und für jede und jeden lohnende Bildungs- und Lebensperspektiven eröffnet; außerdem durch Bündelung der Kräfte und Schülerströme geeignet ist, den besonderen demografischen Bedingungen und der angespannten Personalsituation im Lande gerecht zu werden. Insofern haben wir uns auch immer dafür eingesetzt, dass in den Kommunen und Regionen solche Ansätze entwickelt werden und die Kommunalvertretungen diese Entwicklungen ermöglichen und aktiv mitgestalten.

b) Darüber hinaus haben wir aber auch deutlich gemacht, dass das, was administrativ zu den Gemeinschaftsschulen Sachsen-Anhalt im Gesetz bestimmt wird, nicht den Namen Gemeinschaftsschule verdient, insofern ist es Etikettenschwindel. Kreiert wird ein hohler Vogel, den die CDU gerade noch so mittragen konnte, weil er ungefährlich ist, im Notfall vor Ort verhindert werden kann und vor allem dem Gymnasium nichts Unerhörtes abverlangt oder es gar gefährden würde.

Auf diese Umstände will ich etwas näher eingehen, weil sie zugleich auf die »Bremsklötze« führen, die aus meiner Sicht hier lauern.

Zur Lage der Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt

- Die Gemeinschaftsschule beginnt mit dem 5. Schuljahrgang.

- »Der Unterricht in der Sekundarstufe I erfolgt in der Regel im Klassenverband und verzichtet weitgehend auf eine Unterscheidung nach Bildungsgängen.« Daraus ergeben sich zwar viele Freiheiten, aber abgesehen davon, dass unklar ist, was »Bildungsgänge« eigentlich sind – das Schulgesetz definiert den Begriff nicht näher, gebraucht ihn aber an manchen Stellen – bleiben mehr Fragen offen.

- Die Gemeinschaftsschule ermöglicht den Erwerb aller Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen. Für die Sekundarstufe I gelten die Bestimmungen der Sekundarschulen und für die Sekundarstufe II die des Gymnasiums. Das klingt zunächst plausibel. Doch man muss genauer hinschauen, was sich dahinter verbirgt, nämlich einige Probleme bei wirklich integrativen Bildungsangeboten.

- Die Gemeinschaftsschule braucht ein pädagogisches und organisatorisches Konzept, das auf der Analyse der konkreten Schulsituation aufbaut – das sollen zwar nach § 24 Abs. 4 Schulgesetz alle Schulen tun. Zwar gilt diese Regelung schon Jahre. Doch es ist nichts dagegen einzuwenden, dass es hier nochmals besonders betont wird. Da offenbar die ausführliche Beschreibung in § 24 nicht reicht, wird im Gemeinschaftsschulparagraph speziell für diese Schulform klargestellt, was in das Konzept gehört:

1. »Die pädagogische und organisatorische Ausgestaltung des auf eine Differenzierung nach Bildungsgängen verzichtenden Unterrichts.« Das ist in Ordnung.

2. Der »Zeitpunkt und die Formen äußerer Differenzierung«. Das lässt aufhorchen, sollte doch gerade auf die Differenzierung nach Bildungsgängen verzichtet werden. Immerhin bleibt aber der Zeitpunkt offen, was heißt, die Differenzierung könnte auch sehr spät einsetzen, z.B. bei der Einführungsphase zur gymnasialen Oberstufe.

3. »Die vorgesehene Ausbildungsdauer bis zum Abitur und praxisbezogene Angebote« – das ist in Ordnung.

4. Wenn die Gemeinschaftsschule keine eigene gymnasiale Oberstufe führt, müssen die Fragen der Kooperation mit einer anderen Schule mit vermerkt sein.

- Die Gemeinschaftsschule soll demnach einen klaren Weg zum Abitur anbieten. Grundsätzlich wird auch hier von einem 12-jährigen Abitur ausgegangen. Wenn ein Abitur nach 13 Jahren angeboten werden soll, aus welchen Gründen auch immer (etwa längeres gemeinsames Lernen, etwas abgemilderter Leistungsdruck oder zusätzliche Angebote etc.), dann reicht hier nicht die Genehmigung der obersten Schulbehörde, im Gegenteil: Es bedarf der Genehmigung der Landesregierung, eines Kabinettsbeschlusses.

- Die Gemeinschaftsschule muss wenigstens zweizügig sein – das ist ein positiver Punkt, damit auch auf dem Lande diese neue Schulform eine Chance hat.

- Es ist weiter beschrieben, wie Schulen sich zu einer Gemeinschaftsschule umwandeln können. Dazu bedarf es der Zustimmung der Schulträger und der Landkreise, die Genehmigung erfolgt durch die oberste Schulbehörde. Gleich mit geregelt ist, wie sie sich wieder auflösen kann.

- Und es sei noch auf einen recht seltsamen Punkt hingewiesen: Die Verordnungen zur Gemeinschaftsschule dürfen nur nach der »Herstellung des Benehmens« mit dem Bildungsausschuss des Landtages erlassen werden. »Benehmen« heißt aber nicht »Einvernehmen«, so sind wir zwar informiert und können diskutieren, aber nichts ändern. Wahrscheinlich war diese Regelung eine zahnlose Misstrauensbekundung der CDU, aus deren Reihen nach jeder solchen Runde verlautet wird: »zugestimmt hätte ich nicht«.

Unsere Kritiken an diesen Regelungen waren:

1. das Fehlen eines klaren integrativen Konzepts, dass das Profil dieser neuen Schulform bestimmt. So wird zunächst nur ein neuer Schultyp der bereits schon jetzt recht vielfältigen Schullandschaft in Deutschland hinzugefügt. Das, was beschrieben wird, kann bereits seit Jahren an den Integrierten Gesamtschulen geschehen und geschieht auch. Selbst sehr gute Sekundarschulen (wie die Gutenberg-Schule in Wolmirstedt oder die Schweitzer-Schule in Aschersleben) zeigen, dass sie ganz ähnliche Entwicklungswege eingeschlagen haben, auch ohne diesen neuen Namen, und

2. es gibt zahlreiche Schlupflöcher, die es gestatten, alle erwarteten und vielleicht auch tatsächlichen Vergünstigungen für die neue Schulform abzuschöpfen oder allein Standorte zu erhalten, sonst aber nichts zu tun, was die Schule verändert.

Auch deshalb haben wir den Begriff ‚Etikettenschwindel' gebraucht und sprechen von vertanen Chancen, die bestanden hätten, wenn die SPD eine Koalition mit uns eingegangen wäre. Ungeachtet dessen: Mit diesen Regelungen können sich Schulen auf den Weg begeben und zu hoffnungsvollen Ufern streben. Sie können die integrierende Funktion des längeren gemeinsamen Lernens gestal-

ten und Entwicklungen zu inklusiven Bildungsangeboten voranbringen und dabei auch in der Fläche attraktive und leistungsfähige Schulen sein, die alle Abschlüsse bieten.

Die Bremsklötze entstehen aber vor allem durch die Verordnungen zur Gemeinschaftsschule:
1. Die Gemeinschaftsschulen dürfen keine anderen Schulstandorte gefährden und in der Regel kein Gymnasium ersetzen (eine Sekundarschule schon). Diese Regelung ist in § 64 Abs. 2a Schulgesetz eingefügt und durch eine Protokollnotiz des Fachausschusses zur Beschlussempfehlung des Gesetzes – ein Konstrukt mit vielen Fragezeichen – untersetzt.

Wenn man annimmt, dass die neue Schule attraktiv ist, besteht häufig eine Konkurrenzsituation, die auf dieser Rechtsgrundlage zum Versagen der Genehmigung durch den Träger der Schulentwicklungsplanung führen kann. Lediglich in sehr dünnbesiedelten Regionen ist im Text ausgeschlossen worden, dass ein Gymnasium weiter vorgehalten werden muss.

2. Die Gemeinschaftsschulverordnung schränkt die Regelungen im Schulgesetz, die noch weitgehend offen sind, erheblich ein. Abgesehen davon, dass diese Verordnung extrem unhandlich und schwer zu verstehen ist, legt sie den Schulen eine äußere Differenzierung nahe, die der der Sekundarschulen sehr ähnelt. Dies wird u.a. damit begründet, dass die Abschlussregelungen der Sekundarschule gelten (siehe oben).

In der Gemeinschaftsschulverordnung findet man Formulierungen, wie: »Differenzierungsangebote erfolgen ohne Einordnung der Schülerinnen und Schüler in Bildungsgänge. Abschlussorientierte Differenzierungsangebote bereiten die Schülerinnen und Schüler auf den Unterricht auf den abschlussbezogenen Anspruchsebenen vor, ohne sie in Bildungsgänge einzuordnen. Abschlussbezogene Differenzierung erfolgt strukturiert nach Anspruchsebenen, wobei die Schülerin oder der Schüler eindeutig in einen abschlussbezogenen Unterricht eingeordnet wird.« – Kein Kommentar. Bei der Sekundarschule wird das einfacher beschrieben: Es gibt dort hauptschulabschluss- und realschulabschlussorientierte Klassen.

3. Die Freiheit, die das Gesetz selbst noch lässt, nämlich über den Zeitpunkt der äußeren Differenzierung an der Schule entscheiden zu können, wird ebenfalls unterlaufen. Es gilt nach der VO:

- Die Klassen 5 und 6 werden mit für alle gleich verpflichtenden Lerninhalten geführt – das gilt aber für alle Schulformen in Sachsen-Anhalt sowieso.

- In den Klassen 7 und 8 soll grundsätzlich für alle auf Realschulabschlussniveau unterrichtet werden. Der Grundsatz wird aber von der VO selbst durchbrochen, etwa wenn es Schülerinnen und Schüler gibt, denen man lediglich den Hauptschulabschluss zutraut, muss für sie auch schon in 7 und 8 hauptschulabschlussorientiert unterrichtet werden. Diesem Unterricht wird man durch seine Schulergebnisse oder auf Antrag der Eltern zugeordnet. Man kann auch aufsteigen, und zwar auf Antrag der Eltern und wenn die Leistungen stimmen.

(Nur zur Vollständigkeit: Für die Versetzung gelten die Regelungen, die auch für Sekundarschulen zutreffen. Die Gesamtkonferenz kann beschließen – bei Vorlage eines entsprechenden Konzepts – im 5. und 7. Schuljahrgang auf die Versetzung zu verzichten, das könnte sie im Grunde an jeder Sekundarschule auch. Für die Abschlüsse und für den Wechsel zwischen den Schulformen gelten ebenfalls die sonst üblichen Regelungen.)

Zu den zentralen Bremsklötzen:
Bremsklotz 1 entsteht wohl – wenigstens als Gefahr – immer, wenn eine Schulreform über neue Schulformen gestaltet wird, die neben den bestehenden eingeführt werden. Um dem zu entgehen, müsste man administrativ gegensteuern und die Fähigkeit, tradierte Schulformen zu ersetzen, ausdrücklich in die gesetzlichen Regelungen aufnehmen. Aber selbst dann bleibt die Gefahr, wenn die Träger der Schulnetzplanung (in Sachsen-Anhalt die Landkreise und kreisfreien Städte) gegenüber den neuen Schulen skeptisch sind, dass sie nicht bereit sein werden, andere Standorte zu opfern und dann ihr Einverständnis nicht geben. Dem könnte man dann nur noch begegnen, wenn man die Schulnetzplanung auch noch auf die Ebene des Landes zöge und dort über sichere Mehrheiten verfügte. Ich persönlich würde einen solchen Entwicklungspfad auch wegen grundsätzlichen Erwägungen zur Stärkung der Demokratie vor Ort ablehnen.

Bremsklotz 2: Da schimmert wohl die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) über die Abschlüsse der Sekundarstufe I durch, die bestimmte Differenzierungen festlegt. Wer die äußere Differenzierung oder Gliederung will, findet dort immer Argumente. Meines Erachtens sind sie aber nicht schlagend. Die KMK kennt viele Ausnahmen und letztlich kann jedes Land mindestens den Versuch unternehmen, seine beabsichtigten Regelungen anerkennen zu lassen. Erst wenn das gescheitert ist und die Anerkennung der Abschlüsse wirklich gefährdet wäre, ist adäquat zu reagieren. Eine äußere Differenzierung, die noch hinter die Regelungen der Integrierten Gesamtschulen zurückgeht, ist aber in keinem Falle notwendig.

Soweit eine Übersicht zur Lage bei den Gemeinschaftsschulen in Sachsen-Anhalt.

Sie bleibt theoretisch, weil es noch nicht eine einzige solche Schule gibt und geben kann. Das Kultusministerium spricht derzeit von 8 Bewerbungen, die Namen der Schulen werden noch vertraulich behandelt. In Frage kommen alle ca. 165 Sekundarschulen und 69 Gymnasien und selbstverständlich auch die 5 Gesamtschulen (Schulzahlen für Sachsen-Anhalt insgesamt).

Die Anträge werden wir nach Möglichkeit unterstützen, innovative Entwicklungen an diesen Schulen, wie an anderen natürlich auch, aufmerksam und solidarisch verfolgen, um daraus zu lernen und die Machbarkeit längeren gemeinsamen Lernens auch zu propagieren.

(*Aus Zeitgründen wurde dieser Vortrag auf der Konferenz nicht gehalten.)

Offene Diskussionsrunde: Geht Gemeinschaftsschule überall? (Auszüge)

Referentinnen und Referenten
Regina Kittler, *MdA, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Berlin;*

Dirk Möller, *MdL, schulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE Thüringen;*

Gerrit Große, *MdL, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Brandenburg;*

Peter Joseph, *wiss. Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE Sachsen-Anhalt;*

Erhard Korn, *Schulleiter, Vors. der Fachgruppe Haupt- und Werkrealschulen der GEW Baden-Württemberg*

Wie steht es um eine bessere Tarifierung für die GemeinschaftsschullehrerInnen?
Regina Kittler DIE LINKE ist die einzige Fraktion, die im Berliner Abgeordnetenhaus entsprechende parlamentarische Initiativen zur Verbesserung dazu eingebracht hat. Wir sind der Meinung, dass die Arbeitszeit einer Lehrkraft nicht nur mit dem direkten Unterricht verbunden werden darf, sondern dass Lehrerinnen und Lehrer heutzutage viel mehr Aufgaben zu erfüllen, dafür aber zu wenig Zeit haben. Deshalb haben wir z.B. für alle Lehrerinnen und Lehrer einen vollen Ausgleich gefordert, wenn das Modell Arbeitszeitkonten abgeschafft werden soll. Im Abgeordnetenhaus stießen wir auch die Debatte an, wie die Arbeitszeit, die die Lehrkräfte mit Schülerinnen und Schülern sowie Eltern verbringen, als anrechenbare Arbeitszeit geltend gemacht werden kann. Leider haben wir in Berlin das Problem, dass die derzeitigen Koalitionsfraktionen diese sinnvollen und notwendigen parlamentarischen Initiativen ablehnen. Wir haben in der vorigen Haushaltsdebatte für die Gemeinschaftsschule mehr Mittel beantragt. Das waren drei Millionen Euro zusätzlich, um z.B. mehr Fortbildungsmaßnahmen anbieten zu können, aber auch um die Gemeinschaftsschule weiter fördern zu können. Wir werden auch in den kommenden Haushaltsberatungen auf die notwendigen zusätzlichen Mittel drängen. Wir haben versucht, die Gemeinschaftsschule als Regelschule einzurichten. Doch bisher sind die Widerstände zu groß.

Zudem fordern wir, dass es endlich eine Tarifvereinbarung für angestellte Lehrerinnen und Lehrer gibt, die die derzeit bestehenden Nachteile gegenüber ihrer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ausgleicht. Zudem drängen wir auf eine Veränderung des Dienstrechtes für angestellte Lehrerinnen und Lehrer. Doch die Koalition verschiebt die Behandlung dieser wichtigen Themen immer weiter nach hinten. Deshalb ist der Druck von außen, insbesondere seitens der GEW, sehr wichtig.

In Thüringen hat DIE LINKE versucht, Gemeinschaftsschulen einzuführen. Selbst als Landrätin konnte sich z.B. Michaele Sojka (DIE LINKE) im Kreistag Altenburger Land jedoch nicht durchsetzen. Welche Entwicklungen gibt es derzeit in Thüringen?
Dirk Möller In Thüringen gibt es von der CDU ein Gegenprojekt zur Gemeinschaftsschule: die sog. Oberschule. Dahinter steckt jedoch nur der Versuch, die Regelschule qualitativ aufzuwerten und als Gegenpunkt zur Gemeinschaftsschule zu installieren. Es hängt viel von den politischen Mehrheiten in den Lokalparlamenten ab. Doch die Ablehnung der Gemeinschaftsschule hat etwas mit dem Festhalten

Podium *Dirk Möller, Erhard Korn, Gerrit Große, Regina Kittler, Peter Joseph*

an ideologischen Weltbildern zu tun. Ein Beispiel: Auf Initiative der GRÜNEN gab es in einer der letzten Plenarsitzungen im Landtag eine Debatte um das Abschaffen des Sitzenbleibens. Am Ende reduzierte sich die Diskussion auf die Frage eines CDU-Abgeordneten nach der Abschaffung des Leistungswillens. Es ging letztlich nicht mehr um Bildungsinhalte oder das Lernen der Schülerinnen und Schüler, sondern Weltbilder wurden vor sich hergetragen. Bildungspolitik, Bildungsreformen oder Reformpädagogik spielen in solchen Debatten keine Rolle mehr.

Man könnte meinen, mit einem Ministerpräsidenten von den GRÜNEN kommt Bewegung in die Bildungspolitik? Wie ist es derzeit um die Bildungspolitik in Ihrem Bundesland bestellt?

Erhard Korn Baden-Württemberg erlebt in der Bildungspolitik gegenwärtig einen völligen Erdrutsch. In unserem Bundesland regiert seit sechzig Jahren die CDU und wir haben ein klassisches dreigliedriges Schulsystem, wobei die Hauptschulen (in der Regel heißen diese Werkrealschulen) dabei zunehmend an Boden verlieren. Durch die Einführung des Elternwahlrechts bei der Entscheidung der weiterführenden Schulform ihrer Kinder gehen immer weniger an diese Schulform. Innerhalb von anderthalb Jahren sind an diesen Schulen die Schülerzahlen um zwei Drittel zurückgegangen. Von den einst 1200 Hauptschulen gibt es derzeit noch 800. In den kommenden Jahren wird sich diese Anzahl weiter drastisch minimieren. Die Konsequenz aus diesem Erdrutsch: alle Hauptschulen versuchen über das Modell Gemeinschaftsschule ihren Schulstandort zu retten. Das heißt, die Gemeinschaftsschule wird nicht aus pädagogischen Gesichtspunkten eingeführt, sondern in erster Linie von den Gemeinden favorisiert, um den Schulstandort zu erhalten. Dem entspricht auch die Grundrichtung der neuen Landesregierung. Sie sagt, es wird keine Schulreform geben, sondern vegetative Schulentwicklung, was heißt, sie überlassen der Fläche alle Entscheidungen. Im Prinzip sind alle Entscheidungen betreffend der Schulstandorte an die Gemeinde- und Landkreisebene abgegeben worden. In der Konsequenz haben wir jetzt etwa vierzig Gemeinschaftsschulen. Im nächsten Jahr werden weitere achtzig Gemeinschaftsschulen dazukommen. Innerhalb von zwei bis drei Jahren wird in Baden-Württemberg, das gesamte Schulsystem, was die Hauptschulen angeht, sich Richtung Gemeinschaftsschulen entwickeln. Gleichzeitig haben wir jedoch das Problem, dass so gut wie keine Realschule diesen Weg geht. Damit entsteht die große Gefahr, dass Gemeinschaftsschule in vielen Ländern in Zukunft in ein Gleis hineingerät, wo sie als Nachfolger der Hauptschule ebenso wie diese zu einer Verliererschule wird. Für DIE LINKE auf Landesebene und auch für die GEW ist die entscheidende Frage: Wie kann man verhindern, dass die Gemeinschaftsschule, die von uns allen gewollt wird, nicht einfach in die Nachfolge der Hauptschulen tritt? Die GEW Baden-Württemberg hat eine wissenschaftliche Untersuchung zu Gemeinschaftsschulen (Bohl, T./ Meissner, S. [Hrsg.; 2013]: Expertise Gemeinschaftsschule. Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen für Baden-Württemberg. Weinheim und Basel: Beltz) mitfinanziert, die Torsten Bohl von der Universität Tübingen und weitere renommierte Forscher durchführten. Sie kamen zu folgendem zentralen Ergebnis: Gemeinschaftsschule kann nur dann funktionieren, wenn sie eine ausgewogene Schülerzusammensetzung hat. Das Ergebnis lehrt uns auch, dass eine Gemeinschaftsschule nur dann funktioniert, wenn weniger gute Schüler von den besseren Schülern profitieren können.

Ein weiteres Ergebnis ist sehr interessant: Die Tübinger Universität untersuchte gemeinsam mit der Tübinger Schule das Lernverhalten von Schülerinnen und Schülern. Dabei kam heraus, dass Hauptschüler im Durchschnitt 19 Prozent in der Unterrichtszeit effektiv arbeiten, die Gymnasiasten hingegen 60 Prozent. Es wurden die Lernmethoden weiterentwickelt mit dem Effekt, dass bei der Untersuchung im gemeinsamen Unterricht die effektive Arbeitszeit bei den Hauptschülern auf 60 Prozent anstieg, bei den Gymnasiasten auf 84 Prozent. Daraus ergibt sich aus meiner Sicht die zentrale politische Aufgabe, diese Reform konsequent weiter voranzutreiben, indem das Gymnasium und ihre Schülerschaft konsequent mit in diese Entwicklung einbezogen werden.

***Moderator** Steffen Twardowski*

In Brandenburg haben wir eine rot-rote Koalition. Wie ist es dort um die Gemeinschaftsschule bzw. um die Schulpolitik bestellt?

Gerrit Große Die SPD sträubt sich dagegen, auch wenn sie es in der Öffentlichkeit vielleicht anders darstellt. Brandenburg hatte in einem Zeitraum von zehn Jahren 17 Schulgesetznovellen. Wir haben 400 Schulstandorte verloren. Bei den Turbulenzen war es zunächst unser Ziel, die vorhandenen Ressourcen zu stärken und Voraussetzungen für Gemeinschaftsschulen schaffen.

Es ist in der Fläche unendlich viel schwieriger Gemeinschaftsschulen zu schaffen. Wir brauchen

ein Gemeinschaftsschulmodell, was Kindern nicht unzumutbare Schulwege aufbürdet. Wir haben 40 Schulen, zum Teil Grundschulen, die insgesamt nur 40 Schülerinnen und Schüler haben. Alle Gymnasien in der Fläche sind zweizügig. Da erscheint Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 13 zunächst schwierig. Das müssen wir bei der Konzeption immer mit bedenken. Im Speckgürtel von Berlin gestaltet sich die Entwicklung wesentlich positiver. Dort haben wir viele Gesamtschulen, die gute Arbeit leisten.

Wie sehen die Ausgangslagen für die Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt aus?
Peter Joseph Ähnlich wie in Brandenburg, allerdings fordert derzeit keine der im Landesparlament vertretenen Parteien eine Einführung der Gemeinschafsschule von Klasse 1 bis 13. Das Grundschulnetz bleibt in allen derzeit aktuellen politischen Konzepten unberührt. An etwa 75 Grundschulen werden nicht mehr als 40 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Wir werden in den kommenden Jahren ein erhebliches Defizit an Lehrkräften haben. Die Ursachen für diesen Lehrermangel liegen in der Alterspyramide, aber auch in der Sparpolitik der derzeitigen Landesregierung. Für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen bedarf es jedoch eines zusätzlichen Lehrpersonals.

Wie kann es gelingen, die Erfolge des Berliner Schulversuchs auch in der Fläche zu erreichen?
Regina Kittler Die Schule muss sich im Inneren verändern. Und das geht auch in den Flächenländern. Wir müssen Kooperationsmodelle zwischen Schulen weiterentwickeln. Wir müssen darüber hinaus Eltern und Lehrkräfte vom Gemeinschaftsschulmodell überzeugen, damit sie mit uns gemeinsam vor Ort um die Einrichtung einer solchen Schule kämpfen. Wir müssen mehr finanzielle Mittel fordern und die Rahmenbedingungen vor Ort schaffen.

Dirk Möller Das, was die Gemeinschaftsschule braucht, ist Zeit, damit sich die gute Botschaft herumsprechen kann. In Thüringen gibt es leider keine wissenschaftliche Begleitung. Wir brauchen wissenschaftlich fundierte Ergebnisse, die bescheinigen, dass das Gemeinschaftsschulmodell das Modell der Zukunft ist. Darüber könnte der ideologische Streit endlich versachlicht werden. Zudem müssen wir das Schulsystem personell ausreichend ausstatten. Wir haben in Thüringen die Situation, dass über viele Jahre keine neuen Lehrkräfte in das Schulsystem hineingekommen sind. Doch darin liegt eine wesentliche Voraussetzung.

v.l.n.r. Adelaide Grützner, Rosemarie Hein, Peter Joseph, Elke Brosow

Gerrit Große Natürlich wollen wir die Gemeinschaftsschule. Es muss allerdings für die Fläche nach anderen Umsetzungsmöglichkeiten gesucht werden. Das Berliner Modell muss nicht übertragen, sondern übersetzt werden. Wir sind auch bei der Inklusion schon sehr weit gekommen, so gehen in Brandenburg bereits vierzig Prozent der Kinder mit Förderbedarf in die Regelschulen. Ich verweise auf den Satz von Steffen Zillich: Wir müssen so viel Gemeinschaftsschule wie möglich in jede Schule integrieren. Wir haben in dieser Legislaturperiode 2000 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Die SPD wollte dagegen nur 1250 Lehrkräfte einstellen.

Erhard Korn Die Veränderung der Schülerzusammensetzung und der Schülerströme in Richtung Gymnasium und insbesondere durch die Verkürzung der Schulzeit von G9 zu G8 haben zu massiven Eltern- und Schülerprotesten geführt. Daher ist die Bereitschaft bei Eltern, ein Schulmodell zu akzeptieren, bei dem anders, reformpädagogisch gearbeitet wird, sehr hoch. Die Eltern sind sehr geneigt, Gemeinschaftsschulmodelle mit zu unterstützen. Es gibt dabei eine Bedingung: die Option eines Abiturs. Gemeinschaftsschule wird nur funktionieren, wenn sie diese Option verlässlich bietet. Bei uns kommt der Wunsch, eine Gemeinschaftsschule zu errichten, aus den ländlichen Regionen, in kleinen Gemeinden. Wir müssen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen ausbauen und weiterentwickeln. Wir müssen vermitteln, dass die Kinder gut unterstützt werden auf ihrem Bildungsweg mit einer Option hin zu einem guten Schulabschluss.

Der Bund muss sich endlich in der Verantwortung sehen, z.B. die Ausstattung von Ganztagsschulen mitzufinanzieren. Eltern verstehen nicht, warum sich die Bundesebene gerade bei solch einem wichtigen Thema wie Bildung heraushält.

Peter Joseph Bei dem Gemeinschaftsschulmodell geht es um die Gemeinsamkeit. Dieses Kriterium muss für Schulentwicklung ausschlaggebend werden. Die zunehmende Heterogenität muss als Reichtum, nicht als Gegenstand des Überwindens und des Gleichmachens verstanden werden. In der Gemeinschaftsschule sollen Kinder gefördert und als Partner angesehen und nicht geformt werden. Für unser politisches Konzept ist es wichtig, dass Bildungsprozesse ganz eng verknüpft werden mit den unterschiedlichen Erfahrungswelten der Schülerinnen und Schüler und mit dem Umfeld, in dem sie leben.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Erwartungen an die Politik

Rosemarie Hein, Silke Michels

- Die wissenschaftlichen Befunde bestätigen das Gemeinschaftsschulmodell. Der Gemeinschaftsschule gelingt es, den Bildungserfolg von der sozialen Lage zu entkoppeln.

- Die aussortierende Vielgliedrigkeit im Schulsystem muss abgeschafft werden. Die Gemeinschaftsschule soll flächendeckend eingeführt und zur Regelschule werden. Daraus ergibt sich ein Rechtsanspruch. Jedem, der auf eine Gemeinschaftsschule möchte, muss ein Platz garantiert sein.

- Es muss als erster Schritt mehr Gemeinschaftsschule in jede Schule. Wir wollen Vielfalt ermöglichen, Individualität schätzen und Gemeinschaftlichkeit stärken. Das erfordert grundlegende Änderungen im Schulsystem. Eine Gemeinschaftsschule ist eine veränderte Schulform in Inhalt, Struktur, Lernmethodik und Lernqualität.

- Wir müssen den Paradigmenwechsel in der Lernkultur hin zu einer modernen Lernkultur vorantreiben. Beispiele für diesen Paradigmenwechsel sind: Weg von der Lehrerorientierung hin zur Schülerorientierung; nicht Belehren, sondern individuelles Lernen-Wollen. Lernberatung statt Wissensvermittlung; Inklusion statt Exklusion; nicht Faktenwissen benoten, sondern Kompetenzen feststellen; eine veränderte Rolle von Lehrenden.

- Wir müssen die Selbstbestimmung der Schülerinnen und Schüler stärken. Neben flexiblen Lerneingangs- und -ausgangsphasen bietet das jahrgangsübergreifende Lernen (JÜL) eine Möglichkeit dafür. Schülerinnen und Schüler sollen innerhalb eines bestimmten Rahmens die Möglichkeit haben, ihre Lernschwerpunkte selbst zu setzen, an bestimmten Schwerpunkten zu arbeiten, die sie interessieren.

- Bildungsprozesse müssen ganz eng verknüpft werden mit den unterschiedlichen Erfahrungswelten der Schülerinnen und Schüler und mit der Welt, in der sie leben.

- Die äußere Fachleistungsdifferenzierung muss abgeschafft werden. Sie ist kontraproduktiv für eine moderne Lehr- und Lernkultur.

- Wir müssen Hemmnisse in der Verwaltung und Fehler in der Kultusbürokratie ausräumen, z.B. gliedernde oder andere kontraproduktive Vorgaben, Verordnungen etc.

- Die unterschiedlichen Bedingungen in den Städten und auf dem Land müssen stets berücksichtigt werden bei der Entwicklung von Gemeinschaftsschulen. Es bedarf durch die unterschiedlichen Voraussetzungen auch unterschiedlicher Wege für das gleiche Ziel. Es muss für die Fläche nach Umsetzungsmöglichkeiten gesucht werden. Das Berliner Modell soll nicht übertragen, sondern übersetzt werden.

- Wir brauchen eine regionale Schulentwicklungsplanung, um ein wohnortnahes Schulangebot sicherzustellen.

- Schulstandorterhaltung darf nicht als einzige Begründung für die Einrichtung von Gemeinschafsschulen gelten. Mit Gemeinschaftsschulen verbinden wir stets das pädagogische Konzept.

- Kooperationsmodelle zwischen Schulen müssen weiterentwickelt werden. Wir brauchen mehr finanzielle Mittel und die Rahmenbedingungen vor Ort.

- Der in der Schulpolitik oft geführte ideologische Streit muss endlich versachlicht und wissenschaftliche Ergebnisse anerkannt werden.

- Wir müssen überall, wo es uns möglich ist, für eine bedarfsgerechte Ausstattung (personell, sächlich, räumlich, Mensa) der Schulen kämpfen. Moderne Lernformen brauchen neue Zeit- und Raumkonzepte. Gemeinschaftsschulen sind Ganztagsschulen und brauchen dafür eine entsprechende Rahmenbedingungen.

- Das unsägliche Kooperationsverbot, welches per Gesetz die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung derzeit untersagt, muss dringend, und zwar für alle Bildungsbereiche aufgehoben werden und wir brauchen eine Verankerung der Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz. Der Bund darf sich nicht weiter aus der Verantwortung in der Bildung stehlen.

- Wir brauchen ein Bundesprogramm zur Umsetzung von Inklusion in der Bildung, damit u.a. ausreichend finanzielle Mittel dafür zur Verfügung stehen. Inklusion darf nicht als Sparmodell missbraucht werden und zu Lasten der Schülerinnen und Schüler sowie des Lehrpersonals gehen.

- Wir brauchen eine bessere Lehreraus- und -weiterbildung: Sie muss sich qualitativ und quantitativ ändern. Zudem dürfen wir keine Kürzungen für Fortbildungen hinnehmen.

- Wir dürfen Lehrerinnen und Lehrer nicht allein lassen. Die gleichzeitige Einführung neuer Lernkonzepte und des Ganztagsbetriebs darf nicht zu ihren Lasten gehen. Dafür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

- Wir brauchen eine Tarifvereinbarung für angestellte Lehrerinnen und Lehrer, die die derzeit bestehenden Nachteile gegenüber ihrer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ausgleicht. Zudem drängen wir auf eine Veränderung des Dienstrechtes für angestellte Lehrerinnen und Lehrer. Es müssen ständige Unterstützungs- und Problemlösungssysteme geschaffen werden.

- Wir müssen eine dauerhafte wissenschaftliche Begleitung im Prozess der Entstehung von Gemeinschaftsschulen einfordern, und zwar von der Grundschule an.

- Wir brauchen multiprofessionelle Teams. Dazu zählt auch die Schulsozialarbeit. Diese muss dauerhaft finanziert sein.

- Wir müssen dringend die Vorzüge der Gemeinschaftsschule bekannt machen. Wir müssen Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen vom Gemeinschaftsschulmodell überzeugen, damit sie mit uns gemeinsam vor Ort um die Einrichtung einer solchen Schule kämpfen. Wir müssen politischen Druck machen, damit diese Entwicklung weiterhin unterstützt wird und die Potenziale, die darin stecken, tatsächlich weiterentwickelt werden können.

Weitere Diskussionsbeiträge: »Schulreform im Angebot«

Erhard Korn, *Schulleiter, Vorsitzender der Fachgruppe Haupt-und Werkrealschulen der GEW Baden-Württemberg (5.6.2012)*

Rot-Grün führt in Baden-Württemberg die Gemeinschaftsschule ein

Als vorletztes Bundesland verabschiedet sich Baden-Württemberg seit diesem Schuljahr von der strikten Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach Klasse 4 in drei hierarchisch nach angeblichen Begabungen gegliederte Schularten. An 34 Schulen startete die neue Schulart mit Klasse 5 und wird fortgeführt bis Klasse 10. Diese Starterschulen sollen als »Leuchttürme für ein längeres gemeinsames Lernen« werben. Entsprechend gab es eine Vorauswahl unter den 50 Bewerbern, um pädagogisch innovative Schulen zu finden, die individuelle Förderung besonders intensiv betreiben. Für das Schuljahr 2013/14 wurden 87 neue Standorte genehmigt, davon sind allerdings 83 ehemalige Hauptschulen/Werkrealschulen. Große Ausnahme in diesem Kreis ist die Tübinger Geschwister-Scholl-Schule, die aus einer ehemaligen Gesamtschule entstanden ist und auch eine gymnasiale Oberstufe führt. Kriterium war, neben einem an individueller Förderung ausgerichteten Konzept, vor allem eine stabile Zweizügigkeit der Eingangsklassen mit 40 Schülerinnen und Schülern.

Konzept

Die Gemeinschaftsschule verzichtet in den Klassen 5 bis 10 auf die Trennung nach Schularten, eine Grundschule oder eine gymnasiale Oberstufe können angegliedert werden. »Wir machen keine Schulreform, wir machen nur Angebote«, ist allerdings die Leitlinie des Ministeriums.

Gemeinschaftsschulen müssen mit Lehrkräften aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium arbeiten und auch die Bildungsstandards der drei Schularten berücksichtigen. Viele orientieren sich an den Ideen des Schweizer Schulreformers Peter Fratton, der sein Konzept eines autonomen Lernens und der Orientierung an Kompetenzrastern in der Künzelsauer Privat-Gemeinschaftsschule des Schraubenkönigs Würth umsetzen durfte.

Bis 2015 soll ein neuer gemeinsamer Bildungsplan für alle Schularten entstehen, der dann Kompetenzraster auf drei den Schularten entsprechenden Niveaus formuliert. Bisher muss jede Schule diese für sich entwerfen. Überstunden und Ferienarbeit sind für die Starterschulen eine Selbstverständlichkeit, Unterstützung bekamen sie nur durch Kooperation und Vernetzung. Auf Grundlage der Kompetenzraster sollen die Schulen dann Lernaufgaben oder »Lernjobs« ebenfalls auf unterschiedlichen Anforderungsstufen erarbeiten. Sobald die »Lernpartner« glauben, eine Kompetenz zu beherrschen, können sie eine Lernkontrolle absolvieren und dann zum nächsten Bereich oder auf dem höheren Niveau fortfahren. Ihr Niveau wählen die Schülerinnen und Schüler nach Beratung selbst. Sie sollen so den Lernprozess weitgehend selbst planen, gestalten und verantworten. Als Hilfe dienen individuelle »Lerntagebücher«, die Grundlage der wöchentlichen Planungsgespräche sind und über die auch die Eltern ständig über den Leistungsstand informiert werden. Die Lehrkräfte sollen sich zu »Lernbegleitern« entwickeln, die zwar noch »Inputs« geben können, aber ansonsten stärker in der Rolle von Beratern sind.

Noten soll es an Gemeinschaftsschulen zunächst nur auf Anforderung der Eltern geben; diese Vorgaben führt allerdings dazu, dass die Schulen Systeme entwickelt haben, wie sich die Farbpunkte, mit denen die Schüler auf den Kompetenzrastern erledigte »Jobs« markieren, schnell in Noten umgerechnet werden können. Sitzenbleiben soll durch Förderung überflüssig werden.

Solche Lernformen benötigen eigentlich auch neue Zeit- und Raumkonzepte, statt Klassenzimmern Einzel- oder Partnerarbeitsplätze in »Lernateliers«, in denen während der (meist Doppelstunden) des »individuellen Arbeitens« nur geflüstert werden darf, Räume für Inputs – oft im Stehen – oder Gruppenprozesse. Oft aber müssen Gänge oder Abstellräume mobilisiert werden.

Die Ausstattung der Gemeinschaftsschulen ist mit einem Klassenteiler von 28 (statt30) nur geringfügig besser, die zusätzliche Stundenzuweisung liegt mit zwei Stunden pro Lerngruppe (=Klasse) unter der Hauptschule, ist aber besser als an den Realschulen. Alle Lehrkräfte unterrichten die gleiche Stundenzahl von 27, was für Gymnasiallehrkräfte eine erhebliche Verschlechterung bedeutet und im Grunde festschreibt, dass kein Gymnasium jemals Gemeinschaftsschule werden will, und werden entsprechend ihrer bisherigen Eingruppierung bezahlt.

Da Gemeinschaftsschulen als verpflichtende Ganztagesschule geführt werden müssen, bedarf es einer entsprechenden Ausstattung mit Mensa und kommunalem Betreuungspersonal.

Die Verpflichtung zur Ganztageschule stößt bei vielen Eltern von Gymnasiasten und Realschülern auf große Vorbehalte und führt, wie in Esslingen, das die Realschulen in die Gemeinschaftsschulplanung einbeziehen will, zu öffentlichen Protesten. Nicht ganz zu Unrecht wird von Kollegien angesichts fehlender Unterstützung durch die gleichzeitige Einführung völlig neuer Lernkonzepte und des Ganztagesbetriebs eine Überforderung befürchtet.

Schulstandorte – Hauptschulen kollabieren

Vor allem für die Gemeinden als Schulträger dürfte es weniger wichtig sein, dass Schüler jetzt Lernpartner heißen. Bei ihrer Entscheidung, eine Gemeinschaftsschule zu beantragen, steht das Motiv des Standorterhalts an erster Stelle. Mit einem Umbau der Hauptschule zur zehnjährigen Werkrealschule hatte die Vorgängerregierung unter Stefan Mappus (CDU) die Hauptschule ohne Erfolg zu stärken versucht. Nach der Freigabe der Schulwahl nach Klasse 4 sind die Übergange auf die Hauptschule innerhalb von zwei Jahren auf ein Drittel zurückgegangen und dürften weiter sinken. Der Großteil der (von 1.200) übriggebliebenen 800 Werkrealschulen steht vor der Schließung. Damit aber würde auch das traditionelle wohnortnahe Netz weiterführender Schulen entfallen und auf dem Land gäbe es keine weiterführenden Schulen mehr.

Dringend fordern die Gemeinden daher eine regionale Schulentwicklungsplanung, durch die ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden soll. Hierzu allerdings will die Landesregierung nur vage Vorgaben bezüglich der Größe der Eingangsklassen machen und die Entscheidungen an Landkreis und Gemeinden delegieren, die zur Absprache verpflichtet werden. Die Existenz von Realschulen und Gymnasien dagegen wurde garantiert. Obwohl insbesondere Ministerpräsident Winfried Kretschmann (GRÜNE) ein zweigliedriges Schulsystem ankündigt, steht die neue Gemeinschaftsschule faktisch als fünfte Schulart neben Förder-, Haupt- und Realschulen und den Gymnasien. Hinzu kommt das im Ländle breit ausgebaute System beruflicher Vollzeitschulen, die quasi eine Oberstufe der Realschulen bilden und über 40% der Hochschulberechtigungen vergeben. Die GEW kritisiert zu Recht, dass sich die Schullandschaft noch mehr zerklüftet und damit zwangsläufig auch höhere Kosten verursacht.

Der Philologenverband mobilisiert massiv gegen die Gemeinschaftsschule und hat bei Kretschmann nicht nur eine Bestandsgarantie, sondern auch das Zugeständnis erreicht, dass neben dem Bildungsplan für alle Schularten ein zusätzlicher für das Gymnasium geschrieben wird. Die Gymnasien setzen auf eine Parallelführung von G8 und G9, die für 44 Schulen landesweit gleichzeitig zur Einführung der Gemeinschaftsschule zugelassen wird. Vor allem in der GEW wird dies scharf kritisiert, da so eine Konkurrenz für die Gemeinschaftsschulen geschaffen und das Schulwesen noch unübersichtlicher werde. Da bisher nur etwa 10% der Gymnasien G9 anbieten dürfen, zeigen sich wiederum viele Eltern enttäuscht, die von der Verlängerung der Gymnasialzeit eine Verringerung des Drucks erhofft hatten und nun die SPD an ihre Wahlversprechen erinnern. Die SPD wiederum will sich erklärtermaßen profilieren als Partei des sozialen Aufstiegs durch Bildung, die mit G9 auch schwächeren Schülern den Zugang zum Gymnasium öffnet.

An den Realschulen herrscht Verunsicherung vor, da sie zum einen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium verlieren, zum anderen Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung aufnehmen müssen.

Schuldenbremse als Bildungsbremse

Im Gegensatz zum Beamtenbund wurde Ministerpräsident Kretschmann im April 2012 bei der Landesdelegiertenversammlung der GEW in Sindelfingen noch freundlich beklatscht, als er sich für eine verbesserte frühkindliche Bildung, für mehr Gemeinschaftsschulen und eine Entkopplung des Bildungserfolg von der sozialen Herkunft aussprach. Nach seiner Ankündigung, bis 2020 nicht nur die Anfangsgehälter für vier Jahre abzusenken und Zahnersatzleistungen zu kürzen, sondern zur Einhaltung der gesetzlichen Schuldenbremse 11.600 Lehrerstellen zu streichen, könnte er heute kaum noch mit Wohlwollen rechnen. Die GEW-Vorsitzende kommentierte Kretschmanns Vorstoß mit den Worten, wenn dies umgesetzt würde, sei die »Bildungspolitik der Landesregierung am Ende, bevor sie begonnen hat«. Auch der Rücktritt der Kultusministerin, die vor ihrem Amtssitz von den Lehrern und Lehrerinnen ausgepfiffen wurde, und die Einsetzung des neuen Ministers Andreas Stoch (SPD) haben nichts daran geändert, dass schon im nächsten Schuljahr 2.400 Stellen gestrichen werden sollen, und das angesichts einer Unterrichtsversorgung, die sich jetzt schon unter dem Niveau der CDU-FDP-Regierungen bewegt.

»Wenn nicht einmal ein Wachstumsland wie Baden-Württemberg in der Lage ist, eine zukunftsfähige Bildungs-Infrastruktur zu schaffen, stimmt etwas mit der Finanzstruktur nicht«, kommentierte die frühere Kultusministerin. So lange im Bund keine andere Mehrheit für eine andere Finanzpolitik bestehe, seien Inklusion und ein dringend notwendiger flächendeckender Ganztagesausbau illusorisch. Gleichzeitig warnen allerdings der SPD-Landesvorsitzende und Finanzminister Nils Schmid am 25. April gemeinsam mit den Arbeitgebervertretern ebenso wie Ministerpräsident Kretschmann ihre jeweilige Partei vor Steuererhöhungen.

Kritik der Hauptschulrebellen und der Wissenschaft

Auf Druck der kommunalen Spitzenverbände und der CDU will die Landesregierung nun Schulverbünde von Gemeinschaftsschulen und Realschulen zulassen; faktisch bedeutet dies die Zulassung von Schulverbünden aus Hauptschulen und Realschulen, womit die Gemeinschaftsschule zusätzlich in die Nachfolge der Hauptschule gedrängt würde und sich die Landesregierung der CDU annähert, die für den Fall eines Regierungswechsels eine Beibehaltung der Gemeinschaftsschulen ankündigt – aber in der organisatorischen Form von Haupt- und Realschulzügen, also als Schulverbund.

Die FDP fordert die Wiedereinführung der Zwangszuweisung zu den Schularten; angesichts der Tatsa-

che, dass, so der Chancenspiegel der TU Dortmund, Baden-Württemberg bei der Chancengleichheit Schlusslicht der 16 Bundesländer ist, fordert diese Partei damit nichts anderes als eine Abschottung des gebildeten Bürgertums und die Ghettoisierung der benachteiligten Kinder in der Hauptschule.

Als »hasenfüßig« kritisiert wird die Landesregierung dagegen von denen, die 2007 durch ihren mutigen Protest der Bildungsdebatte im Südwesten wichtige Impulse gegeben und damit zum Wahlerfolg von Rosa-Grün erheblich beigetragen haben, nämlich den oberschwäbischen Hauptschulrebellen. Durch ihre mutlose Politik verpasse die Landesregierung die Chance, mehr Gerechtigkeit ins Bildungssystem zu bringen.

Die Gefahr sei groß, dass die Gemeinschaftsschule in der Nachfolge der Hauptschule zu einer Verliererschule werde, wenn man gleichzeitig das gegliederte Schulwesen stärke, indem man der GNS durch den Ausbau von G9 die leistungsfähigeren Schülerinnen und Schüler entziehe und sie gleichzeitig durch die schulgesetzliche Regelung, dass die Gemeinschaftsschulen Schülerinnen und Schüler aufzunehmen müssen, von Gymnasien und Realschulen »abgeschult« werden, zur Auffangschule für Bildungsverlierer mache.

In dieser Richtung lässt sich auf das zentrale Ergebnis der »Expertise Gemeinschaftsschule« lesen, die im April von einer Wissenschaftlergruppe um Professor Thorsten Bohl von der Universität Tübingen vorgestellt wurde: 20-30 Prozent sehr leistungsstarke Schülerinnen und Schüler seien notwendig, damit die Gemeinschaftsschule das notwendige Anregungspotential erreichen könne.

Angesichts der Kürzungen für Fortbildung und für Schulentwicklung muss allerdings bezweifelt werden, dass die von den Wissenschaftlern geforderte Unterstützung für die notwendige ambitionierte Bildungsreform tatsächlich erfolgt. Vielmehr manövriert sich die Landesregierung zunehmend in einen Widerspruch zu den Eltern, da sich die Unterrichtsversorgung verschlechtert, und zu den Lehrern, die sie durch die Verweigerung der Übertragung der Tarifabschlüsse, durch Kürzungen bei Anrechnungen für Zusatzaufgaben etc. ständig neu verärgert statt sie für den notwendigen Umbau zu motivieren.

»Ein vorwitziger Diskussionsbeitrag zu einem reichen Programm; und was ich sonst noch davon erwarte …«

Hans-Georg Schönwälder *(Bremen), Professor für Erziehungswissenschaften, Institut für interdisziplinäre Schulforschung ISF*

In Bremen in der AG Emanzipatorische Bildung schlagen wir uns mit der Frage herum:

Woran erkennt man LINKE BILDUNGSPOLITIK, woran soll man sie erkennen;

was ist unser unverwechselbarer Grundtenor?

Manche Charakteristika, Forderungen und Vorschläge lassen sich ziemlich schnell auflisten:

Sachverstand, mehr Geld für Bildung, Gemeinschaftsschule (offensichtlich akzeptierter Begriff), Ganztagsschule – als Gemeinschaftsschule, Inklusion und Vieles mehr aus dem Katalog des für die Schule ›eigentlich‹ Unabdingbaren …

Wichtig bleibt, etwas über den nötigen Arbeitszeitaufwand zu erfahren.

Agnes Alpers sagt zu Recht: »Die Themen liegen auf der Straße!« Könnte es uns nicht genügen, aufzunehmen was mit Händen zu greifen ist? Zu greifen, was sich uns bietet, ja das sollten wir – auch. Aber genügen kann uns das noch lange nicht. Das wird die Diskussion zu den aufgeworfenen Themen zeigen. In diesem Sinne verstehe ich die Konferenz als eine unserer Aktionen, Kritik aufzugreifen und in einen über Bildungspolitik hinausreichenden Zusammenhang zu bringen.

Und dahinter beginnt unser mittelfristiger Aufgabenbereich:

»DIE LINKE«: unser Zukunftsprogramm Bildung!

Die Perspektive dafür reicht über eine Legislaturperiode hinaus. Es geht zwar auch um die Frage, »Wie wollen wir leben?« Der Nachdruck muss jedoch auf der Frage liegen: »Wie wollen wir, dass unsere Kinder und Enkel leben können?« In ein solches Programm gehört »Bildung als Kinderrecht – und Pflicht« für alle Kinder, auch die von Migrantinnen und Migranten. Wolfgang Neskovic rät, geltende Gesetze zu nutzen und einzuklagen, recht so. Wir können aber und sollen darüber hinaus gehen; er hätte sicherlich überhaupt nichts dagegen. Man nutze »Spotless 256«: »Gerechtigkeit sieht natürlich anders aus.« Man nutze Weimarer Verfassung, Verfassung der DDR und Verfassungsentwürfe nach 1989, um aufzuzeigen: wir waren schon mal weiter als PISA.

Kaum darüber hinaus, aber daneben sind die anstehenden Aufgaben über das Grundsätzliche hinaus durchaus konkreter zu benennen.

Es gilt, ein Gleichgewicht von verfassungsmäßiger Sicherstellung der persönlichen Entwicklung nachwachsenden Generationen und ihrer Befähigung zur sukzessiven Übernahme der Reproduktion der Gesellschaft herzustellen. Sogenannte Schulleistung (PISA-Punkte) ist auch ungebildeten bzw. verbildeten (bis bildungstheoretisch: verblödeten) Schulabsolventen möglich. Aber selbst die einschränkende gültige Gesetzeslage (vgl. Buchholz: »Gerechtigkeit sieht anders aus«) kann genutzt werden.

So wäre denn in einem demokratischen Staat eine demokratische Schule zu erwarten – wir haben sie nicht. Besser noch und adäquat wäre eine Schule, in der Demokratie gelebt würde.

So würde denn eine Begabung fördernde Schule Inklusion – für alle! – bedeuten und nicht nur für bisher Ausgegliederte; förderte auch jede und jeden Einzelnen – also individuell. Individualisierung wäre das Programm.

Angesichts der rasanten Entwicklung der Informationstechnologien, zugegeben auf der Basis herkömmlichen Schulwissens, darf nicht nur, sondern muss gefragt werden, ob denn die Schullehrpläne, also die Lehrinhalte, nicht besser auf den Prüfstand zu stellen wären. ‚Weiter so, aber mehr davon' kann keine Antwort sein! Wir verwahren uns dagegen aber eher nicht.

www.linksfraktion.de